# Informations-Dienst

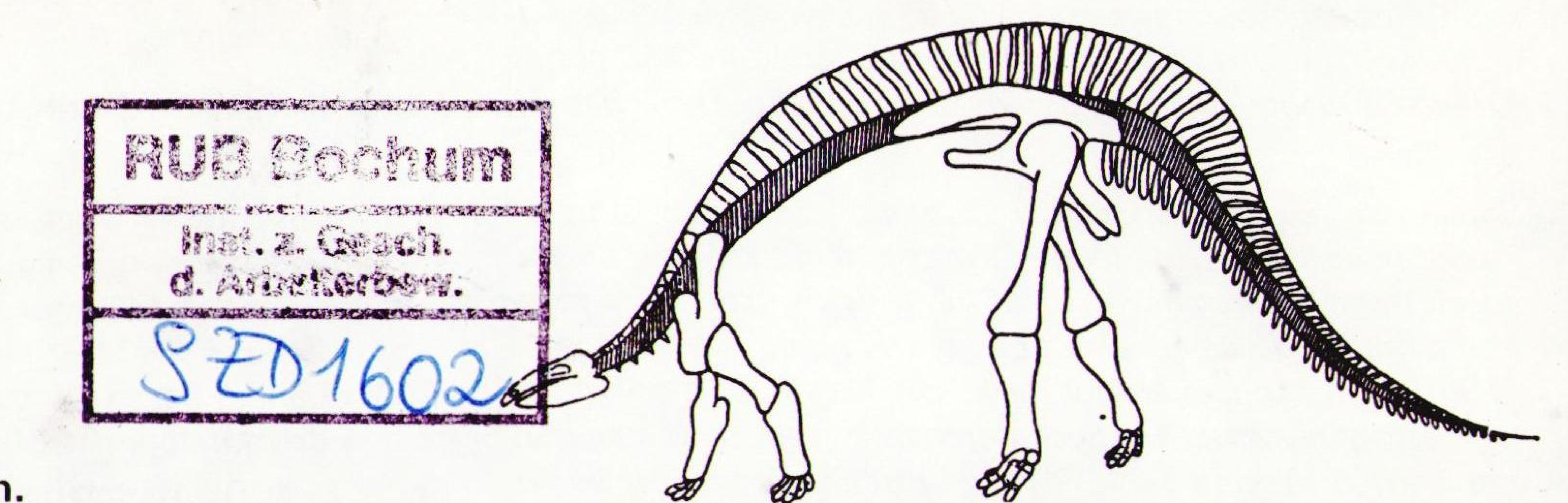
## zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

erscheint wöchentlich  NR. 275  31. März 1979  1.50 DM incl. 6% Mwst.  D 1870 CX

## DER FUND VON HANNOVER

hannover 30. märz bis spät in die freitagnacht grübelt ministerpräsident albrecht samt beraterstab über den rätselhaften FUND von hannover (siehe abbildung unten).

sicherheitsbeamte hatten den FUND gerade noch zur rechten zeit in einer obskuren untergrundpostille gefunden.





東京付近交通図 ©iD travels + tours

埼玉 茨城 神奈川 東京 千葉 東京湾

凡例
国鉄線 地下鉄
会社線 都県界

über den langen marsch der trecker, zweiräder und vierbeiner – ob die wohl offen sein werden, die pizzastuben von hannover

## Hausmitteilung:
## WARUM DER 274. ID ZU SPÄT ANKAM UND ANDERES

*Liebe Abonnenten,*

*verschiedene Dinge sind aus unserer technischen Abteilung zu vermelden. Zunächst mal, daß die bei der Post verlorengegangenen Postscheckabschnitte (siehe ID 273) sich wieder eingefunden haben, bei uns verbucht wurden und somit die ? !? auf den Etiketten wieder eindeutig auf zu zahlende Abogebühr hinweisen.*

*Sodann ist zu erzählen, daß der Computer, der unsere Adressetiketten ausdruckt, am letzten Freitag, dem 22. März, umgezogen ist. Wir waren davon nicht informiert worden und waren also darauf angewiesen, einen Ersatz zu finden. Das aber ist nicht leicht, denn: je komplizierter die Technologie geworden ist, desto schwieriger wird das Improvisieren. Am Montag konnten wir den Versand der ID Nr. 274 machen und die Hefte waren erst gegen 20 Uhr bei der Post. Daraus erklärt sich die Verspätung des 274. ID.*

*Von besagtem Computer ist auch zu berichten, daß er uns seit einigen Wochen die Rechnungen für alle die ausdruckt, die eine brauchen: für Buchläden, ASten, Anwälte... Das spart uns einen Haufen Schreibarbeit, schafft aber neue Fehlerquellen, denn diese Rechenmaschine erfordert exakte Arbeit und behält einen einmal gemachten Fehler gern bei sich. Eventuell wird es möglich sein, Fehler weitgehend zu vermeiden, mehr ist da aber nicht zu versprechen.*

*Wenn ihr uns bei der Versandarbeit helfen wollt, dann gebt bitte bei Überweisungen von Abogebühren eure Abonummer an — ihr findet sie auf der Adressetikette oben links. Den Buchstaben neben der Nummer brauchen wir auch. Wir nennen ihn den Testbuchstaben.*

*Und vergeßt nicht: der ID ist die Zeitung der Betroffenen, die in ihrer Sprache von sich erzählen...*

*Viele Grüße.*

## . . . UND NOCH EIN GRUND, AUS DEM DER ID ZU SPÄT KOMMEN KANN

ÜBERALL
Januar '79

Der Traum eines ID-Sympathisanten:
Aus Solidarität mit der Gilde der Schneeschipper und mit meinen Eltern, machte ich mich aus dem Hessischen auf in den Norden. Während der Schneebewegerei zwischen Haus und Straße unterbrach mich der Postbote. Da es gerade Montag war, befand sich auch der ID beim Poststapel (die Familie hat ihn nämlich auch abonniert). Mit einem etwas verlegenen Lächeln reicht er mir den ID extra und fügt hinzu: „Ich habe, ... ich find den ID auch ganz gut, ich hab immer so 'mal reingesehen (vielleicht kam er darum immer erst ein wenig später, trotzdem, nichts für ungut, dachte ich mir) und hab ihn jetzt selbst abonniert. Ich wußte ja gar nicht, daß es so etwas gibt."

Hier müßte der Traum eigentlich zu Ende sein, so in der Art: da gab es einen neuen Schneesturm ODER der Postvorgesetzte tritt auf und sagt: „Nein, aber das gibt es doch nicht" ODER der Postbote ergänzt: „Auf unserem Postamt gibt es einen ID-Lesekreis" ODER ...

Beendet ist der Traum aber hier nicht, es war nämlich gar keiner! Alles hat sich so abgespielt.

ES LEBEN DIE ID-LESENDEN POSTBEAMTEN UND BESONDERS DER POSTBOTE IM NORDEN.

## NEUES AUS DEM ID-BEIRAT

FRANKFURT
23. März

Für die meisten wird der ID-Beirat wohl nur eine Galerie mehr oder minder wohlklingender Namen sein. Um über die Allgemeinheit hinwegzukommen, sollten vielleicht im ID in loser Folge Berichte, Anekdoten und Geschichtchen über einzelne der Beiratsmitglieder erscheinen.

### ID-BEIRATSMITGLIED FINDET PASSENDE VERWENDUNG FÜR ALBRECHTS LÄCHELNDES GESICHT

Die Kultur von gestern ist immer ein Selbstbedienungsladen für die jeweiligen Regierenden. Der Ministerpräsident und Marinerichter a.D. Filbinger benutzte die breit angelegte Stauffer-Ausstellung 1977 in Stuttgart, um die historische Kontinuität des Landes Baden-Württemberg zu belegen. So in dem Tenor, Friedrich Barbarossa ist mein Ahnherr.

Die CDU-Hessen berief sich bei den letzten Landtagswahlen in ihren Wahlbroschüren auf den Dichter Büchner, der aber zu seiner Zeit durch das damalige Gegenstück zum Zensurparagrafen 88a in den Knast gesteckt wurde.

Ähnliches versuchte jetzt auch der Entsorgungsministerpräsident Albrecht in Niedersachsen. Zum 250. Geburtstag des Dichters Lessing inszenierte er ein Festspektakel in Wolffenbüttel, einem der Wohnorte Lessings. Nach eigenen Aussagen hat es Lessing selbst dort nicht besonders gefallen. Das hinderte aber nicht die niedersächsische Euphorie, den zentralen Festakt in der gerade restaurierten Wolffenbütteler Bibliothek stattfinden zu lassen. Die Einladungsschreiben erbaten als Mindestkleidung schwarzen Anzug und Cocktailkleid. Aus der politischen und kulturellen Creme de la Creme ragten besonders Kaiser Walter I (genannt Scheel) und Landesvater Albrecht hervor. Auf der Bühne überboten sich die Auftritte: Scheel selbst, ein Streichquartett, Professoren (Raabe, Killy) und Schriftsteller (Heißenbüttel, Hildebrandt, Buch). HANS-CHRISTOPH BUCH ist nun auch Mitglied des ID-Beirates. Er las Passagen aus dem Werk Lessings, Stellen über den Tod. In einer kurzen Einfügung bemerkte er, — auf die Atommüllfabrik Gorleben anspielend — er würde dem Tod, falls er ihn abbilden müsse, das lächelnde Gesicht Ministerpräsident Albrechts geben. Über die Reaktion des in der ersten Reihe sitzenden Landesvaters und Walter Scheels ist uns leider nichts bekannt.

## VERFASSUNGSSCHUTZ BEI DER FRANKFURTER FUSSWEGREINIGUNG

FRANKFURT
12. März

Am Dienstag, den 6.3. sprachen nach telefonischer Anmeldung vom Vortag zwei Herren des Verfassungsschutzes im Büro der Frankfurter Fußwegreinigung vor und wollten Namen derjenigen die diesen Winter neu angefangen hätten. Begründung: Irgendwo hätten sich Leute abgesetzt und es könnte sein, daß sie hier versuchen, unterzukommen.

## NEUE BILDER BEIM ID-BILDERDIENST

*Zu Gorleben: Zentrale Demo in Offenbach / Atommüllsuchaktion in der Frankfurter B-Ebene / Kirchenbesetzung in Münster und eine solche in Berlin / Treck auf Hannover / Baumbepflanzungsaktion in der Stuttgarter Innenstadt / Aktionen in Gorleben / Bohrbeginn.*
*Da von uns einer mitläuft auf dem Treck, kommen täglich neue Bilder.*

*Dann gibt's noch Iran-Fotos, aus der Zeit als der Schah schon weg, der Khomeini aber noch nicht da war.*

*Wie immer sind wir zu erreichen per Telefon: (0611) 70 20 96, oder schriftlich: Postfach 900343, 6 Frankfurt 90, ID Bilderdienst.*

## TAZ: ZENSUR "IN EIGENER SACHE"

FRANKFURT
29. März

Auf der Seite 3 der 8. TAZ–Nullnummer (die mit dem gesprengten Turm auf dem Titelblatt: "Albrecht, wir kommen") ist in der rechten Spalte ein weißer Fleck. Keine Laune der Layouter, sondern Zensur.
Das kam so: an dieser Stelle hatte eine Mitteilung der Redaktion unter dem Titel "In eigener Sache" gestanden. Darin wurde erklärt, wie die schlechte Druckqualität der bisherigen Nullnummern zustande kommt, vor allem die der Fotos. Angefügt war ein Hinweis, daß nach einer Offset-Druckerei gesucht werde, weil das Lichtsatzverfahren der TAZ auf Offset abgestimmt sei. Die Druckerei, die gesucht werde, solle drei Bedingungen erfüllen: Offset–Druck, Flughafennähe und keine Zensur!

Und prompt schlug die Druckerei Rumpetin in Burgdorf bei Hannover, in der bisher gedruckt wurde, zu. Nachdem bereits 10tausend Exemplare der 8. Nullnummer durch die Maschine gelaufen waren, ließ der Chef stoppen, rief in der Berliner Redaktion an und stellte die Alternative: entweder fliegt "In eigener Sache" raus oder es wird nix gedruckt.

Und der TAZ–Abteilungsleiter für Technik und Finanzen, in Berlin am Telefon, sagte: JA!
Daraufhin wurden die 10tausend gedruckten Exemplare eingestampft, der Artikel rausgeschmissen, neue Filme und neue Platten gemacht — von Rumpetin versteht sich — und heraus kam die Nummer mit dem weißen Fleck.
Anm.: Die TAZ hat inzwischen eine neue Druckerei gefunden; und: zum Hannover–Wochenende erscheint am Montag, 2. April, eine Gorleben–Sondernummer.

**der frau meiner träume**
**fallen die zähne aus**
**fritz t.**

## NADA WILL PRAKTISCHEN BEZUG

HAMBURG
14. März

*Eine Zeitung ändert ihr Gesicht:*

"Wir machen seit zwei Jahren 'ne Zeitschrift (NADA), die sich so mit Dada, Surrealismus, Anarchismus, Nihilismus u.ä. beschäftigt hat, bloß eben in 'ner Form, daß sie nur für Insider interessant war und in erster Linie haben wir das Ding auch gemacht, weil wir Spaß daran haben.
Das wird in Zukunft auch der Hauptgrund sein, allerdings soll sich 'ne Menge ändern, was den Inhalt angeht, d.h. wir beschäftigen uns jetzt mehr mit Themen, die auch im Zusammenhang mit unseren Problemen, Mitmenschen bzw. unserer Umwelt stehen, also 'nen praktischen Bezug haben (was bei uns bisher leider nicht der Fall war).
Aus dem NADA soll also 'ne Zeitschrift werden, für, grob gesagt, Kultur und Politik, die sich kritisch mit allerlei Themen beschäftigt, die in diesen Rahmen passen.
Das hat für uns zur Folge, daß wir auch gern mehr Leute hätten, die dran mitarbeiten , das kann so aussehen, daß jemand Artikel schreibt oder Kritiken oder was auch immer, oder vielleicht starke Fotos, Collagen, Bilder etc. gemacht hat und uns was davon schickt (wir legen immer noch sehr viel Wert auf gutes Bildmaterial).
Vielleicht gibt's sogar hier und da jemanden, der aktiv an der Gestaltung u.ä. mitarbeiten möchte, recht wäre es uns auf alle Fälle.
Außer dem Spaß, den die Zeitschrift uns machen soll, möchten wir jetzt eben damit auch politisch arbeiten, mit dem Hauptschwerpunkt auf kulturellem Gebiet".

**Kontaktadresse: Frank Nikol, Hochallee 123, 2 Hamburg 13**

## REGIONALZEITUNG „SEESPIEGEL"

LINDAU
26. März

Liebe Mitarbeiter/innen am ID!
Ein siebeneinhalbjahre altes Vorhaben ist nun (beim dritten Anlauf) verwirklicht: Anfang Februar erschien die erste Ausgabe des regionalen und vierteljährlichen Blatts ‚Seespiegel'; Hauptthema ist der Widerstand gegen 300% Straßenneubau am Bodensee! Beabsichtigte Schwerpunkte der nächsten Nummern:

„Was heißt hier UNSERE HEIMAT",
„Theater in der Provinz",
„Beiträge zur Heimatgeschichte",
„Heimische Landwirtschaft –– zwischen Ökologie und Chemie"...

Bitte macht dieses Projekt im nächsten ID bekannt. Den ID konnte ich in der ersten Nummer auch schon auszugsweise nachdrucken, habe aber prompt eine genauere Quellenangabe vergessen: wird in der Nr. 2 nachgeholt! Sonst noch Fragen?

Mit frühlingslockendem Ruf...

**Kontakt: Seespiegel c/o P. Stoppel, Postfach 1766; D-899 Lindau, Postscheck München 3224 75-807.**

## DAS ALTERNATIVE ADRESSBUCH IST DA

FRANKFURT
März '79

Die 79er Ausgabe ist schon der 4. Jahrgang und enthält über 360 Selbstdarstellungen von Selbsthilfegruppen, Kommunikationszentren, Produktionskommunen und kontaktsuchenden Wohngemeinschaften und Einzelpersonen in der BRD und dem europäischen Ausland. Auf 320 Seiten in Taschenbuchformat mit robustem Umschlag, nach Postleitzahlen gegliederter Hauptteil und einem Sach- und Namensregister. In alternativen und linken Buchläden oder direkt per Einzahlung von DM 8,50 auf das Postscheckkonto **Peter Meyer, Klingelbach Nr. 3190 28-607 in Frankfurt**. Absender auf dem Empfängerabschnitt deutlich schreiben.



## DOKUMENTATION ÜBER BERUFSVERBOTE

KARLSRUHE
26. März

Es gibt eine neue Dokumentation über Berufsverbote in der BRD. Sie ist recht umfangreich. Enthalten sind Beiträge über Tradition, Praxis, Ausmaß, Folgen, Ausweitung und Widerstand gegen Berufsverbote, etwas über die Sozialistengesetze, Menschenrechte, Anhörungsverfahren, Psychologie. Außerdem Beiträge, Interviews und Zitate von Autoren wie Helmut Gollwitzer, Dietrich Kittner, Alfred Andersch, Gustav Heinemann und Wolf Dieter Narr. Das Geleitwort stammt von Günter Wallraff. Die Dokumentation kostet 9.80 DM. Sie ist zu bestellen bei:
**DOKU Verlag, Postfach 410225, 7500 Karlsruhe 41**
Bei Mehrbezug gibts Rabatt!

## „OKTOBER" MIT NEUEM PROGRAMM

HAMBURG
19. März

Die Rockgruppe Oktober tritt mit einem funkelnagelneuen Programm auf: „Neues aus dem gelobten Land". Texte steuerte u.a. Peter-Paul Zahl, Steve Peinemann und Heinrich Heine bei. Die Gruppe ist mittlerweile auf Tournee quer durch die Bundesrepublik gegangen. Für den Terminkalender langt unser Platz nicht, aber er kann bestellt werden bei **Oktober, Konzert-Rock, Rutschbahn 7, 2000 Hamburg 13 (Telefon 040/ 449 149).**

## MOERSER FRÜHLING

Moers im März 79 In Moers fangen mit den Schneeglöckchen auch die Ideen an zu blühen. Der Moerser Frühling machte ein Zusammentreffen von etwa 50 Menschen möglich, die zum größten Teil in Wohngemeinschaften der Umgebung leben. Bei diesem Treffen wurde eine Einkaufskooperative gegründet. Diese Einkaufskooperative beinhaltet die Ablehnung von Konsumgütern, die für den Verbraucher gesundheitsschädigend und in ihrer Produktion umwelt- oder menschenzerstörend sind. Da uns die Preise in Bioläden oder Reformhäusern zu hoch sind, übernehmen wir den Einkauf und die Verteilung der Waren selbst — auf Dauer wird eine Eigenproduktion hinzukommen.

Die Kooperative wird von uns als ein Mittel begriffen, unsere relative Isolation aufzuheben und bestehende Kommunikations(Lebens—)zusammenhänge zu erweitern oder gar neue zu schaffen. Eine Koop gewährleistet ein häufiges Zusammentreffen vieler Leute, da nun mal immer ein Bedarf an Lebensmitteln besteht. So kann ein Informationsaustausch entstehen aus den Initiativen zur Verwirklichung gemeinsamer, über die Koop hinausgehender Interessen (töpfern, schreinern, gemeinsam Bücher lesen, Kampf gegen AKWs) entstehen.

Zur Zeit gibt es zwei Arbeitsgruppen:
die Organisationsgruppe beschäftigt sich mit der Suche nach Bezugsquellen, Organisationsformen, Fragen der Finanzierung, Vorstellungen zum Warensortiment usw. ..
Die Kommunikationsgruppe hat sich den Aufbau von Informationssystemen (Koop-Info, Infowände, Öffentlichkeitsarbeit, Vorschläge zu gemeinsamen Aktionen) und den Aufbau eines Selbshilfenetzes zur Aufgabe gesetzt.

Wir brauchen noch Adressen von Bezugsquellen(Naturprodukten, Lebensmittel, andere Gebrauchswaren) und bestehenden Kooperativen. Wenn ihr welche wißt, schickt sie bitte an folgende Kontaktadresse:
**Günther Sandmann, an der Schneckull 7, 4130 Moers 1**



*gefunden in der Neuen vom 17. März 1979*

## BRENNPUNKT BOCHUM

BOCHUM 19. März '79 Wir sind größtenteils Eltern und Jugendliche aus zwei Bochumer sog. Städtischen Wohnunterkünften, der Herzogstraße (Stufe 2) und Zillertalstraße (Stufe 1), einige ehemalige Familien (z.B. Neubaugebiet Laerheide) und einige Studenten (Auszubildende) der Ruhr—Universität—Bochum bzw. Ev. Fachhochschule,die mit ein paar Praktikern, z.B. Rechtsanwälten, Lehrer, unter dem Motto: HILFE DURCH SELBSTHILFE Probleme gemeinsam in der Gruppe besprechen und wenn möglich Lösungswege anbieten. In Veranstaltungen wie Kinderfesten, Fahrten, Betriebsbesichtigungen, Nähabend, Zeitungskurs, Fotoausstellung u.a. versuchen wir Vorurteile in der Bevölkerung gegenüber Ghettos am Stadtrand abzubauen.

Wir treffen uns regelmäßig dienstags ab 20.30 Uhr im Cafe Treibsand, Castroper Str. 79 bzw. 14 täg. in der Gaststätte RÖPER, Dorstener Str. 437,

Sonntags ab 20.30 Uhr z.B. 4.3 und einmal monatlich z.B. 8.3. ab ab 20 Uhr im HAUS DER FREUNDE, Stiepeöer Str. 129, wo Parteien und andere Organisationen zu Problemen der Obdachlosen Stellung nehmen.

**Kontakt: ELERNINITIATIVE BOCHUM NORD e.V.**
**Anneliese Peters, Zillertalstraße 148, Klaus Begert, Herzogstr. 79**
**Gero Beust, Wibbeltstr. 26 Bochum 6, Tel. 02327/13569**
**Spendenkonto: Selbsthilfeinitiative Psch.k.Krl.148707-758**

Bisher verweigert uns die Stadt Bochum (Ordnungsamt)Gemeinschaftsräume zu Treffen in den beiden Wohnquartieren, weil sie die Forderung nach Erwachsenenräumen „für übertrieben" hält. Finanziell fehlt noch eine öffentliche Anerkennung der Stadt bzw. Land als eigener Träger, bisher unterst ützten die Bewohner sich selbst auf Flohmärkten einige Bürger aus der übrigen Bevölkerung mit Sachspenden, die Elternberatung ist ehrenamtlich. Ein Hausverbotsprozeß gegen den Mitbegründer der Initiative seitens der Stadt Bochum läuft in diesem Jahr in der zweiten Instanz. In Flugblättern bzw. Artikeln u.a. im Bochumer Volksblatt wird darüber berichtet.

## AUSWEISE VERBRENNEN GEGEN CARSTENS

KASSEL 20. März *Eine Kasseler Gruppe hat diskutiert, was dagegen zu tun sei, daß Karl Carstens Bundespräsident wird. Sie hat ihren Vorschlag in einem Papier zusammengefaßt und stellt ihn zur Diskussion:*

Mit diesem bundesrepublikanischen Staat ist kein Staat zu machen, dies ist nicht unser Staat, „Staat machen" ist nicht unser Geschäft! Dennoch: Wir leben hier in dieser Gesellschaft, die sich in diesem Staat politisch organisiert und deren sie beherrschen de Kräfte mit diesem Staat ihre Machtpositionen legitimieren und verfestigen. Wir können diesem Staat unsere Mitarbeit verweigern, wir können aber auch in seinem „Dienst" arbeiten und versuchen, ihn dabei zu kritisieren; wir dürfen aber nicht den Mund halten, wenn in diesem Land mit Hilfe der Repressionsschraube der Staat zum alten deutschen Exekutivstaat zurückgedreht wird! Wenn sich das Ewig-gestrige versucht zu etablieren, müssen wir uns wehren, sonst verlieren wir die moralische Qualifikation, hier das NEUE, das „Unmögliche", noch nie dagewesene zu repräsentieren. Wenn wir zur Wahl — der möglichen — eines Karl Carstens zum ersten Mann in diesem Staat schweigen, dann schweigen wir dort, wo die Herrschaft der Gedächtnislücken, der Vergeßlichkeit sich etabliert. Darauf baut alles in diesem Land, daß zur Wiederholung drängt und dieses Wiederholen ist immer ein Wiederholen von Geschichtskatastrophen. Dazu dürfen wir nicht schweigen, wenn wir in diesem Land in dieser Gesellschaft ein Bein auf die Erde bekommen wollen.

Deshalb schlagen wir vor:
Sollte Carl Carstens von der Bundesversammlung in Bonn zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt werden, so werden diejenigen, die sich von der Tradition, die er repräsentiert, nicht repräsentiert fühlen und auch nicht repräsentiert werden wollen, gemeinsam ihre Personalausweise noch am Abend seiner Wahl vor dem jeweiligen Rathaus, als dem Sitz der staatlichen Macht, verbrennen...

Uns geht es mit diesem Aufruf hauptsächlich darum, das Schweigen zu durchbrechen, daß uns umgibt, wenn sich die braune Rechtsstaatlichkeit etabliert und fordert, wie am 12.3. 1979 der Herr Stoiber von der CSU, daß ihre Kritiker „aus dem Verkehr gezogen" werden.
**Kontakt: Stefan Roepell, Holzhäuserstr. 1, 3507 Baunatal.**

# Wat mot, dat mot




## AUS DEM INNERN DES TRECKS

WENDLAND 27. März *Wir, zwei Leute vom ID, sind Donnerstag, den 22. März, ins Wendland gefahren um zu berichten. Daß diese Berichte sehr viel mehr mit mir, Karl, zu tun haben, daß ich keine distanzierte Rolle als Journalist einnehmen kann, darüber will ich jetzt nicht schreiben. Auch nicht darüber, wie schwer es ist, zu berichten, etwas festzuhalten, wenn man kopfüber in etwas hineingezogen wird, das so umfassend am Brodeln, in Bewegung ist wie das, was dieser Tage vom Wendland aus passiert. Eigentlich wollte ich nur sagen, wenn im folgenden von "wir" die Rede ist, dann sind das wir, aus Frankfurt angereist.*

Der Treck aus dem Wendland ist seit Sonntag, den 25. März, unterwegs. Was er an Integration, an Zusammenrücken der Leute, an Verstehen–Wollen, auch an Tun–Wollen in den bisher eineinhalb Tagen und während der kurzen Zeit der Vorbereitung gebracht hat, ist schwer zu beschreiben. Da erzählt eine etwas über fünfzigjährige Realschullehrerin, die bisher mit ihrem sich politisch engagierenden Sohn in Fehde lag: Sie sei bisher davon ausgegangen, daß dieser Staat ihr Staat sei, den sie sich von Leuten wie ihrem Sohn nicht kaputt machen lassen wolle. Das könne sie jetzt nicht mehr sagen. Ein junger Bauer erzählt von seinem Vater. Wie bei vielen anderen habe es bei ihm schon längere Zeit gegrummelt. Aber — ebenfalls wie bei vielen — er habe lange Zeit davon nichts rauslassen können. Was sollte man machen? Die Argumente fehlten und die Zeit, sich mit dem Atomgiganten auseinanderzusetzen. Er, der Jungbauer, habe sich schließlich die Zeit dazu genommen. Jetzt verwendet der Vater die Argumente, die er von seinem Sohn gelernt hat und ist ärgerlich darüber, daß am ersten Tag des Trecks nicht 2.000 sondern nur 350 Trecker unterwegs waren.

Drei Monate haben die Bauern gebraucht um aus der Angst um ihre Zukunft und der Angst vor der für sie sehr fassbaren Bedrohung ihrer Lebenszusammenhänge zum Widerstand dagegen zu kommen. (*"Wie sollst du denn bei 600 LKW–Fuhren am Tag noch deine Kühe über die Straße bringen?" "Bei jedem Auto, das abends noch nach elf Uhr am Haus vorbeikommt, wirst du aufmerksam").*
Drei Monate, in denen die Eltern von den Kindern lernten, in denen der Ärger über die eigene Standesorganisation, die sich "neutral" verhalten wollte, den Bauern klarm[illegible]nte, daß sie selbst etwas tun müßten (Der Landvolkvorsitzende Voß hat eine Kiesgrube, die beim Bau der Atommüllfabrik gute Dienste leisten würde und damit auch ihm. Jetzt meint Voß, daß manche Bauern nur deswegen gegen ihn seien, weil auf ihrem Boden selbst keine Kiesgruben lägen).

Besonderen Verdienst daran, daß die Wendländer vom gemurmelten Ärger zum lauten Protest kamen, hat die Polizei. *"Manchmal haben wir ein halbes Jahr kein Polizeiauto gesehen"*. Jetzt rollen Mannschaftswagen vorbei: Besatzungsmacht. Über einen Bauern wird erzählt, daß er an einem Tag dreimal kontrolliert wurde, als er aufs Feld fahren wollte. Und ein Bauer hat sowieso nie Papiere bei sich. Ein anderer machte

abends noch einen Verdauungsspaziergang durch seine Felder. Aus einem Busch springen zwei Polizisten auf ihn zu und wollen den Ausweis sehen. Zunächst ist er sprachlos, dann fängt er an zu brüllen. Dem Donnerwetter sind die Polizisten nicht gewachsen, sie steigen in ihren Wagen und verschwinden.

Um das Bild zurechtzurücken: Uns aus der Großstadt fiel daran gar nichts Besonderes auf. Mannschaftswagen – na und? Noch dazu ohne Blaulicht. Streifenwagen gehören für uns zum Alltag. Kaum, daß man sich danach noch umdreht. Hier wird es bemerkt und löst Reaktionen aus. Diskussionen untereinander, aber auch mit den Polizisten selbst.

Überhaupt, das Verhältnis zu den Polizisten. Besatzungsmacht einerseits, andererseits aber auch Menschen, mit denen zu reden ist. Allgemeine Meinung: die hier eingesetzten Polizisten sind von der Führung nicht zu jedem Einsatz zu bringen, die wollen gar nicht.

Die Polizei liegt in den ersten Tagen nach Bohrbeginn vollkommen daneben. Programmiert auf die 'Schlacht um Gorleben' mit angereisten "Chaoten" trifft sie auf Bauern, die auf "ihr" Feld fahren, auf "ihrem" Feld natürlich keine Papiere haben, und die Polizisten von ihrem Feld verjagen. Sie trifft auf Bauern, die den Widerstand aus ihrem Alltag heraus organisieren, die den Fuder Mist aufladen, als brächten sie ihn aufs Feld und ihn dann aber doch nicht aufs Feld bringen, sondern vor das Bohrloch: **"Lieber unser Mist als eurer"!** (Polizeidurchsage, als etwas Mist über die Absperrung fliegt: *"Achtung, Achtung! Mist über die Begrenzung zu werfen, ist verboten! Dies ist die erste Durchsage!")*




Die Polizei will dem Treck die Auflage machen, die Frontlader der Trecker abzumontieren. Bauer Schulz aus Tolstefanz: *"Das geht gar nicht. Frontlader gehören ja als Bestandteil zum Trecker."*

Die Polizei ist verunsichert, sie weiß nicht, wie sie sich verhalten soll. Zurückhaltung liegt daher gleich neben einzelnen Fällen von Brutalität. Das Bohrfahrzeug, das einer achtzehnjährigen Frau beinahe die Beine abgefahren hätte, ist auf Anweisung der Einsatzleitung weitergefahren. Eine Frau, die bei der Absperrung der Landwirtschaftlichen Genossenschaft festgenommen worden war, hatte keinen Ausweis dabei und wurde deshalb zur erkennungsdienstlichen Behandlung nach Uelzen gebracht. Als sie nach Stunden herauskam, hatte sie eine zwei Zentimeter lange Schnittwunde unter dem Auge , die genäht werden mußte. Sie erzählte, daß sie von einem Polizeibeamten in eine Fensterscheibe gestoßen worden sei. Vielleicht bekommt sie jetzt eine Anzeige wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt.

Während des Trecks ist von der Polizei nicht viel zu sehen: ein Streifenwagen vorne, einer hinten, dazu mehrere Motorräder – aus. Als der Treck in Uelzen eintrifft, fahren mehrere Busse Polizei ab. Keine Bereitschaftspolizei, sondern Einzeldienst, in grauer Monteursuniform mit Pistole und Schlagstock. Sie waren hier stationiert und fahren jetzt nach Hause. Das sagt jedenfalls einer von ihnen.

Das alles sind Geschichten über die Polizei, die von außen kommen. Über die Gorleben–Polizei, wie die einheimischen Polizisten sagen. Einheimische Polizisten und Besatzungspolizei haben nichts miteinander zu tun. Organisatorisch nicht und auch sonst nicht. Einer von den vielen Gartower Polizisten sagt: *"Hoffentlich machen sie Hannover dicht!"* und er meint mit "sie" – den Treck.

Am Tag vor dem großen Aufbruch ist äußerlich nicht viel zu merken. Ein paar Plakate unterwegs stören den Eindruck nicht, daß alles ruhig, "normal" ist. Aber man muß nur eine Tür aufmachen und hineingehen, dann sieht das alles schon ganz anders aus. In der "Alten Burg" in Gorleben, der Einsatzzentrale der Bürgerinitiative geht es zu wie in einem Taubenschlag. Ein paar Dörfer weiter sitzen Bauern zusammen und malen Schilder für den Treck. Bauer Pothmer muß noch eben Kartoffeln verlesen, weil er die nächsten Tage nicht da sein wird. In den Trebeler "Bauernstuben" wird noch über den Resolutionen für den morgigen Treckbeginn gebrütet. Treckvorbereitungen finden überall in den Dorfkneipen und Privathäusern statt. Eine Informationsveranstaltung für Auswärtige in der "Alten Burg" muß um sechs Uhr zu Ende sein, weil dann Disco ist. Als wir auf der Landstraße ein Plakat fotografieren wollen, sind binnen kurzem mehrere Kinder um uns und reden über den Treck. *"Gehst du morgen auch mit? "* fragen sie, dann hocken sie sich zu einem Foto vor das Plakat. Übrigens: Gastwirt Paschke in den Trebeler Bauernstuben trägt eine LIP–Uhr mit der Anti–Atom–Sonne. Und das Treck-Plakat, das "Einfahrt–Verboten"–Straßenschild (rot mit weissem Balken) ist von den Larzac–Bauern übernommen worden.

Und dann die Medien.

Ein SPIEGEL–Mensch am Tresen der Bauernstuben meint, der Aufwand sei beinahe so groß, als würden sich Begin und Sadat treffen. Recht hat er. Bloß abends in den Tagesthemen sind die Beiden 20 Minuten zu sehen, die Bauern höchstens zweieinhalb. Das ZDF–Team berichtet regierungsamtlich, nämlich fast überhaupt nicht. Dabei war es das einzige, das bei Bohrbeginn an die Arbeitsstelle durfte, sagt ein Mensch von der ARD. Beim Treckbeginn in Gedelitz rennt ein BBC–Team neben den Treckern her und sucht einen Bauern, der englisch spricht. Was auch gelingt.




Es ist was los im Wendland. Sonnabendabend in Pommoissel tönt jemand, es wäre gut, wenn die Atommüllfabrik gebaut würde, dann sei endlich mal was los hier. Auch die Wendländer, die jetzt gegen die Fabrik trecken, kennen dieses Gefühl, daß es hier langweilig ist, daß man deshalb weggehen sollte. Das tun auch viele. Die, die jetzt trecken, haben sich entschieden zu bleiben. Nicht trotz allem, sondern weil das Hierbleiben auch Möglichkeiten für eine Art zu leben bietet, die woanders nicht zu finden sind. Diese Wendländer sind dabei, die Qualitäten ihrer "Rückschrittlichkeit" zu entdecken und sie neu zu werten. Der Stolz, das neue Selbstbewußtsein bringt Selbstvertrauen. Die Nachricht am Montagabend in Uelzen, daß die Bohrungen vorläufig eingestellt seien, hat nur eine Wirkung: *"Wir werden es auch noch ganz schaffen!"* Soll wohl so sein.

Dann ist Sonntag, der große Tag.
Als wir nach Pevesdorf fahren, von wo ein kleiner Treck zum Sammelplatz Gedelitz gehen soll, überholen wir Radfahrer, einzeln und in Gruppen. Eher enttäuschend wenige. Aber in mir entsteht das Bild, daß es in allen Ecken und Winkeln des Wendlandes anfängt zu tröpfeln. Der Treck von Pevesdorf aus hat sich verdoppelt als er in Gorleben ankommt. Bei einer Schleife durchs Dorf stoßen aus mehreren Richtungen Autokolonnen und Trecker dazu. Als der Treck Gorleben wieder verläßt, ist er ein paarmal so lang wie bei der Einfahrt. Und er wächst weiter bis Gedelitz.

In Gedelitz stehen die anderen schon. Zum Beispiel die 35 Trecker von der Sammelstelle Dübeln, dem Westen des Wendlandes. Die Bauern sind sich sicher, daß nicht nur der Treck wachsen wird: *"Es gehört schon was dazu, einen Bauern auf die Straße zu bringen".* (Heinrich Pothmer) Aber wenn ihm erst mal was klar ist, wenn er sich entschieden hat, dann bleibt es auch dabei. Was sein muß, muß sein. **Wat mot, dat mot.**

## DAS WENDLAND BRICHT AUF
### BOHRUNGEN VORLÄUFIG AUSGESETZT

Nach jahrzehntelanger Ruhe und Abgeschiedenheit am Rande des wuchernden Fortschritts, nach zwei Jahren der schleichenden Inbesitznahme durch das gigantische Projekt der Atommüllfabrik sind die Menschen im Wendland aufgewacht. Mit dem Treck nach Hannover, wo auf dem Gorleben-Hearing der Landesregierung über ihr Schicksal entschieden werden soll, brechen sie auf aus ihrer Opferrolle. Sie wollen sich und der Welt zeigen, wer sie sind und daß sie sich wehren können. *"Wenn Albrecht nicht zu uns kommt – dann kommen wir zu ihm!"*

Alles, was Rang und Namen hat, ließ es sich nicht nehmen, zum Treck aufzurufen. Von persönlichen Anzeigen über den Radler-Verein bis zum Landfrauen-Verein. Und selbst der Vorsitzende des Landvolkverbandes, Adolf Voss, der noch vor kurzem die Landwirte gewarnt hatte, nicht zu viel über schädliche Auswirkungen der Atommüllfabrik auf ihre Produkte zu reden, wurde dazu gebracht, zum Treck aufzurufen.

Und es kamen mehr als erwartet. 3600 Menschen aus einem Landkreis, in dem insgesamt nur 50.000 wohnen, versammelten sich am Sonntagmorgen in Gedeletz. Zu Fuß, zu Pferde, im

Kinderwagen, auf Fahrrädern und mit 260 Treckern und Ortsschildern aus jedem der unzähligen Dörfer. Und genauso vielfältig waren auch die Beweggründe, die in den Reden der verschiedenen Berufsstände und Bürgerinitiativen zum Ausdruck kamen. Die Landwirte erklärten, sie seien wohl solange nicht überflüssig, wie man aus der Energie nicht direkt Nahrung produzieren könne. Solange aber gelte der Spruch: *"Wer verzehrt der Kinder Brot, den schlage man mit der Keule tot."* Ihre politischen Forderungen beziehen sich auf ihr Schreiben an Bund und Land von vor einem Jahr, in dem sie eine Überprüfung der Gefährdung der Landwirtschaft gefordert hatten. Da sie keine Antwort erhalten haben, wollten sie die jetzt in Hannover selber holen. Viel Zustimmung fanden aber auch Sätze, die ein eigenes Selbstwertgefühl ausdrückten *"Wir fühlen uns wohl in unsren wendländischen Dörfern."* Von den Mitgliedern der Bürgerinitiative wurden sogar Visionen entworfen, wonach durch eine eigenständige Entwicklung des Wendlands, unabhängig von der Großindustrie, alle in Freiheit ein gutes Auskommen erarbeiten könnten. Der Treck soll so auch ein geistiger Aufbruch werden.

Die Bürgerinitiative, die bisher eher isoliert dagestanden hatte, fühlte ihre Blockadeaktionen der Bohrfahrzeuge voll verstanden und freute sich, daß sie jetzt in den gemeinsamen Treck nach Hannover eingemündet sind. Es wurden Unterschriften gesammelt, in denen sich die Landwirte mit den verhafteten Blockierern solidarisierten. Der Treck soll nun zeigen, daß die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Anlage ist. Von vielen wird gehofft, daß die Politiker sich dem anschließen müssen.

In einer Resolution zum Treck, die von allen Beteiligten unterstützt wurde, wird der Abzug aller Bohrfahrzeuge und aller Polizei, die Öffentlichkeit des Gorleben-Hearings, der Stop der Kriminalisierung, die Herausgabe des Sicherheitsberichts und die Neubesetzung der kommunalen Gorleben-Kommission gefordert. Die Resolution endet:
*"Wir erwarten von Herrn Dr. Albrecht, daß er mit einer großen Anzahl Lüchow-Dannenberger diese Forderungen am 31. März in Hannover erörtert. Wir werden unseren gewaltfreien Widerstand mit aller Entschiedenheit fortführen, wenn unsre Forderungen unberücksichtigt bleiben."*

Nach den Reden setzte sich der Treck in Richtung Lüchow in Bewegung. Jeder gruppierte sich um sein Dorfschild und in jedem Dorf standen die Menschen an den Straßen und winkten. Es wurde hin und her gerufen, neue reihten sich ein, niemand hatte es nötig, wie in den Städten, Parolen zu rufen: "Bürger, laßt das Gaffen sein, kommt herunter, reiht euch ein!" Alles schritt (?) miteinander und zog mit Hallo durch die Landschaft. Und immer wieder waren die Leute überwältigt von der Größe des sechs Kilometer langen Zuges und stolz auf ihren kleinen Landkreis.

In Lüchow angekommen war der Zug trotz Regen und Sturm auf 5.000 Menschen angewachsen und die Zahl der Trecker auf 350. Umgerechnet auf eine Stadt wie Berlin mit 1,9 Millionen Einwohnern wären das 190.000 Menschen gewesen.

Wie die Trecker über eine Stunde lang an den klatschenden Menschen vorbeizogen, wurde mit jeder Parole und jedem Trecker die ruhige Kraft, die im Landkreis liegt, seine moralischen und materiellen Werte demonstriert.

**"RAUS MIT DEN DWK–NISCHEN BESATZERN!"**
**"Wo heute noch gesundes Bauerntum, herrscht morgen schon Plutonium!"**
**"Geht uns vom Acker, Strahlenkacker!"**
**"Auf meiner Wiese kein strahlender Riese!"**
**"Lieber arm und glücklich als reich und krüppelig."**
**"1939: zu wenig Lebensraum; 1979: zu wenig Energie."**
**"Wenn man Bullen melken könnte, bräuchten wir keine Kühe mehr."**
**"Kein strahlendes, sondern ein lachendes Kind."**

In einer flammenden Rede bei der Abschlußkundgebung rief Heinrich Pothmer, ein junger Landwirt, dann allen zu, er




sei Bauer und wolle es auch bleiben. Es ginge um ihre Existenz und dementsprechend werde auch ihr Einsatz sein. Es war ein Aufbruch zu einem langen Kampf.

## ZWEITER TAG DES TRECKS

Am Montagmorgen sind wir dann mit 80 Treckern, 100 Fahrrädern und über 100 Autos nach Uelzen gezogen. Mit Sonne im Herzen und auf dem Rücken fuhren wir ruhig durch ihr (ein bißchen auch mein) Wendland und konnten noch einmal in uns aufnehmen, um was es geht und was es hier zu verlieren gibt.

In allen Dörfern Sympathie, neue Mitfahrer und Rufe: *"Wie wunderbar!"* und *"Weiter so!"*. Ich bin bei den Radfahrern und schwebe auf dieser Stimmung dahin. Es fahren mehrere ältere Frauen mit, die sich freuen, endlich mal auf der ganzen Straße fahren zu können. Eine Frau erzählt mir, daß ihr Mann nicht erfahren darf, daß sie dabei ist. Sie muß rechtzeitig wieder umkehren. Durch den großen Umzug hofft sie, mehr gehört zu werden. Auch in ihren Dorf ist sie ganz allein und findet kein Gespräch. Anders im Nachbardorf, wo die ganze Dorfgemeinschaft teilnimmt. Sie meint, erst seit den Bohrungen und den Aktionen dagegen wären die Leute aufgewacht. Aber viele wären noch zögernd oder könnten wegen der Höfe nicht kommen. Die Daheimgebliebenen, wie z.B. die Schüler, die zur Schule gehen müssen, wollen jeden Tag um 10 Uhr eine Schweigeminute einlegen oder mit ihren Autos ein Hupkonzert veranstalten.

Als unser Zug sich der Landkreisgrenze nähert, macht er halt und es wird die **"Republik Freies Wendland"** ausgerufen.

Das alte Landkreisschild wird verhängt und vor einer Traube von Kameraleuten die Autonomie des Wendlandes erläutert. *"Wir brauchen unser Salz und unsere eigenen Eier."* Und: *"Wir schaffen unsere Energieprobleme alleine."* Es wird eine eigene, antiatomare Strophe des Deutschlandliedes gesungen und allen Kämpfern des Trecks der Wenden-Orden versprochen, ein **Stolperstein am langen Band**. Die erste Amtshandlung besteht darin, dem Nachbarkreis Uelzen freundschaftliche Beziehungen anzubieten. Was für manchen ein Ulk zu sein scheint, hat sich dieser Tage tatsächlich ereignet. Die Wendländer haben ihr Land wieder in Besitz genommen. Hatten sie bisher mit dem Ruf, das Armenhaus der BRD zu sein, gelebt, und hatten sie diese Bewertung für sich oft übernommen, so entdecken sie jetzt mit der Ablehnung der segensreichen Atommüllfabrik auch ihre eigenen Reichtümer wieder. Und ihr Selbstbewußtsein, ihre Probleme allein lösen zu können, wenn sie zusammenhalten.

Und wie wir so hineinradeln in die Bundesrepublik Deutschland, fällt mir auf, daß hier ein wirkliches Land anfängt. In modernen sterilen Ortschaften stehen verschlossene Menschen und kaum einer wagt es, uns zuzuwinken. Abgeholt werden wir nur von einigen Radfahrern und Autos, kaum ein Trecker schließt sich uns an. Die Landwirte aus dem Wendland sind enttäuscht von ihren Kollegen. Als wir in die Kreisstadt Uelzen einfahren, kann nur unser beharrliches Singen und Winken die verschüchterten Einwohner zum Gruß bewegen.

Abends findet dann in der Schützenhalle eine große Versammlung statt. Anfangs wird verkündet, daß die DWK die Bohrungen vorläufig eingestellt hat. Verhaltener Beifall und Unsicherheit. Auf einen Anruf hin gibt die DWK Auskunft: sie hätten die Bohrungen für die Zeit des Trecks ausgesetzt wegen des großen Protests. Außerdem wolle man die ersten beiden Bohrungen auswerten. Steigender Beifall und Zuversicht. Ein erster Erfolg, der uns nur bestärkt weiterzumachen und auch nach Hannover und auch nach objektiven Entscheidungen der Landesregierung die Bohrungen zu verhindern. Und zwar dann hoffentlich alle gemeinsam: alte und junge, Landwirte und Bürger.

Eine Anzeige der DWK am nächsten Morgen liest sich schon fast wie ein Abgesang:
*"Was bedeutet es, wenn das geplante nukleare Entsorgungszentrum in Gorleben nicht verwirklicht werden kann; wenn eine verhältnismäßig kleine, lautstarke Zahl von Bürgern ohne jede Legitimation die Wirtschaftspolitik unseres Landes bestimmen zu können glaubt? Das würde bedeuten, daß die wirtschaftliche und damit auch die soziale Ordnung unseres Landes in Gefahr gerät."*

Die Anzeige schließt mit einem Appell, das Genehmigungsverfahren und notwendige Untersuchungen nicht mehr zu behindern. Ansonsten drohe die Katastrophe. Wir wissen also, was wir zu tun haben.

Auf der Veranstaltung in Uelzen sprach ein Uelzener Landwirt über die Objektivität der Landesregierung und parodierte sie mit folgenden Worten: *"Wie heißt das doch immer? Nach eingehender Überprüfung aller Bürger werden diese ausgeräumt werden. Aber da fehlt doch was! Richtig! Die Zweifel! Also: Nach eingehender Überprüfung der Zweifel aller Bürger werden diese ausgeräumt werden. Aber auch das ist noch nicht richtig. Den Originalton werden wir demnächst in Hannover hören."*

Dann sprach Robert Jungk und konnte uns allen mit seiner Rede Mut machen. Er versicherte uns, daß jeder von uns mehr Kompetenz besitze und spüre, was die Atomenergie für seine Existenz bedeute, als alle die objektiven Wissenschaftler. Dieser Treck trage die Verantwortung für die Zukunft und die Hoffnungen der künftigen Generation.

So bestärkt, beendeten wir die Veranstaltung mit dem Schlachtruf der neuen Wenden-Republik: *"Watt mott, datt mott!"* Was sein muß, muß sein.

## DER TRECK AM FÜNFTEN TAG

HERMANNSBURG/CELLE
29. MÄRZ

Mittwochabend in Herrmannsburg entspann sich unter den Treckern eine Diskussion darüber, ob es nicht sinnvoll sei, am nächsten Tag von der geplanten Strecke abzuweichen und einen Umweg über das ehemalige KZ Bergen-Belsen zu machen. Da sich dies nicht mehr kurzfristig organisieren ließ, wurde beschlossen, wenigstens eine Abordnung nach Bergen-Belsen zu schicken. Die Abordnung legte am Donnerstag morgen im KZ Blumen nieder und hielt eine Gedenkminute ab. Dabei wurde u. a. folgende Erklärung verlesen:
„Der Anti-AKW-Treck nach Hannover gedenkt der Opfer des Nazi-Regimes. Unser Kampf gegen den Atomstaat ist auch ein Kampf gegen das Wiederaufleben des Faschismus."
Ebenfalls etwas abseits von der Route liegt bei Celle das Gefängnis „Salinenmoor" im Wald, bekannt geworden durch die Reservierung von 80 Zellen für Gegner der Atommüllfabrik in Gorleben. Für Donnerstag nachmittag beschließen die Trecker dort in einer friedlichen, und von der Begleitpolizei mehr oder minder geduldeten Aktion einen Baum vor der Gefängnismauer zu pflanzen. Beim Einzug des Trecks in Celle marschierten gegen Abend dann etwa 80 der Trecker mit gefesselten Händen mit.

### Die diskrete Penetranz des KBW

Seit Tagen gibt es Schwierigkeiten mit dem KBW, der hartnäckig versucht, den Treck für seine Politik zu „instrumentalisieren.
In Braunschweig auf dem Treckvorbereitungstreffen war abgesprochen, daß auf dem Treck keinerlei Parteierklärungen abgegeben werden sollten. Der KBW denkt aber nicht daran, sich daran zu halten. Er zieht vor dem Treck her, oder hinterher, verteilt, bevor der Treck in eine Ortschaft kommt, schon seine Flugblätter mit KBW- Hammer und Sichel. Mit ein paar Hanseln versucht er nach außen hin den Treck zu einer KBW-Bündnisaktion zwischen Arbeiter- und Bauernmassen zu vereinnahmen und für sich zu reklamieren. Auf dem KBW-Fahrzeug sind unter der Überschrift „Gartow-Gorleben-Trebel," Fotos von KBW-Demonstrationen mit KBW-Transparenten zu sehen. Thema: Fahrpreiserhöhungen. und Arbeiter und Bauern zusammen gegen . . .
Gleich darunter finden sich dann Fotos aus Gorleben und Lüchow. Zwischen den Treckteilnehmern und dem KBW gab es Auseinandersetzungen, kleinere Handgreiflichkeiten wegen dieses penetranten Auftretens der Partei der Arbeiterklasse.

Ein Bauer aus Göddingen bei Lüneburg hatte bisher 15 Trecker zur Teilnahme organisiert. Mittwoch haben davon 9 wieder abgesagt, weil von den Medien über eine Teilnahme des KBW berichtet worden war. Auch die Organisierung des Nachholtrecks aus dem Wendland für Freitag Abend (30. März) macht Schwierigkeiten, weil einige Bauern, die bisher teilnehmen wollten, wegen der berichteten KBW-Beteiligung ihren Entschluß noch einmal überdenken wollen.
Zwar besteht die „KBW—Beteiligung" nur aus einem Propagandatrupp von etwa 8 Leuten. Allerdings legt diese Gruppe großen Wert darauf, als KBW aufzutreten. So hängen KBW-Plakate unmittelbar neben der Erklärung der Bauern und den Treckplakaten. Auf Flugblättern mit KBW-Zeichen wird die Erklärung (nachgedruckt) verteilt, die beginnt mit: „Wir Bauern . . .".
Auch ist klar, daß in der Berichterstattung der offiziellen Medien das kleinste KBW-Fähnlein als Diffamierung des Wendlandtrecks erscheint.
Alle Versuche, durch Diskussionen und Bitten den KBW davon abzubringen, hier beim Treck das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauern herstellen zu wollen, sind bis Mittwochabend

gescheitert. Daraufhin fuhren einige Trecker zurück ins Wendland. Donnerstag Morgen kam ein VW-Bus mit fünf Wendländer Bauern zum Treck, die dem KBW-Trupp mit Nachdruck klargemacht haben, daß sie verschwinden sollten, wenn sie sich keine dicken Augen einhandeln wollten .
Bis zum ID-Redaktionsschluß waren die KBW-Parteiarbeiter verschwunden, unklar ist, ob sie wegen ihrer Dickfelligkeit tatsächlich zurück in die Frankfurter Zentrale gefahren sind. Hoffen wirs!

Karl (ID-Trecker)/Jürgen (ID-Schreibmaschine)

**Aus einem Telefonat, Frieder (Frankfurt), Karl (Uelzen):**
**Karl: Ich kann dir gar nicht sagen, wie mir zumute ist . . .**
**Frieder: Ach komm!**
**Karl: Ist wirklich war!**
**Frieder: Wie denn?**
**Karl: Ich hab irgendwie das Gefühl, ziemlich nahe zuhause zu sein. Und der letzte Rest des Weges . . . der geht nicht.**
**Frieder: Ach!**
**Karl: Ist wahr.**
**Frieder: Ach komm, Karl!**
**Karl: Es ist unglaublich, was hier passiert. Eine ganze Region steht auf, das ist nicht zuviel gesagt.**

## WENDLÄNDER WIDERSTAND VOR DEM TRECK: WAT MOT, DAT MOT

LANDKREIS LÜCHOW DANNENBERG
27. März *Vom Mittrecker Karl (ID):*

Am Sonntag, den 20. März beginnt der Treck der Bauern nach Hannover. Sechs Tage unterwegs. Für die Bauern bedeutet das, sechs Tage vom Hof zu sein. Betriebshelfer werden engagiert, sie sollen die Arbeit fortführen, während der Bauer gegen die Atommüllfabrik unterwegs ist. 40 Betriebshelfer haben sich aus dem gesamten Bundesgebiet spontan gemeldet, sie sind ausgebildete Landwirtschaftsmeister zum grossen Teil und betrachten das als ihre Unterstützung gegen die WAA.

Die Bauern überwinden sich nur schwer, Fremde auf den Hof zu lassen, die könnten ja unter die Bettdecke gucken! Trotzdem, auch Bauern, die wollen, können nicht nach Hannover: es ist die Zeit des Säens und das läßt sich kein Bauer gern aus der Hand nehmen, deswegen nehmen manche nur tageweise am Treck teil. Für sie gibt es in der Nacht vom Freitag (30. März) auf Samstag noch einen zweiten Treck nach Hannover mit Polizeieskorte und erst ab Freitag, den 30. März, gibt es in Niedersachsen Osterferien, sonst würden noch viel mehr mitgehen, erzählten Kinder auf dem Deich.

Nach den Festnahmen vom Montag, den 19. März, als zum ersten Mal Leute bei einem Sitzstreik nicht nur zur Seite geräumt wurden, sondern zur Überprüfung der Personalien festgenommen worden waren, solidarisierten sich 200 Land frauen mit dem Widerstand. Sie hatten sich bisher abseits gehalten, jetzt organisierten sie aus dem Handgelenk einen Sonderzug nach Hannover. Der Zug verläßt Uelzen Samstag (31. März) um 10 Uhr. Die Landfrauen zusammen mit Bauern aus der engeren Umgebung waren es auch, die beim Landvolkvorsitzenden Voß einen Sinneswandel auslösten. Nachdem Voß noch vor wenigen Wochen einen Befürworter der Atommüllfabrik, den ehemaligen Oberkreisdirektor Paasche als juristischen Berater gegenüber der Landesregierung stützte, ruft er jetzt auf zur Unterstützung des Trecks.

Während all dieser Treckvorbereitungen geht auch der Alltag des Widerstandes weiter. Bis Freitag, den 17. März, war der Bohrtrupp in Privatwohnungen untergebracht, aber seit ihm am Freitagmorgen ein Leiterwagen den Weg zur Arbeitsstelle versperrte und er drei Stunden zu spät zur Arbeit gekommen war, hat er Anweisung bekommen am Arbeitsplatz in einem Wohnwagen zu übernachten. In der Nacht vom Mittwoch, dem 21. März, auf Donnerstag allerdings verließ er das Bohrloch wieder. Die Bürgerinitiative hatte zu einem Waldfest eingeladen, doch die eingeladene Polizei verzichtete auf die Teilnahme. Ebenfalls in der Nacht vom 21. auf den 22. März hatte jemand Nagelbretter in den Boden der Waldwege gegraben, die zu den Bohrlöchern führen, die Polizei erklärte später die nichtöffentlichen Waldwege zu öffentlichen Straßen.

In der Nacht zum Freitag, dem 23. März, schütteten Bauern mehrere Fuhren Mist auf die Anfahrtswege zur Baustelle: *"Lieber unser Mist als eurer".*

Als der Bohrtrupp am Freitag, den 23. März, in seiner Wochenendstellung "Sicherheitszone Mülldeponie" bei Woltersdorf fuhr, erhält er ein Begleitkomitee: Bürgerinitiativen geleiten ihn mit ihren Autos, verzögern den Zug, machen in den Ortschaften die Bevölkerung mit lautem Hupkonzert auf ihn aufmerksam.

Zwischendurch treffen bei der Bürgerinitiative die Nachrichten von "außen" ein: der Hungerstreik in der Berliner Gedächtniskirche wurde abgebrochen, die Kirchenleitung drohte mit Polizei; in Trier wird gerade der Dom besetzt. Am Donnerstag, den 22. März, gab es in einer Göttinger Kirche eine Andacht, die Teilnehmer sammelten und schickten einen Blumenstrauß (und Geldspenden) nach Gorleben. Der Strauß steht in der "Einsatzzentrale" neben dem Telefon. Neben dem Telefon liegt außerdem noch ein Drohbrief an die Bürgerinitiative, einer von mehreren: *"Ihr gewissenloses Gesindel . . . hoffentlich verrecken noch mehr, schade, daß es keine Gaskammern mehr gibt . . . habe durch euch meine Arbeit verloren . . . "*
Am Freitagabend (23. März) platzte die Nachricht, daß auf der Hauptstraße Lüchow und Gartow über mehrere Kilometer Nägel gestreut seien, in die Sitzung der Bürgerinitiative Ortsgruppe Gartow / Gorleben. Reaktion: *"Wer soll denn damit getroffen werden? Kein Bohrfahrzeug fährt da. . . . ganz klar, eine Provokation . . . Kann es nicht sein, daß diejenigen, die den Wald angesteckt haben, auch für die Nägel verantwortlich sind? "* Als vor mehreren Jahren große Waldbrände in der Lüneburger Heide und im Wendland wüteten, brannte unter anderem gerade jenes Stück, das dem Grafen Bernstorff gehört und das zwischen zwei Teilen lag, die schon die DWK gekauft hatte, die jetzt also das Stück von dem Bernstorff brauchte, um ihr ganzes Gebiet zusammenzukriegen, haargenau dieses Stück ab.

**Karl Sandra**

## PLAKATE KLEBEN – BÄUME PFLANZEN – THEATER SPIELEN

FRANKFURT
28. März '79

*„Was habt ihr seit Bohrbeginn in Gorleben gemacht und was habt ihr für Hannover vor? ", das haben wir Mitglieder von Umweltschutzgruppen in verschiedenen Städten gefragt. Die meisten der folgenden Berichte sind aus Tonbandgesprächen gefertigt:*

### WEIN UND BLUMEN VOM KAISERSTUHL

**FREIBURG** *In Freiburg entsteht in einem dreistöckigen Fabrikgebäude ein Umweltschutz–Informationszentrum. Dort wohnen / arbeiten Leute aus nicht–ka–orientierten Gruppen von der Gewaltfreien Aktion, der KKW–Nein–Gruppe, junge Leute vom alten AK–Umweltschutz etc. Ja und noch was: die Bundschuh–Druckerei ist auch dort drin und daher sind die folgenden Informationen:*

Als sich rumgesprochen hat, daß in Gorleben gebohrt wird, sind hier Plakate geklebt worden: "Gorleben ist überall", auch andere mit noch ein bißchen Text drauf wie: "dagegen setzen

wir uns zur Wehr, gewaltfrei". Dabei sind Leute geschnappt und erkennungsdienstlich behandelt worden. Das ist neu für Freiburg, daß man erkennungsdienstlich behandelt wird, wenn man beim Kleben erwischt wird.

Am Samstag drauf (17.3.) haben Leute von der Gewaltfreien Aktion und vom Haus hier einen Stand in der Innenstadt und eine Art Atommülltransport gemacht. Wir haben weiße Strahlenanzüge aus dem Kernforschungszentrum Karlsruhe angezogen, Gasmasken aufgesetzt und so etwa acht schwarze Fässer mit dem gelben Atomzeichen drauf durch die Strassen der Innenstadt gerollt. Dazu spielte Freiburgs linke Blaskapelle, die "Rote Note", Trauermusik. Wir haben immer mal wieder angehalten und durchs Megaphon gesagt: "Achtung, Achtung. Das ist ein Atommülltransport. Bitte treten sie zurück". – Darauf folgte die im Katastrophenplan Fessenheim (der mal stiebitzt wurde) festgelegte Radiodurchsage und danach nochmal der Hinweis, es habe sich dabei wirklich um einen Auszug aus dem Katastrophenplan gehandelt, weil einige Leute glaubten, das sei ein Witz.

Nebenher wurden Flugblätter verteilt, auch in den Straßenbahnen in der Kaiserstraße. Da sind vorher Leute eingeteilt worden, die immer von Haltestelle zu Haltestelle mitgefahren sind und während der durch die Demonstration verursachten Staus Flugblätter verteilt haben. Sie sind nicht angemacht worden. In einem Videofilm war zu sehen, wie eine Atommülldeponie funktioniert.

Die Aktion ist gut angekommen, es haben viele Leute bei den Umweltschutzgruppen angerufen, wollten mitmachen, Kontakt aufnehmen.

**GORLEBEN WYHL LEBEN!**

Die badisch–elsässischen Bürgerinitiativen haben am 24. März auf der Rheinbrücke in Sasbach eine Kundgebung gemacht. Da sind etwa 220 Traktoren gekommen, was Einiges heißt, denn das Wetter war schön und die Winzer haben jetzt voll zu arbeiten in den Reben. Auf den Traktoren waren Parolen wie: "Gorleben ist das Auschwitz des Vierten Reiches", dann sind Leute gekommen , die hatten Judensterne mit "U" für "Umweltschutz" auf der Brust. Eine neue Parole heißt: "Gorleben Wyhl leben". Die Elsässer haben erzählt, daß sie den Schwerpunkt ihrer Aktionen ein wenig ins französische Landesinnere verlagert haben; auch Schweizer waren da, Leute aus der ganzen Region, so zwei, drei Tausend.

Für Hannover wird in Freiburg ein Sonderzug organisiert. Dann wird mit einem Lastwagen Material für einen großen Stand hochgebracht: da soll Wein verkauft werden mit Aufklebern drauf, und Blumen, denn um den Kaiserstuhl herum blüht schon alles. Das Informationsmaterial bezieht sich hauptsächlich auf die Kaiserstuhl–Region. Es soll auch einen Wyhlfilm geben für die 95 Tausend, die keinen Platz in der Halle beim Forum mit den Professoren bekommen.

Dann gibts noch eine Menge Kleinigkeiten, Sachen, die überlegt, geplant oder auch schon gemacht werden. So wird ein Wyhler Traktor mit der Bahn zur Stadtgrenze von Hannover verfrachtet werden. Der fährt dann symbolisch im Treck mit.

**Kontakt: Umwelt-Infobüro, Habsburgerstr. 9, Freiburg**

**GIESSEN** Die Umweltschützer in Giessen haben in einer öffentlichen Anlage einen Baum gepflanzt. Mit Bohrbeginn in Gorleben sind die gelben Plakate geklebt worden. Dabei sind AKW'ler festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt worden. Das hat die Gruppe mächtig verunsichert. Schon früher und zuletzt bei der Offenbacher Demonstration haben die Giessener Theater gespielt, ein Unfall beim Atommülltransport.



**Junge Männer in Räuberzivil vor Gebäuden der KWU**

**WIR WOLLEN KEINE KWU —
WIR WOLLEN KAFFEE MIT SAHNE**

**OFFENBACH:** In der Hauptstadt der KWU (Kraftwerkunion) haben am 24. März fünftausend Menschen gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben und die Verwandlung unseres Landes in einen Atomstaat demonstriert. Zu der Demonstration aufgerufen hatte die Bürgerinitiative Offenbach – gekommen waren Teilnehmer aus dem ganzen Rhein-Main-Industrie-Gebiet. Beim bislang besten Wetter des Jahres zog die Demonstration drei Stunden lang durch die Stadt. Straßen und Plätze wurden in Gorlebenstraße umbenannt, eine Unzahl von Transparenten und Plakaten wurde hochgehalten und die Reaktionen vom Rand der umbenannten Straßen waren gemischt wie immer. Das fliegende Händlertum erlebte eine Blüte großen Ausmaßes – es wurden Zeitungen und Schmucksternchen in ungezählten Exemplaren verkauft. Die von einer Anzahl junger Männer in Räuberzivil umzingelte Kraftwerkunion, die in Offenbach ein Hochhaus ihr eigen nennt, hat den Tag unbeschadet überstanden. Aber in der Phantasie der Demonstranten verwandelte sich das Gebäude in Zustände, die der Geschäftsleitung wenig angenehm wären.

**FRIEDRICHSHAFEN** Am 24. März fand paralell zur Demonstration vor der Kraftwerksunion in Offenbach und zum Sternmarsch am Atomkraftwerk Neckarwestheim eine Demonstration in Friedrichshafen statt. Es wurden verschiedene Gorleben Plakate geklebt, die Aktionen liefen unter dem Motto: "Steter Tropfen höhlt den Stein, bald lassen sie das Bohren sein!"

**HEIDELBERG** 23. März: "Heute wurde der "Otto–Hahn–Platz " in Heidelberg–Emmertsgrund in "Gorleben–Platz" umbenannt."




Gorleben ist auch auf dem Stuttgarter Marktplatz. Gruppe Strobo pflanzt: Fliederkraft gegen Atomkraft. Schwäbische Passanten motzen: „Recht hänt ihr, arbeite solltet ihr." „Sie sollte amal im Kriag kämpfe", sagt einer zu einer Frau von der Gewaltfreien Bürgerinitiative. Und: „Das dürfen Sie doch gar nicht!" Die Strobe heben vier Pflastersteine aus und setzen das Fliederbäumchen ein. „Sind Sie Gastarbeiter? " – Und dann ein lockerer Dialog: „Der Baum kann doch überhaupt nicht wachsen auf diesem Platz". Strobo: „In Gorleben können die Bäume auch nicht wachsen". „Wer ist denn dafür verantwortlich? " Strobo: „Herr Albrecht ... in Hannover". Beamter: „Habt ihr woanders auch noch Löcher gemacht? " Strobo: „Ja, in Gorleben. Aber das waren nicht wir". Beamter: „Das ist klar, das Tiefbauamt wird eine Rechnung schicken. An wen soll man sie schicken? " Strobo: „An Herrn Albrecht in Hannover". Beamter: „Wenn Sie den Baum nicht wieder entfernen, müssen wir das Loch von amtlicher Seite schließen lassen". Strobo: „Das in Gorleben? " Beamter: „Ja, ja, das Problem in Gorleben sehe ich auch. Aber gleichzeitig sehe ich das Problem der Unversehrtheit der öffentlichen Plätze". Ein Bauunternehmer: „Geben Sie doch der Firma Eger (!) den Auftrag, das Loch zuzumachen". Und: „Ich will Sie fragen, wissen Sie, daß die Russen in Indien Atomkraftwerke bauen? " Und: Ihr habt doch keine Ahnung . . . euch sollt' man den Strom abschneiden . . . sind Sie krank? . . Versuch DAS doch mal in der Ostzone . . . da dürfet Se koin Baum nopflanza, des ghört der Stadt! Ja, weil, wisset Se, des isch öffentlicher Boda!"
Doch Gorleben ist überall, und Strobo auch: **z.B. c/o Monika Ahorn, Traubenstr. 9, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 22 54 35 (0711)**

**GORLEBEN IN MARBURG . . .**

Zuerst was gelaufen ist:

Am Tag des Bohrbeginns "Ortsschilderaktion" mit "Gorleben ist überall". Am darauffolgenden Samstag ganzseitige Anzeigen von 300 Bürgern in der Regionalzeitung, außerdem Fahrraddemo mit knapp 100 Teilnehmern. In der Stadt leuchtet ein gutes Dutzend Gorleben–Sprüche an den Wänden. Der schon an einem der vorangegangenen Gorleben–Aktionstage in Marburg gezeigte "Atommülltransport" fand auch in Offenbach statt. Ein langsamfahrender, von weißgekleideten Gestalten begleiteter LKW "verliert" plötzlich weiß angestrichene radioaktive Fässer. In der Nähe befindliche BI'ler brechen verseucht zusammen. Die Straße ist mit einem Menschenteppich bedeckt.

Was in Hannover laufen soll

Eine kleine Gruppe Marburger nimmt am Süd–Treck über Borken und Kassel teil. Der Rest der Marburger kommt mit PKW's und im Sonderzug aus Freiburg am Samstag nach. Bis auf Musik stehen andere Aktivitäten noch nicht fest.

Neues aus der AKW–Szene in und um Marburg

In Roßberg gleich um die Ecke, ist die hessische Sammelstelle für schwachradioaktiven Müll in die Öffentlichkeit und damit auch ins Gerede gekommen. Ob die Lagerung sachgerecht und der Müll wirklich nur schwach strahlt, wird immer unklarer (vergleiche Marburger Zeitung, Am Erlengraben 12a, 3/78).
In Borken, zwischen Marburg und Kassel, scheint sich klammheimlich etwas anzubahnen. Die BBC hat in der Umgegend Räume angemietet (bei einer alten Schule hat es geklappt):
Nach offiziell nicht bestätigten Informationen soll mit dem Bau eines Zwischenlagers in nächster Zeit begonnen werden, noch vor Arhaus und falls Gorleben sich zu lange hinziehen wird. In dieses Bild passen die Informationen, daß der Magistrat von Borken am 26. / 27.3. nach Bonn eingeladen werden sollte und daß eine Gruppe Hessischer Landtagsabgeordneter in Bonn über sogenannte "Umweltschutzfragen" konferierte. Ein Flugbblatt mit all diesen Informationen löste in der Umgegend Unruhe aus. Das schon drei Stunden später erfolgte Dementi kam etwas zu vorschnell, um glaubhaft zu wirken.

**Kontakt: Bernd Meyerholz, Heskemerstraße 2, 3557 Hesken, Telefon: 06424/1963**

**BAYERN RADELN FÜR GORLEBEN**

**MÜNCHEN** Die AKW–Nein–Gruppe München / Landshut wird am 31. März eine kombinierte Fahrrad / Treckerdemonstration veranstalten. Geplant sind geschmückte Räder, Theater, das Pflanzen eines Baumes, Lieder und das Niederlegen eines Kranzes an der Atomruine in Niederaichbach. Wer mit der Gruppe sprechen möchte:
**AKW–Nein–Gruppe, c/o Kurt Faller, Reichenbachstr. 22, 8000 München, 089/ 260 7127**

Im Starnberger Landkreis wurden die Städte und Gemeinden umbenannt. Überall fanden sich die Kleber 'Gorleben ist überall'.
Die Kreisverwaltung, der dieses gar nicht behagt, versucht nun die Bevölkerung durch die Auslobung einer lächerlich geringen Summe (3.000,-) zu Aussagen zu locken. Erfolge hat sie noch nicht gehabt.

## „FÜSSE TUN WEH, IMMER MEHR SIND ERKÄLTET"

OLDENBURG Aus einem Telefongespräch: Die GLU hat Geld zur Verfügung gestellt für eine große Anzeige in der Zeitung. Da war auch die Kontaktadresse unserer Bürgerinitiative drunter. Wir bekamen darauf massenweise Anrufe, neben vielen erfreulichen auch anonyme wie: „Wenn ich euch erwische, knüpfe ich euch an den nächsten Baum".

Am Sonntag (25.3.) sind dann hundert Leute vom Oldenburger Schloßplatz losmarschiert. Die Polizisten regelten mit Blumen in der Hand den Verkehr; die hatten sie von den Treck'lern bekommen. Auch unterwegs sind Blumen und Flugblätter verteilt worden. Zumindest die, die Blumen kriegten, freuten sich. Nach zehn bis fünfzehn Kilometer sind 50, die nicht auf den wochenlangen Treck konnten, wieder umgekehrt. Auf dem Treck über Celle nach Hannover sind auch eine Hausfrau und zwei Berufstätige, die sich extra Urlaub genommen haben; sonst Leute, die eh Zeit haben. Es gibt auch welche, die dem Treck nachfahren, einen halben Tag mitmarschieren und dann wieder nach Oldenburg zurückkommen.

Mit der Bahn versorgen wir den Treck von Oldenburg aus mit warmem Essen und neuem Schuhzeug, weil viele schon fußkrank sind. Es ist eine unheimliche Strapaze. Es regnet immer und ist auch so kalt. Die Füße tun weh, immer mehr sind erkältet. Es sind auch schon kranke Leute mit dem Auto zurückgekommen.

Im Treck gibts neben den Fußgängern zehn Radler und seit Mittwoch zwei Bullis. Polizei fährt auch mit, die ist aber ganz freundlich.

Ihre Quartiere haben die Treck'ler schon vorher festgemacht. In den Dörfern, in denen sie übernachten, gibts abends Veranstaltung mit Film und Diskussion.

Die Leute, die in Dörfern auf dem Weg wohnen, verhalten sich ganz prima: In Schulen hat eine ältere Frau spontan hundert Mark gespendet.

## GORLEBEN–WURM IN DÜSSELDORF

**DÜSSELDORF** *Von der Bürgerinitiative Umweltschutz:* Am 24. 3. wälzt sich ein atomarer Lindwurm durch die Düsseldorfer Innenstadt. Er stellt den Kreislauf AKW, Zwischenlagerung, Wiederaufbereitung und Weiterverarbeitung dar. Der dabei abfallende "Atommüll" wird mit einer Erklärung der BI an die Bevölkerung verteilt. Nur die Polizei stört der Anti–Atomwurm, darum stoppt sie ihn. Da kein Verantwortlicher festzustellen ist, versucht die Polizei in altbekannter Manier Einzelpersonen aus unserer Gruppe herauszupicken. Die dadurch provozierte Rangelei nimmt die Polizei zum Anlaß, das Fotografieren zu verbieten, nicht zum ersten Mal wird in Düsseldorf versucht, daß Recht auf Pressefreiheit außer Kraft zu setzen. Unter brutalen Schlägen ins Gesicht werden zwei AKW–Gegner in den Polizeibulli reingeworfen. Wir lösen uns an dieser Stelle auf, um an anderer Stelle der Düsseldorfer Innenstadt wieder aufzutauchen. Verwirrt zieht die Polizei immer mehr Streifenwagen, Mannschaftswagen und Kradfahrer zusammen, ohne den ständig verschwindenden und wiederauftauchenden Anti–Atomwurm überhaupt fassen zu können. Die Erfahrung, die wir mit eigener Angst, reagieren auf Polizeiterror etc. gemacht haben, besprechen wir nach der Aktion bei nem guten Essen.

**BREMEN** Walter Mossmann in einem Telefongespräch: "Hier ist unheimlich schön geklebt worden am ersten Tag der Bohrung. Es war alles dicht, und dann auch die schönen roten Aufkleber auf den Stopschildern. Da sagen jetzt viele: STOP GORLEBEN, das sieht schön aus. Dann gabs am Wochenende drauf Demonstrationen, so sehr aufgelockerte mit viel Straßentheater, wie in anderen Städten auch. Und dann der Treck mit den Oldenburgern über Verden nach Celle, von dort weiter nach Hannover. Was für Hannover geplant ist? Da weiß ich nicht viel. Ich bin auch mal gespannt, was ich da machen werde . . . "

**HAMELN** Bericht vom ersten Tag des Südtrecks (von Grohnde nach Hannover):
In Hameln kamen Mittwochnachmittag ungefähr 150 Radfahrer auf dem Pferdemarkt an. Leute von der Hamelner BI hatten schon vorher ihren Informationsstand aufgebaut, viele Passanten warteten auf den Zug und kauften massenweise Informationsmaterial.
Bei sehr guter Stimmung wurde Straßentheater aufgeführt und getanzt und ein bißchen was zum Treck erzählt. Abends war dann eine Veranstaltung in der katholischen Volksschule, der Saal war proppevoll, der Treck wurde nochmal vorgestellt, das Theaterstück aufgeführt, und dazu aufgefordert, Samstag nach Hannover zu kommen.

## LIEBER GOTT, SCHÜTZE UNS VOR DEM STRAHLENTOD!

**DETMOLD** Samstag, den 24.3., um 11 Uhr haben Detmolder AKW-Gegner die Marktkirche besetzt.
Weil die Kirche abgeschlossen war, mußten sich die Besetzer erst einmal als Architektur-Studenten ausgeben. Als der Küster und der herbeigerufene Pastor dann erfuhren, daß ihre Kirche besetzt sei, regten sie sich zuerst mal groß auf, aber rausschmeissen lassen wollten sie die Leute dann auch nicht.
Die Besetzer hängten Transparente an den Turm und beklebten die Zifferblätter der Turmuhr mit lachenden Sonnen. Am Sonntag wurden dann vier Gottesdienste besucht und dort die Erklärungen für die Besetzung vorgelesen. In der Marktkirche wurden die Besetzer sogar mit ins Gebet aufgenommen: „Lieber Gott, schütze uns vor dem Strahlentod!"

## NACHTRAG ZUR AACHENER DOMBESETZUNG

**AACHEN** Am Donnerstag, den 15. März, einen Tag nach Baubeginn der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben, haben wir mit ca. 40 Leuten den Aachener Dom 'besetzt'.

Der Dompropst erklärte, er habe Verständnis für unser Anliegen, könne aber die Umfunktionierung des Domes zu einer Proteststätte nicht gutheißen. Rechtlich sei die Dombesetzung Hausfriedensbruch, er verzichte aber auf den Einsatz von Polizei, die sich dann auch darauf beschränkte, vor der Domtüre herumzustehen.
Den ganzen Tag über hatten wir Besuche von Presse und Fernsehen, die wir bereits zu Beginn der Aktion informiert hatten. Unser Ziel, Öffentlichkeit herzustellen über den Baubeginn in Gorleben, war also recht schnell erreicht.

Am Abend gab es die ersten Schwierigkeiten: Obwohl bereits der Presse mitgeteilt worden war, daß wir die Nacht über im Dom bleiben könnten, versuchte ein Kirchenbeauftragter uns dennoch zum Gehen zu bewegen. Schließlich ging er und wir blieben drin.
Besucher der Morgenmesse, die von uns unbehindert stattfinden konnte, drohten uns ihre 'Selbsthilfe' an: sie wollten uns am liebsten aus dem Dom prügeln, „in die Zone abschieben", „den Studenten die Wohnungen kündigen" usw. Der Dompropst hatte währenddessen wiederholt Anrufe auch von prominenten Katholiken nicht nur des Aachener Bistums erhalten, die ihm ebenfalls Selbsthilfe androhten und ihn als Feigling beschimpften.

Langsam wurde ihm die Situation brenzlig, die Polizei teilte uns mit, sie sei nur noch zu unserem Schutz vor den aufgebrachten Katholiken da.
Da wir unser genanntes Ziel längst erreicht hatten und es uns auch gelungen war, die Nacht über im Dom zu bleiben, teilten wir dem Dompropst unseren Auszungstermin für den Nachmittag mit. Unter Glockengeläut und mit viel Presse, die überwiegend positiv über uns berichtete, zogen wir aus dem Dom aus und machten eine spontane Demo in die Stadt. Hinter uns wurde allerdings sofort die Domtüre abgeschlossen und die nächsten drei Tage nicht mehr geöffnet.

*Kontakt: G. Wiese, c/o KLENKES, Oranienstr. 9, 51 Aachen.*

## HAHN-MEITNER-INSTITUT – TAG X + 2 – 6.30 UHR

BERLIN
20. MÄRZ

Am 16. März 1979, zwei Tage nach Baubeginn in Gorleben, 6.30 morgens war es endlich soweit. Fast einen Monat hatten wir unsere Blockadeaktion vor dem Hahn-Meitner-Institut (HMI) vorbereitet. Dort wird die Verglasung von Atommüll für Gorleben erforscht, ein Versuchsreaktor betrieben und eine große Menge schwach- und mittelaktiver Atommüll, der eigentlich ins Zwischenlager Asse sollte, gelagert. Nur ein kleiner Teil der Wissenschaftler arbeitet an atomaren Projekten, die meistens meinen, sie hätten nichts damit zu tun, sind nicht mal informiert.
In der Vorbereitung war einer der wichtigsten Streitpunkte die Frage nach der Härte der Blockade. Grundsätzlich wollten wir das HMI richtig dicht machen. In den Gesprächen mit allen interessierten AKW-Gegnern/innen kamen wir jedoch zu der Auffassung, daß dies aus mehreren Gründen nicht möglich ist. Wir haben noch keine Erfahrungen mit solchen Widerstandsaktionen, die Mitarbeiter des HMI sollten informiert und zur Auseinandersetzung, jedoch nicht zum ‚Abschalten' gebracht werden, Eskalationsmöglichkeiten sollten für die Zukunft noch möglich sein, und einige andere Gründe waren ausschlaggebend für die Planung unserer ‚sanften' Blockade. Ein weiterer Punkt unserer Auseinandersetzung war die vorherige Information der Polizei. Viele befürchteten, daß wir gleich am Ort noch vor Beginn der Aktion von einem großen Polizeiaufgebot ‚empfangen' würden. Dies hätte (und hat) allerdings unsere Aktion nicht verhindert, denn wir hätten unsere Blockade auch vor der Polizeisperre aufbauen können. Entscheidend war das Argument, daß ein alarmmäßig anrückendes Polizeikommando kaum mehr von uns in Gespräche zu ‚verwickeln, zu informieren und zu beeinflussen ist (was sich am Abend des 16. 3. bei der Räumung der Gedächtniskirche durch die Polizei ziemlich deutlich gezeigt hat).
Nachdem der grundsätzliche Aufbau der Aktion klar war und die Informationsschreiben an Presse, HMI-Betriebsrat und -leitung und die Polizei abgeschickt waren, blieb uns nur noch das Warten auf den Baubeginn. Am Donnerstag, einen Tag nach Baubeginn, trafen wir uns dann in der TU zur Bildung von Bezugsgruppen, in denen die Aktion sowie unser Verhalten noch einmal besprochen wurde. Jede Bezugsgruppe hatte ihre eigene Aufgabe: die zwei Blockadegruppen sollten in Zusammenarbeit den ins HMI einfahrenden Verkehr in zwei Stufen stoppen, um so der Empfangs und der Diskussionsgruppe die Möglichkeit zu geben, mit den Autofahrern/innen zu reden, und ihnen Flugblätter, Plätzchen, Tee, und Mohrenkopf-AKW's anzubieten. Die Polizeigruppe sollte laufend Kontakt zur Einsatzleitung halten und mit den Polizisten diskutieren. Die Fußgängergruppe sollte die mit dem Bus kommenden HMI-Mitarbeiter empfangen und sie diskutierend bis zum Tor des HMI begleiten. Die Musikgruppe, die eingeplant war, hatte sich leider in der langen Zeit zwischen Vorbereitungsende und Baubeginn aufgelöst.
Nachdem wir (ca. 60 AKW-Gegner/innen) uns am frühen Morgen vom ersten Schreck – die Polizei war mit mehreren Mannschaftswagen schon da – erholt hatten, würden die Verhandlungen mit der Einsatzleitung aufgenommen und dann zügig von den Blockadegruppen die Straße besetzt. Das sah die Polizei nicht so gerne, aber durch unsere Gespräche mit der Einsatzleitung und durch unser anfangs für die Polizei kaum zu durchschauendes Vorgehen konnten wir ein zu frühes Eingreifen der Polizei verhindern. Als dann die Koordination zwischen den verschiedenen Gruppen eingespielt war und die Blockade lief, hatte die Polizei die Kontrolle über die Aktion verloren und konnte zum Großteil nur tatenlos zusehen, wobei wir die Zeit nutzten, um ihnen anhand des Polizeiflugblattes unser Anliegen zu erläutern; wir haben dabei erstaunlich oft Zustimmung bekommen...
Die meisten Mitarbeiter/innen des HMI zeigten sich gesprächsbereit. Einige erklärten sich mit unseren Absichten einverstanden, nur wenige waren für vernünftige Argumentation unzugänglich und fuhren zum Teil sehr rücksichtslos in die Blockadegruppen. Glücklicherweise wurde niemand verletzt.
Nach etwa 3 Stunden waren die letzten Mitarbeiter/innen des HMI eingetroffen und wir brachen die Blockade ab. Wir fuhren gemeinsam in die TU und haben dort noch eine fast zweistündige Auswertung durchgeführt. Alle Teilnehmer/innen der Blockade waren in guter Stimmung und sahen die Aktion als Erfolg.
Interessant sind die Besonderheiten der Aktion. Es handelte sich um eine gewaltfreie, direkte Widerstandsaktion im Rahmen des dezentralen Widerstandskonzeptes an einem der ‚atomaren Brennpunkte' in Berlin. Die Blockade stand im Rahmen vorheriger Aktionen am HMI und läßt Eskalationsmöglichkeiten offen, langfristiger Widerstand an diesem Punkt ist möglich. Durch die Bildung von Bezugsgruppen wurde die Unverbindlichkeit unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gewöhnlicher Demos aufgehoben. Eine Basisdemokratische Organisation autonomer, aber kooperierender Gruppen (mit Gruppendelegierten) machte auch Entscheidungen in nicht vorher besprochenen Konfliktsituationen möglich. Die voraussehbaren Konflikte waren schon am Vorabend besprochen und Einigung über gemeinsames Verhalten erzielt worden. Wir hatten u. a. beschlossen, uns in zwei Gruppen an den Blockadestellen auf die Straße zu setzen, wenn die Polizei uns angreifen sollte.. Unsere vorherige Polizei- und HMI-Information zahlte sich insofern aus, als sie einen guten Kontakt mit unseren Konfliktgegnern ermöglichte. Zusätzlich hatten wir einen neutralen, d. h. für uns und die Öffentlichkeit akzeptierten Beobachter in Prof. Ebert (Otto Suhr-Institut der FU) gefunden. Er beobachtete nicht nur, sondern machte mit einem Bandgerät auch Interviews. Sinn des ‚neutralen' Beobachters war es, bei Konfliktfällen objektive Aussagen vor Gerichten und Presse zu bekommen, um so der Kriminalisierung der AKW-Gegner/innen entgegenzuwirken. Die Verunsicherung konnte man den Polizeisten am Gesicht ansehen.
Die gründliche Auswertung mit fast allen Aktionsteilnehmern/innen macht effektive Fortsetzung des Widerstandes möglich.
Der Erfolg dieser Aktion widerlegt eine ganze Menge von Vorurteilen über den Wert und die Durchführbarkeit dezentraler Widerstandsaktionen, die auch in den Vorbereitungstreffen für die Aktionen, die für jeden offen waren, zu Tage traten.
Entfalten wir unseren eskalierenden Gewaltfreien Widerstand überall. Gorleben soll leben!

## AKW – JEIN
### Neues von den Leuten, die in der Atomindustrie arbeiten

BENSBERG
27. MÄRZ

*Kampf um Gorleben: Kampf um das Nadelöhr, das die Arbeitsplätze in der deutschen Atomindustrie für Jahrzehnte sichert und deswegen unbedingt gebaut werden muß... Wir verhalten sich die Leute dazu, die in dieser Atomindustrie ihr Geld verdienen? Einer vom ID fragte einen Ingenieur von Interatom, der dort schon seit Jahren arbeitet und weiß, wovon er spricht. Interatom ist die Siemens-Tochterfirma, die den schnellen Brüter bei Kalkar konstruiert und bei der ein gewisser Klaus Traube vor nicht allzulanger Zeit Geschäftsführer war.*

*Gibt es Widerstand bei den Beschäftigten der Atomindustrie?*
Ich kann eigentlich nur zu Interatom was sagen, und du mußt berücksichtigen, daß ich die letzten drei Wochen krank war und die Stimmung im Betrieb nicht so genau mitgekriegt habe. Aber du kannst davon ausgehen, daß die meisten sich nicht trauen. Es

ist nicht nur die Angst vor einer Entlassung oder daß du nicht befördert wirst: du wirst einfach aus dem sozialen Kontext ausgeschlossen. Die Leute vom middle management geben die Parole aus: mit Müller-Trebel nicht reden. So war es bei mir. Natürlich gibt es darüber keine Dokumente.
*Hat das wehgetan?*
Mich hat's persönlich nicht so getroffen. Aber wenn dich bestimmte Leute nicht mehr ansprechen . . . immerhin, bisher ist kein Fall nachweisbar, daß sie einen entlassen hätten. Vielleicht bin ich auch etwas zurückhaltender geworden. Auch der Betriebsrat legt sich nicht mehr so ins Zeug, für die Firma nämlich, wie früher. Er sagt uns: macht ihr was ihr wollt, aber macht's privat, nicht als Leute von Interatom.
*Wenn heute wieder eine Kundgebung „Pro AKW's" anstünde, wie vor anderthalb Jahren in Dortmund, würden wieder so viele dahin kommen?*
Also wenn die Listen offen ausliegen und die Vorgesetzten da reingucken, könnte ich mir vorstellen, genausoviele. Wenn nur noch Karten verkauft werden und nicht mehr am schwarzen Brett steht, wer mitfährt, dann werden' s schon wesentlich weniger. Dann gehen halt viele um 14.00 Uhr nach Hause statt zur Kundgebung, das fällt dann nicht auf. Das war schon bei der Dortmunder Kundgebung so – hier sind ungefähr 1550 Leute fest beschäftigt; zur ersten Kundgebung, als Listen ausgelegt wurden, gingen um die tausend Leute hin, das nächste mal, als es nur Karten gab, waren es signifikant weniger.
*Die Gegenpropaganda gegen die Atomkraftgegner läuft. Wer macht sie, wie ist sie organisiert?*
Also, da sind mehrere Kreise, die konzentrisch im Raum verlaufen, aber sie überschneiden sich alle an derselben Stelle. Nämlich bei der Öffentlichkeitsarbeit der Interatom. Da gibt es den „Aktionskreis Energie" der Betriebsräte (ein unmögliches Wort, welche Energie meinen die eigentlich, ihre eigene? ) die Bürgerinitiativen für gesicherte Energieversorgung, und schließlich die Betriebsgruppe der SPD bei Interatom und eben die Öffentlichkeitsarbeit der Firma selbst. Die Öffentlichkeitsarbeit der Pro-AKW-Betriebsräte hat eine extra Firma übernommen, die „Umweltschutz Systeme GMBH" (USG) in München. Sie organisieren auch Vorträge usw. Alles das geschieht unter dem Wohlwollen des Unternehmens, die Leute werden dafür bezahlt und Freigestellt. Soweit Mitglieder der Firma Interatom Flugblätter entwerfen, werden sie auch von der Firma gedruckt und mit den Informationsschriften der Firma verteilt. Von einer unabhängigen Gruppe, die sich umhört, sich eine Meinung bildet, dann ein Sparbuch auflöst und was druckt, hab' ich noch nie gehört. Die gibt's nicht, nicht wie bei den Atomkraftgegnern.
*Welche Leute machen bei diesen Propagandakreisen mit?*
Mitteleres und oberes Management, Leute aus dem unteren Führungsstab (Sachbearbeiter), aber fast alle aus der Verwaltung. Wer ein Proton nicht von einem Neutron unterscheiden kann, sozusagen, der ist absolut auf dem Verteidigungstrip pro Kernenergie. Im Naturwissenschaftlichen BEreich, da gibt es Skepsis, aber Grundsatzzweifel nicht.
*Habt ihr Angst um eure Arbeitsplätze?*
Im Augenblick ist die Angst ein bißchen verschwunden, weil die dritte Teilgenehmigung für den Schnellen Brüter erteilt worden ist. Bis 1985/86 sind wir damit gesichert. Gefährdet sind die ARbietsplätze, wenn entweder Gorleben nicht gebaut wird – denn der Brüter ist sinnlos, wenn die Brennelemente nicht geliefert werden – oder wenn der Großbrüter nicht kommt, zum Beispiel, wenn die Bundesregierung ihn nicht so fördert wie jetzt, mit 80 % der Kosten. Wenn der Großbrüter nicht gebaut wird, können sie in zwei Jahren 800 bis 1000 Leute rausschmeißen, weil die Arbiet dann ausläuft. Die Angst um die Arbietsplätze ist just also im Moment nur verschüttet. Interatom hat sich deshalb in der Sonnenenergie engagiert. Sie hat die Entwicklung eines Kraftwerks-Prototyps in Spanien fest in der Hand und ist mit federführend bei einem zweiten Sonnenkraftwerk in der Sahara. Aber das sind keine Ersatzprojekte, bei beiden zusammen sind gerade 50 Leute beschäftigt. Bei allen alternativen Energieprojekten sind Großprojekte überhaupt nicht mehr „in" , aber die Struktur der Firma ist ganz auf Großprojekte angelegt. Stell' dir einen 30-Tonner-Lastzug vor, der Steine gefahren hat; nun schließt der Steinbruch und er soll Eier transportieren. Soviel Eier gibts gar nicht. Die Interatom kann ein bis zwei Großprojekte von 6 bis 10 Jahren Dauer machen. Für Ersatzprojekte müßte die Firma völlig umstrukturiert werden.

*Die Berliner Betiebsgruppe der Kraftwerks-Union (KWU) hat geschrieben, die Belegschaft könnte den Bürgerinitiativen eigentlich dankbar sein für die Baustops bei einigen AKW's – jetzt könnten sie in Ruhe arbeiten und würden nicht mehr so gehetzt. Denkt ihr auch so?*
So ist das nie diskutiert worden. Meistens heißt es gerade umgekehrt: die Behörden machen zu viele Auflagen. Und speziell der Brüter ist ja im totalen Terminverzug. Vielleicht hatten bei der KWU machen Leute im Bau-Boom Bedenken und meinten, man sollte bestimmte Sachen noch untersuchen. Beim Brüter war das garnicht der Fall. Die Naturwissenschaftler haben oft eine gewisse Skepsis, sie wollen auch Sicherheitsprobleme untersuchen., die für den Betriebsablauf nicht direkt von Bedeutung sind. Stell' dir ein Auto vor, das steht und einen Platten hat: sie schlagen vor, die Umgebung auf Glasscherben zu untersuchen. Sie sind auch besorgt wegen der dauernden Meldungen in den Zeitungen über Betriebsstörungen. Aber die Skepsis ist längst nicht bei allen. Also wer sowas schreibt – den Bürgerinitiativen dankbar sein, weil die Arbeitshetze verringert, der ist von den Entlassungen *(„radikal" berichtet am 9. März von 120 Entlassungen bei der KWU)* nicht betroffen oder hat sie nicht berücksichtigt. Die Arbieter oder unteren Angestellten denken meistens nicht so.
*Vielleicht haben die Leute weniger Schwierigkeiten in der Firma, wenn sie nicht sagen „Wir sind gegen AKW's" sondern „Wir wollen in Ruhe arbeiten"?*
Bestimmt spielt sowas auch mit. Aber eine grundsätzliche Kritik an der Großtechnologie ist nicht vorhanden, auch nicht im naturwissenschaftlichen bereich. Vor ein paar Monaten war Klaus Traube in der Stadt eingeladen von einer Gruppe, die hier freie Erwachsenenbildung betreibt, weil die Volkshochschule von der CDU „gesäubert" worden ist. Bei Interatom wurde die Ankündigung auch am Brett der Öffentlichkeitsarbeit ausgehängt. Der Geschäftsführer hat das Plakat weggenommen; als der Betriebsrat fragte, warum, sagte er: eine Veranstaltung für Kleintechnologie hier anzukündigen, das ist reiner Masochismus.
*Was sagst du zur Gutachtenpolitik im Fall Gorleben? Gibt es bei euch Parallelen, daß die Atomindustrie über Verschachtelungen ihre eigenen „unabhängigen" Gutachterfirmen hat?*
Beim Schnellen Brüter macht das Institut für Reaktorsicherheit, eine Tochtergesellschaft der Technischen Überwachungsvereine, also eine private Einrichtung, die mit öffentlichen Aufgaben betraut ist. Leute von Interatom sitzen beim TÜV in den Aufsichtsgremien, du brauchst nur das Who is Who der Atomindustrie zur Hand zu nehmen. Aber ich weiß nicht, wie eng die Ver schachtelung in der Praxis ist.

Bei den Technischen Überwachungsvereinen Essen und Rheinland, die für den Schnellen Brüter zuständig sind, arbeiten eine Menge Leute aus der Industrie. Sie sind zum TÜV gegangen, weil die Bezahlung und die Alterssicherung besser sind. Es gibt manche Aussagen, daß diese Leute schärfer sind als andere und daß sie nichts durchgehen lassen, es mag aber auch sein, daß bei manchen die alte Firmenloyalität noch durchschlägt. Auf jeden Fall kann man nicht sagen, das wären alles gekaufte Kreaturen. Das sollte man einigen Bürgerinitiativvertretern auch klar sagen.
*Gibt es denn totale AKW-Gegner bei den Naturwissenschaftlern und Ingenieuren?*
Du kannst erwarten, daß sie auch an die eigene Arbeitsplatzsicherheit denken. In Hamburg waren welche auf dem Kongreß

„Gewerkschafter gegen Atomenergie". Sie haben gesagt, wir unterschreiben jeden Satz der Entschließung (siehe auch ID 216) außer dem letzten: „Weg mit allen AKW's". Wir können uns ausrechnen, daß wir keinen neuen Job finden, nach soundsoviel Jahren bei KWU oder Interatom.

*Was für ein Verhältnis hast du zum „Aktionskreis Leben"?*

Den gibt's hier gar nicht. In Köln gibt's ihn, die haben auch versucht, mit dem BEtriebsrat von Interatom Kontakt aufzunehmen, aber bisher ist nichts daraus geworden. Ein Kollegevon mir ist in Köln in einer Bürgerinitiative, die sich mit Stadtsanierung beschäftigt. Ihm geht' s hauptsächlich um die Stadtsanierung. Ich bin mal mit hingegangen, er hat einen ausgewogenen, vorsichtigen Beitrag zur Kernenergie gebracht, mit dem er nicht angeeckt ist. Die Bürgerinitiative ist total gegen Atomenergie – das ist nicht sein Lebensinteresse. Er macht halt mit.

**Kontakt: über ID, Stichwort BETRIEB**

**Am ersten Tag des Gorleben-Hearings:**

## EINMAL TECHNISCHER STÖRFALL UND EINMAL MENSCHLICHES VERSAGEN

HANNOVER 28.März

Der Herr Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) hat zu Beginn gesagt, wie wichtig das alles ist, der Physiker und Philosoph Karl Friedrich von Weizsäcker, der Showmaster des Hearings, hat gesagt,wie geehrt er ist, dafür auserkoren worden zu sein.

Die Veranstaltung, die Gorleben-Anhörung der niedersächsischen Landesregierung, findet in einem Saal auf dem Messegelände statt. Dort haben am Mittwoch (28.3.) nach strengsten Kontrollen 300 Menschen Platz genommen, 297 Männer und 3 Frauen (Was kümmert Frau die Radioaktivität?!?). Das Hearing wird in zwei kleinen Nebenräumen, wo viele kritische Journalisten sitzen, live in Ton und Bild übertragen, die Reden werden bei Bedarf über Kopfhörer simultan übersetzt.

Während Schlechtachter wie Professor Karl Knizia von den Vereinigten Elektrizitätswerken Dortmund und der Amerikaner Roger Linnemann von der Radiator Management Corp. in Philadelphia die Sicherheit des Wiederaufbereitungsverfahrens a la Gorleben preisen, sich vor die wissenschaftliche Brust klopfen und von oben herab verkünden: wir haben das alles fest im Griff, die Technik, die Technologie, da gibt es zwei Störfälle. Zunächst ein technisches Versagen: die Hauptkamera des Fernsehens fällt aus, dann ein menschliches: die Simultanübersetzer(innen) kommen bei Karl Knizia nicht mehr mit, kapitulieren, hören auf, ihn zu übersetzen. Ob's daran gelegen hat, was Herr Knizia sagte, Sabotage etwa?

Herr Knizia sagte, die Wiederaufbereitungsanlage sei sicher, ja das Beste vom Sicherheitsstandpunkt, da wird viel weniger Gefahr sein, als wenn man das radioaktive Zeug überall herumliegen lasse. Auch für die bürgerlichen Freiheiten sei das besser, denn mit Gorleben werde nur ein Platz bewacht werden müssen und: gegen Terrorismus lasse sich das Ganze schützen.

Nicht allerdings, meint Max Watts, gegen ein paar schöne Artilleriegeschütze (und mit dieser Meinung ist er nicht allein) und deshalb muß man doch zum Schluß kommen, die Befürworter rechnen nicht mit einem Krieg, nicht mit einer Aggression der bösen Roten Armee und deren Verbündeter. Doch gerade aus diesem Grund, der Gefahr aus dem Osten, unterhalten eben jene, die auch Gorleben befürworten und betreiben, die "defensive" Bundeswehr. Das soll eine(r) verstehen!

"Eigentlich hätten sie mit Bohrbeginn die Bundeswehr auflösen können", sagte ein Teilnehmer, "das brächte eine satte Einsparung von 50 Milliarden Mark im Jahr. Aber war nicht und wird auch nicht, wetten?"

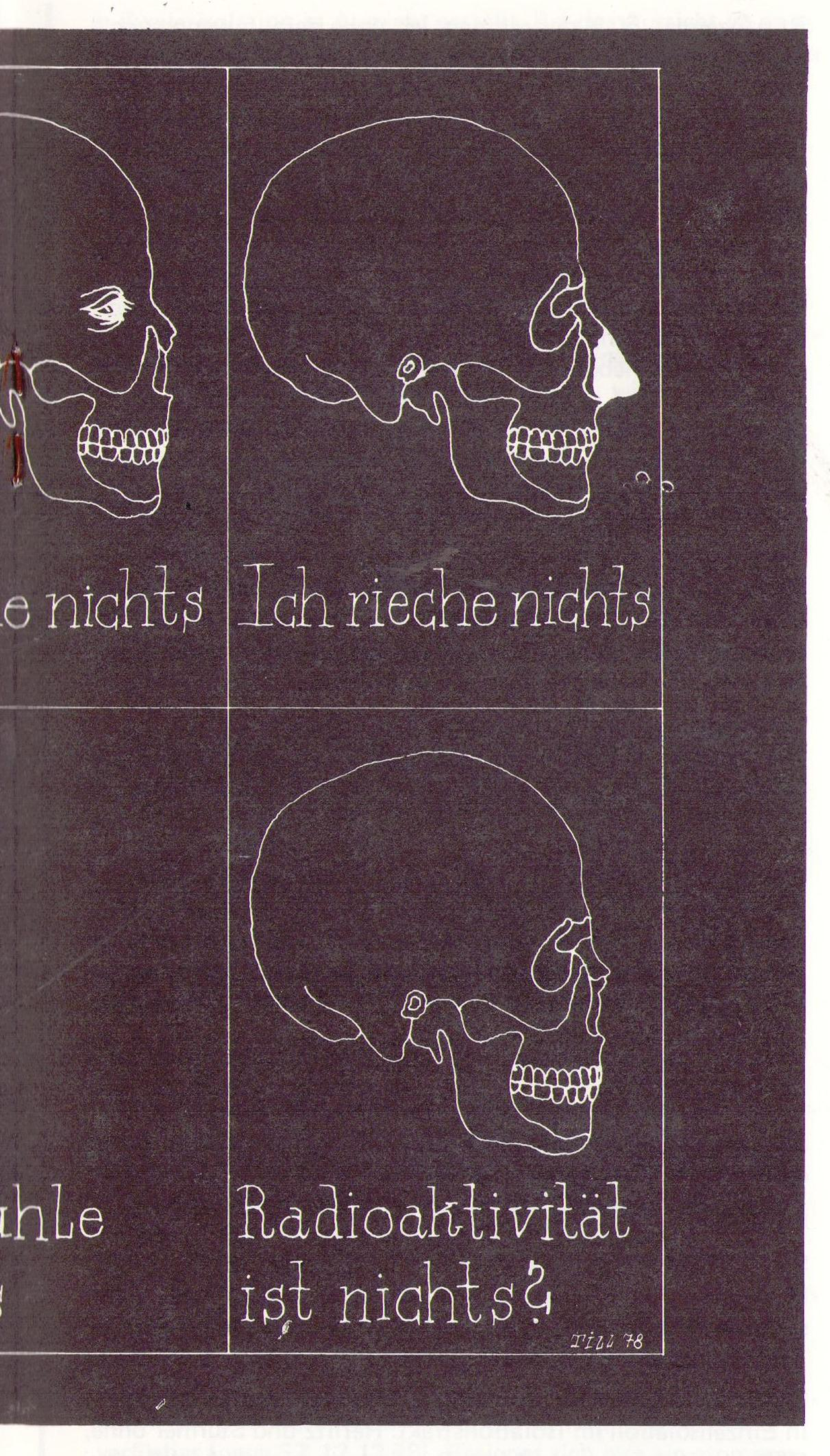



Befürworter Prof. Dr. Linnemann hat seine Untersuchungen so schlau angestellt, daß er herausbekommen hat, daß die Radioaktivität, die durch die Kernenergie in die Umwelt geht, nicht gefährlich ist. Auch sei es kein Problem, die radioaktiven Brennelemente in Salzstöcke einzulegen: In einigen hundert Jahren, so Herr Linnemann, würde sich die Radioaktivität auf normale, natürliche Erdkrustenwerte abgeschwächt haben, und noch was: "Radioaktive Strahlung ist nicht Neues. Gott hat sie vor Jahrmillionen geschaffen." (Da hat er es uns aber gegeben: Gott ist für die Wiederaufbereitung, Gott ist in.)

Die 20 Gutachter der Gorleben International Review (GIR) haben unterschiedliche Auffassungen, doch über ein paar Punkte sind sie sich einig: Gorleben ist grundsätzlich nicht realisierbar, Gorleben ist gefährlich, Gorleben ist unökonomisch (das gibt selbst die Betreiberin DWK kleinlaut zu).

Daß die Betreiberfirma, die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) am Hearing nicht teilnimmt, zeugt nach Ansicht der GIR-Gutachter von wenig Vertrauen in den Gorleben-Plan. Aber wie auch, meinen die Kritiker, die DWK hat ja keine Erfahrung mit Wiederaufbereitung und der Gorlebenplan ist nicht ihrer, er wurde ihr von einer anderen Gruppe von Wissenschaftlern gesteckt.

Schlechtachter wie dieser Knizia (wenn wir keine Kernenergie haben, werden die hungrigen Massen der Dritten Welt die




Bundesrepublik überrennen – Gier, Gier) sagen zum Bau der WAA: "Sofort oder die Welt geht unter", die Gutachter sagen: "Zurückstellen um mindestens ein Jahrzehnt, um Zeit für weitere Studien zu gewinnen."

Der Herr Albrecht war den ganzen ersten Tag beim Hearing, Zeit genug für alle Anwesenden, sich über ihn ein Bild zu machen: "Was halten Sie von Albrecht, dem sorgenden Landesvater?" "Der, der ist ein junger Filbinger!"

**In West-Valley wurden junge Leute verheizt**

Der amerikanische Professor Dr. Karl Z. Morgan ist Gutachter. Er kommt vom Georgia Institut of Technology, war aber zuvor 30 Jahre lang Direktor einer medizinischen Abteilung im Oakbridge Centre, wo die Atombombe gebaut wurde.

Er spricht von den Mängeln der drei kommerziell betriebenen amerikanischen Wiederaufbereitungsanlagen Morris, Barnwell und West-Valley. Die Mängel waren so groß, daß alle drei Anlagen heute stilliegen und niemand weiß, wie man die Dinger wieder loswird. Konkreter geht er auf Gebräuche in der ehemaligen WAA West-Valley ein, denn der damalige Direktor, Dr. Walter Rogers, sitzt als Schlechtachter nicht weit von ihm entfernt und hatte kurz zuvor gesagt, es seien in West-Valley zwar Fehler gemacht worden, doch aus Fehlern müsse man lernen und heute sei man weiter.

Morgan berichtete, in Rogers West-Valley seien junge Leute, Jobber, verheizt worden. Sie seien für die "heiße" (im radioaktiven Bereich) Arbeit angeheuert und reingeschickt worden, ohne über die Gefahren unterichtet worden zu sein. Morgan beschuldigts seinen "Freund Rogers" dieser unmoralischen Handlungen. Die Zahl der Krebsfälle habe sich dadurch erhöht.



## REAKTORUNFALL IN DEN USA

HARRISBURG/STUTTGART
28. März '79

*Flugblatt der Strompreisboykott-Initiative Stuttgart zu dem Reaktorunfall in Harrisburg:*

Der bisher schwerste Reaktorunfall in den USA ist gestern Morgen im Atomkraftwerk '3 Mile Island' bei Harrisburg, Pennsilvania, USA, passiert.
Die Ventile des Kühlsystems schalteten um 4 Uhr morgens den Reaktor ab, konnten jedoch nicht verhindern, daß Wolken radioaktiven Dampfes die Umgebung verseuchten.

Außerdem gelangten große Mengen radioaktiver Strahlung durch die eineinhalb Meter dicken Betonwände des im Kern beschädigten Reaktors; acht Arbeiter wurden durch diesen Unfall so stark strahlenverseucht, daß sie sich einer Spezialbehandlung unterziehen müssen und auf unabsehbare Zeit nicht zu ihren Familien zurückkehren können. Im Umkreis von 16 Meilen wird hohe Radioaktivität gemessen; so bezeichnen Sprecher der Überwachungsbehörde in Washington den Reaktorunfall als den schwersten in der Geschichte der amerikanischen Atomindustrie. Andere Umweltschutzbeamte meinen, daß längerfristig dieser Unfall tausende Menschen verseucht. Allein im Umkreis von 1,5 Kilometern leben 15 Tausend Menschen.

Wie bei allen Atomkraftswerksunfällen wurde sofort der Ernst des Unfalls heruntergespielt, um so zu verhindern, daß die Bevölkerung im Zeichen der einseitigen Gutachteranhörung zu Gorleben in Hannover das tatsächliche Ausmaß des Atomunfalls erfährt und die notwendigen Konsequenzen zieht. Konsequenzen ziehen mußte in der vergangenen Woche bereits die amerikanische Aufsichtsbehörde, als sie gleichzeitig fünf Atomkraftwerke an der Ostküste stillegte, mit der Begründung, sie seien nicht erdbebensicher.
Dessen ungeachtet wird bei uns von der Bundesregierung und der interessierten Industrie weiterhin der Ausbau der Atomanlagen vorgenommen, insbesondere wird derzeit mit Hochdruck an der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben gearbeitet...

*Am Donnerstagabend fand in Stuttgart dazu eine Demonstration mit Kundgebung statt. Fünfhundert spielten AKW-Tote vor den Technischen Werken Stuttgart.*

**Kontakt: Teehaus-Initiative, Silberburgstr. 135, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711 / 62 68 25**

## DAS DING IST IMMER NOCH LECK

HARRISBURG/CHICAGO/
WASHINGTON
29. März '79

*Wir sprachen am Donnerstag (29.3.) mit Leuten von 'In these Times' und von 'Critical Mass' über den Reaktorunfall von Harrisburg, Pennsylvania.*

Wir erfuhren, daß es in dem Kraftwerk, das erst im Dezember 1978 eröffnet worden war, schon längst eine Anzahl von ungelösten Sicherheitsproblemen gegeben hatte. Die Aufsichtsbehörde (Nuclear Regulatory Commission) hat es deshalb schon einmal kurzfristig abschalten lassen. Aber die beanstandeten Mängel wurden nicht beseitigt.

Wir erfuhren, daß außer den Arbeitern des Kraftwerks selber zur Zeit (das ist 11 Uhr Ortszeit) noch niemand evakuiert war, aber

die Einwohner von Harrisburg (das sind zweihundertfünfzigtausend) und der Umgegend bis in den Staat Maryland hinein gewarnt worden sind, sie müßten bei entsprechender Wanderung der radioaktiven Dampfwolken eventuell evakuiert werden. Vor dem Sitz des Gouverneurs in Harrisburg (= Landesregierung) forderten die ganze Nacht über wütende Bürger die Evakuierung der betroffenen Gegend.

Wir erfuhren, daß nach den Berichten der Kraftwerksbetreiber keine Kernschmelzung stattgefunden hat, sondern 'nur' Brüche in der Ummantelung des Kernbrennstoffs *(verflucht! es war kein Fach-Übersetzer zur Hand; jedenfalls dampft der Schweinskram noch – ID)*; es wird aber für unwahrscheinlich gehalten, daß bei der intensiven Gamma-Strahlung, die bekannt gegeben wurde, nicht wenigstens eine teilweise Schmelzung stattgefunden hat. Daher gibt es schwere Zweifel an der Korrektheit der Informationen, die von offizieller Seite herausgegeben werden.

Tja, und die Atomindustrie setzt Tod und Teufel in Bewegung: In den Kinos ist ein Film angelaufen, mit Jane Fonda in der Hauptrolle, Titel: „Das China-Syndrom". In dem Film schmilzt ein Atomreaktor bei einem Unfall glatt durch, brennt durch die Erdkugel und taucht auf der anderen Seite des Globus' inmitten der verdutzten Chinesen wieder auf.

Die Wirklichkeit, sagt die Atomindustrie, kommt an den Film noch lang nicht ran.

*Informieren könnt ihr euch bei: 'In these Times', 1509 North Milwaukee Avenue, Chicago, 111. 60622, Tel.: 001-312/489-4444, und bei: 'Critical Mass', 133 C-Street S.E., Washington, D.C., Tel.: 001-202/546-4790.*

## HOCHSICHERHEITSBEREICHE FÜR POLITISCHE GEFANGENE

BERLIN 27.2.79 *Die rote Hilfe Westberlin schreibt zu den Hochsi cherheitsbereichen (in Berlin sind auch zwei geplant) folgendes:*

Aufgrund der spärlichen Informationen konnten wir uns über die Art des geplanten Vollzuges in diesen Hochsicherheitsbereichen bisher keine genauen Vorstellungen machen. Die ersten ausführlichen Berichte über den Strafvollzug in einem fertiggestellten Hochsicherheitsbereich in der JVA Celle haben unsere Befürchtungen bei weitem übertroffen. Unserer Einschätzung nach sind die Haftbedingungen der drei dort einsitzenden Gefangenen Heinz Herlitz, Harry Stürmer und Karl-Heinz Dellwo, die Sie im Detail beiliegender Beschreibung entnehmen können, weder mit dem Strafvollzugsgesetz, das ja erklärtermaßen auch für politisch motivierte Täter gelten soll, noch mit einem höheren Sicherheitsinteresse bei diesen "Täterkreisen", und schon gar nicht mit der Würde des Menschen vereinbar. Sicher ist, daß diese Art der Isolationshaft der oben genannte Gefangene nunmehr seit knapp 3 Monaten ausgesetzt sind, ähnliche nicht wieder gutzumachende Schäden an Leib und Selle hervorgerufen werden, die um ein Beispiel aus jüngster Zeit zu wählen, Werner Hoppe an den Rand des Todes gebracht haben, und der aufgrund des Drucks einer breiten Öffentlichkeit aus der Haft entlassen werden mußte.

Im weiteren beschreibt K-H. Dellwo seine Situation im Hochsicherheitsbereich der JVA Celle:

Die zelle ist im unterschied zu den üblichen bauweisen quer zum gang gebaut und hat zwei türen, desgleichen zwei fenster. die zelle ist ca. 5,50 meter lang und 1,80 meter breit. höhe: 3,50 meter. in jeder zellentür ist eine luke um sachen reinzugeben etc. die beiden fenster wie auch die luken an der tür bestehen aus ". . . stop" panzerglas. die fenster, sehr wuchtig, sind für uns nicht zu öffnen. ein kleiner lufthauch kommt durch eine seitlich angebrachte klimaanlage. die fenster sind etwa 1,10 meter breit und 1,5 meter hoch, 50 % der fläche ist panzerglas, 50 % der rahmen. ich tippe darauf, wenn euch das die ganze konstruktion erfaßbar macht, daß sie etwa 400 kg wiegen wird. das ist wichtig. denn nichts strahlt die vollständige isolation und abtrennung so demonstrativ aus, wie diese fenster. über die lüftung gibt es auch keine verbindung nach außen. sie ist so konstruiert, daß kein ton über sie reinkommt oder rausgeht. die zelle ist gelb gestrichen, zwei große neonröhren an der decke, eine kleine über eine in die wand eingemauerte blechplatte, die die funktion des spiegels erfüllen soll, die von 7.00 Uhr morgens bis 23.00 uhr abends brennen. auf der blechplatte erkennt man sich natürlich so, als läge ein leichter nebelvorhang dazwischen. blechklo, blechspüle, sicherheitsmöbel, betonfußboden. die zellentüren sind luftdicht. die zelle ist still. vollständig geräuschisoliert ist sie nicht, aber es kommen nur ganz undefinierbare geräusche an. gestern hat es z.b. geregnet. man sieht es zwar, aber man hört es nicht. wenn die tür aufgemacht wird, kündigt sich das durch ein leises geräusch an. obwohl ich mich extra deswegen bemüht habe, habe ich bis jetzt, nicht einmal auch nur ein wort verstanden, wenn die wärter sich auf dem flur unterhalten haben. das dringt nur als raunen rein. das einzig lokalisierbare geräusch ist ein helles lautes klappern, wenn der essenwagen angefahren kommt.

um es anders zu sagen: das hier ist kein isolationstrakt in dem uns bisher bekannten sinn, daß eine abteilung abgeriegelt ist – dies hier ist die bauliche anhäufung von 10 untereinander vollständig abgeriegelten isolationseinheiten. wüßte ich nicht, daß die zwei berliner hier sind, – bis jetzt hätte ich es über nichts wahrnehmen können. hier sind alle erfahrungen verarbeitet, die der apparat in 8jährigem isolationsvollzug gemacht hat. ich bin jetzt 48 stunden hier – bis auf das bad und den besuch in der sprechzelle habe ich aber nichts neues mehr zu erwarten.

**Kontakt: Rote Hilfe Westberlin, Mehringdamm 99, 1000 Berlin 61**

*Zu den Haftbedingungen in Celle erreichte uns noch eine Presseerklärung der Anwälte Plähn, Koch und Eisele:*

PRESSEERKLÄRUNG (19.3.79)

Seit 16.3.79 stehen die Gefangenen Karl Heinz Dellwo, Heinz Herlitz und Harry Stürmer im Hungerstreik. Sie fordern Schliessung des Isolationstraktes in der Justizvollzugsanstalt Celle I, Aufhebung der Isolation.

Seit 8.12.1978 – über drei Monate – sind die drei Gefangenen in Einzelisolation im Isolationstrakt. Herlitz und Stürmer ohne, Dellwo mit der rechtswidrigen Begründung angeblicher allgemeiner Gefährlichkeit.

Wir begreifen die Niedersächsischen, Celler Verhältnisse wie folgt: In der JVA Celle I werden ein Isolationstrakt und Isolationshaft gesetzwidrig praktiziert. Wir sehen das als Versuch, solche Sonderhaft faktisch durchzusetzen, um sie dann gesetzlich festschreiben zu können.

Parallel wird weitere Beschränkung der Verteidigung geprobt. Gegen die Rechtsanwältin Eisele wurde der falsche Vorwurf erhoben, sie habe heimlich Geldscheine mit in den Isolationstrakt nehmen wollen. Das sollte für Besuche des Gefangenen Herlitz die Trennscheibe rechtfertigen, weder der Sache nach noch nach Gesetz zu legitimieren. Daß in der JVA Celle I außerhalb des Isolationstraktes noch mindestens ein Besucherraum mit Trennscheibe existiert, bestätigt das als Versuch, den Trennscheibeneinsatz faktisch auszudehnen und später gesetzlich festzuschreiben.

Nach dem Hunger- und Durststreik von 31 Gefangenen mußte Günther Sonnenberg Aufhebung der Isolation zugesichert werden. Um zu verhindern, daß alle Celler Isolationsgefangenen ebenfalls den Hungerstreik beginnen, wurden Herlitz und Stürmer – nicht Dellwo – vorletzte Woche Hofgang und Fernsehen

in Zweierisolation in Aussicht gestellt. Bei der Aussicht ist es geblieben. Das Spaltungsmanöver hat nicht verfangen. Dellwo, Herlitz und Stürmer sind im Hungerstreik. Ihre Forderungen beinhalten Gewährung bestehender Rechte.
Wir unterstützen diese Forderungen nach Schließung des Isolationstraktes und Aufhebung der Isolation.

## MEDIZINISCHE VERSORGUNG NACH ATOM–UNFALL IN BAYERN GLEICH NULL

NÜRNBERG 20. März — Der SPD–Landtagsabgeordnete Andreas Schlittmeier wollte von verschiedenen bayrischen Ministerien wissen, wie es mit der medizinischen Versorgung von strahlenverseuchten Personen nach einem Atomunfall in Bayern steht. Er hat deshalb schon mehrere Anfragen gestartet – das Ergebnis sieht äußerst mager aus. So stellte sich heraus, daß bei einer radioaktiven Verseuchung von Beschäftigten in AKW's und der Bevölkerung so gut wie keine medizinische Versorgung dieser Strahlenopfer möglich ist.

ANTWORT DER MINISTERIEN

In ganz Bayern gibt es nur 25 Krankenhausbetten für strahlenverseuchte Personen. Diese sind nicht einmal auf mehrere Krankenhäuser in Bayern verteilt, sondern konzentriert im sogenannten "Strahlenschutzzentrum" des städtischen Münchner Schwabinger Krankenhauses (nach Augsburger Allgemeine 20.2.79). Zur Behandlung von Strahlenverseuchten berechtigt sind in ganz Bayern nur 140 Ärzte, die in einem 3-wöchigen Schnellkursus bei der "Gesellschaft für Strahlenforschung" in Neuherberg geschult werden (nach Süddeutsche Zeitung 12. 12.78).

SICHERHEITSVORKEHRUNGEN ??????

Wie stehts nun mit diesen eh schon minimalsten Sicherheitsvorkehrungen? Im sogenannten Strahlen"schutz"zentrum des Münchner Schwabinger Krankenhauses sind laut Aussagen des zuständigen Referenten Herbert Genzel "die heutigen Einrichtungen für eine fachgerechte Dekontaminierung völlig überholt und man habe derzeit nur eine provisorische Versorgung anzubieten" (SZ 12.12.78). Doch nicht nur mit der mangelhaften Ausrüstung gibt es im Strahlen"schutz"zentrum Probleme, so sind auch nur 3 von insgesamt 12 Ärzten dieser Fachabteilung in der Lage, die notwendigen Meßgeräte zu bedienen, außerdem sind diese nur während der üblichen Dienstzeiten verfügbar (nach SZ 12.12.78). Ereignet sich also ein atomarer Unfall nachts oder am Wochenende (AKWs machen da ja schließlich keine Pause!) siehts zappenduster aus - das Strahlen„schutz"zentrum kann man zu dieser Zeit getrost vergessen. Bleiben noch die im Schnellkurs ausgebildeten 140 Ärzte, die in den jeweils zuständigen „geheimen Katastrophenschutzplänen" aufgelistet sind. Stichprobenmäßiges Nachfragen der „Süddeutschen Zeitung" ergab, daß diese Ärzte teilweise telefonisch gar nicht erreichbar sind, oder auf ihren medizinischen Einsatz bei Strahlenverseuchungen angesprochen, dazu überhaupt nicht bereit waren (SZ 12.12.78). Neuerdings stellte sich auch heraus, daß etliche dieser „Strahlen"-Ärzte sogar schon das Zeitliche gesegnet haben, obohl sie immer noch auf der offiziellen Liste geführt werden (nach Nürnberger Nachrichten vom 7.3.79).

EIN KLEINES BEISPIEL !!!!

Wie gut es mit der medizinischen Versorgung von Strahlenopfern bestellt ist, mußte auch anfang letzten Jahres ein Reaktortechniker des Versuchsreaktors Kahl feststellen. Der Mann hatte sich bei einem Betriebsunfall im Reaktorinnern an einem Finger verletzt und wurde dabei auch radioaktiv verseucht. Als der Verletzte in das nächstgelegene Krankenhaus gebracht wurde, war dort kein Arzt dazu bereit und in der Lage, den Mann medizinisch zu versorgen. Das Gleiche passierte ihm bei den Krankenhäusern der weiteren Umgebung (auch Aschaffenburg und Würzburg). Nach mehrstündiger Odyssee wurde der Reaktortechniker in der Strahlenabteilung des Münchner-Schwabinger Krankenhauses eingeliefert, wo ihm endlich ärztliche Versorgung zuteil wurde (nach Süddeutsche Zeitung 12.12.78). Dabei hatte der Mann noch Glück, daß er nur leicht verletzt wurde und daß die Sache tagsüber passierte. Andernfalls wäre der Mann vielleicht gestorben.

Was passiert, wenn sich ein atomarer Großunfall ereignet, bei dem außer den Beschäftigten der Atomindustrie ein großer Teil der Bevölkerung strahlenverseucht wird, kann sich bei diesen Zuständen jeder selbst ausrechnen.

Bayern ist kein Einzelfall! Daß es in anderen Bundesländern mit der medizinischen Versorgung von Strahlenverseuchten nicht besser, sondern eher noch schlechter bestellt ist, geht allein schon daraus hervor, daß die Strahlen„schutz"abteilung des Münchner-Schwabinger Krankenhauses, die einzige dieser Art in der BRD ist (laut Aussage des Referenten Genzel, SZ 12.12.78).

Deshalb kann eigentlich der einzig wirksame Schutz gegen die Strahlenverseuchung nur eine Stillegung aller AKWs und anderer Atomanlagen und ein sofortiger Baustopp weiterer Atombetriebe sein.

Ein Mitglied der Nürnberger Initiative gegen AKWs

**Kontakt: NIGA, c/o Hans Hunglinger, Fürther Str. 36, 8500 Nürnberg, Tel.: 0911/262141**

## MISSBILDUNGEN UND TOTGEBURTEN IN SEVESO

SEVESO 9.2.1979 — Außer der sprunghaft angestiegenen Zahl der verstümmelt oder verkrüppelt Geborenen sind jetzt auch Zahlen über die Totgeburten in den verseuchten Gegenden von Seveso bekannt geworden. Und zwar hat sich der Anteil der Totgeborenen 1978 gegenüber 1977 mehr als verdoppelt (die Giftgaskatastrophe war 1976!). Dazu kommt die hohe Zahl der Fehlgeburten. Alles in Tierversuchen längst herausgefundene typische Folgen der Einwirkung des auch in Seveso freigesetzten Gifts.

Trotzdem verschanzen sich die verantwortlichen privaten und staatlichen Stellen weiter hinter angeblicher "wissenschaftlicher Präzision": „Alle diese statistischen Zunahmen sind noch nicht der geringste Beweis dafür, daß das Gift die Ursache ist, noch dafür, daß es als Ursache ausfällt. Es braucht noch Zeit, wir müssen weiter beharrlich forschen und kontrollieren", sagt im Namen der Herrschenden der Gynäkologe Professor Remotti.

**(Nach einem Bericht in "La Repubblica" vom 9.2.79)**

## STREIK AM AKW

CAORSO/ITALIEN 18. Februar 1979 — Mittwoch, den 14. Februar, gab es nach einem Austritt von Dampf aus dem Zentralkamin des AKW in Caorso (Italien) zum fünften Mal radioaktiven Regen. Immer wenn die Anlage abgestellt wird, weil Reparaturen oder Veränderungen an den Kreisläufen nötig sind, wird Wasser in den Kühlkreislauf eingeleitet. Wenn dann die Anlage wieder in Betrieb geht, verdampft das Wasser, der Dampf entweicht durch den Kamin und es kommt zu einem "leichten Schauer" in der Nachbarschaft des AKW. Die Niederschläge sind jedesmal radioaktiv.

Der letzte Zwischenfall hatte sich erst am 27. Januar ereignet, als der radioaktive Dampf aus den Sicherheitsleitungen austrat, gerade als zwei Arbeiter eine defekte Sicherung auswechseln wollten. Rein zufällig wurden die Arbeiter durch den ausströmenden Dampf nicht direkt getroffen. Auch damals gab es ausserhalb des Kraftwerks den obligaten radioaktiven Schauer. Die mit der Instandhaltung der Anlage beschäftigten Arbeiter haben sich nach dem neuesten Zwischenfall (der nach Meinung der Kraftwerksleitung eine ganz normale Störung charakterisiert) entschlossen, die Arbeit in den betroffenen Bereichen des Kraftwerks nicht wieder aufzunehmen, bevor nicht die Betreiberin (staatlicher Energiekonzern ENEL) präzise Sicherheitsgarantien gibt!

**(Nach einem Bericht in "La Repubblica" vom 9.2.79)**

## PROZESS GEGEN TOTALVERWEIGERER

ASCHAFFENBURG
28. März '79

Am Donnerstag, den 5. April, erwartet Bernd Bleistein im Amtsgericht Aschaffenburg, **Ertalstr. 3, um 14.15 Uhr** einen Proze- wegen seiner Zivildienstverweigerung. Die Gruppe Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Kriegs- und Ersatzdienst will am 5. April um 11 Uhr eine Demonstration durch die Innenstadt und Fußgängerzone zum Amtsgericht durchführen ( Treffpunkt: Marktplatz ).

Weitere Informationen: **Bernd Bleistein, Hauptstr. 15, 8751 Mespelbrunn/Hessenthal.**

## JETZT BITTEN DIE TOTENGRÄBER ZUR KASSE

HILDESHEIM
27. März '79

*Der folgende Artikel kommt aus Hildesheim, von Leuten geschrieben, die an der Besetzung des Kühlturmgeländes des AKWs Grohnde beteiligt waren und jetzt von der Bezirksregierung Hannover 'Zahlungsaufforderungen' für die Kosten bei der Räumung des Anti-Atom-Dorfes erhalten haben.*(siehe auch ID 274) *Aus Platzgründen mußte der Bericht etwas gekürzt werden. Wer von diesen Leistungsbescheiden ebenfalls betroffen ist, kann Kontakt aufnehmen mit dem* **Buchladen Hameln, Neue Marktstr. 17, 325 Hameln, Tel.: 05151/261 61.**

**Was damals geschah**

Am 23.8.77 bot sich den (teilweise aufgrund von Alarm angereisten) Bewohnern des Anti-Atom-Dorfes dort, wo eben noch die Morgensonne aufgegangen war, blitzartig ein anderes Bild: Innerhalb weniger Minuten umstellten ca. 2.000 (!) Polizisten in sattsam bekannter Ausrüstung das Dorf, in dem sich zu diesem Zeitpunkt ca. 200 (!) Personen aufhielten. Doch damit nicht genug, man hatte an alles gedacht: außerhalb dieser Polizistenmauer fanden sich Polizisten mit Maschinenpistole im Anschlag, 7 Wasserwerfer, 2 Gefangenentransporter und ca. 200 Kripobeamte.
Per Lautsprecher und schriftlicher Verfügung wurden wir aufgefordert, (folgendes Zitat ist aus einem Life-Mitschnitt der NDR-Sendung 'Kurier am Morgen'): „Es ist jetzt 7.35 Uhr. Bitte begeben Sie sich bei Verlassen des Geländes zur Erhebung der Personalien zum Ausgang hier an der B 83. (...) die Polizei weist darauf hin, daß (... unverständlich .....) bereits 20 Minuten verstrichen sind. Nach Ablauf der Frist wird die Polizei unmittelbaren




Zwang anwenden. Gemäß § 15 des Verwaltungskostengesetzes sind Sie in diesem Fall zur Erstattung der Einsatzkosten verpflichtet." Reporter Praetsch: „Um das noch einmal kurz zu beschreiben, Herr Nagolny, das ist vielleicht etwas undeutlich gewesen. Die Polizei hat also die Demonstranten aufgefordert, nicht nur den Platz zu räumen, sondern sich auch einzeln observieren, untersuchen zu lassen, auch die Personalien, sich einer erkennungsdienstlichen Untersuchung hinzugeben. Und das war genau das, was die Demonstranten nicht wollten. Sie wollten nicht einzeln überprüft werden, sondern sie wollten gemeinsam, friedlich, wie sie sagten, den Platz verlassen."

Die Feststellung der Personalien, ohne die wir den Platz nicht verlassen durften, obwohl wir ihn verlassen wollten, war von der uns vorliegenden Verfügung nicht gedeckt. Durch diese zusätzliche Forderung ergab sich folgende, irreale Situation, die klar macht, daß die Polizei von vornherein eine gewaltsame Räumung plante: Außer unserer 'persönlichen Habe' mußten Zelte abgebaut werden, Werkzeug, Lebensmittel sowie die Tiere in Autos verladen werden. Dies nahm schon einige Zeit in Anspruch, mußte aber auch während der Frist geschehen, da nach Verlassen des Sperrgürtels das Betreten des Dorfgeländes nicht mehr möglich war. Aber selbst wenn wir bereit gewesen wären, alles beschlagnahmen zu lassen, und sofort zur Identitätsfeststellung gegangen wären, hätte sich folgendes Bild ergeben: Bei 200 Dorfbewohnern und den nur zwei vorhandenen Passierstellen wären pro Dorfbewohner 36 Sekunden Zeit gewesen, in denen nach Vorstellung der Polizei diese Prozedur durchlaufen werden sollte: Abtasten des Körpers, Durchsuchen der Taschen, Aufschreiben sämtlicher Personalien mit Überprüfung per Funk und Beantwortung eines Fragenkatalogs, der unter anderem die Dauer des Aufenthalts im Dorf sowie den Schlafplatz mit Hilfe einer Lagerkarte ermitteln sollte. Das Passieren wurde noch dadurch verlangsamt, daß jeweils ein Überprüfungsvorgang abgeschlossen sein mußte, bevor der Nächste vorgelassen wurde.

**Nachspiel**

Das Anti-Atom-Dorf in Grohnde — beinahe eine Legende und für viele vielleicht schon fast vergessen; nicht so für unsere Landesregierung. Nach dem Motto „Eins nach dem anderen" wurden erst die Prozesse vom 19.3.77 (Großdemonstration in Grohnde) durchgezogen, und jetzt — nach über eineinhalb Jahren — schlägt sie ein nächstes Mal zu. Am 23.3.79 fanden die ehemaligen Besetzer des Kühlturmgeländes, nachdem sie es beim Frühstück bereits in der Zeitung lesen konnten, ein drei Seiten langes Schreiben der Bezirksregierung Hannover in ihrem Briefkasten, in dem u.a. zu lesen stand, daß beabsichtigt wird, „Sie und die anderen Personen, die bei der Räumung des 'Dorfes' angetroffen wurden, zur Erstattung der Verwaltungskosten heranzuziehen, die durch den Polizeieinsatz anläßlich der Räumung des Anti-Atom-Dorfes entstanden sind".

Diese Verwaltungskosten setzen sich zusammen aus „Reisekosten, Aufwandsvergütungen, Kosten für Verpflegung und Unterkunft, Betriebskosten für Kraftfahrzeuge, Mehrarbeitsvergütungen, Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten". (Wir hatten die Polizei allerdings nicht für morgens um 7 Uhr bestellt, auch nicht von auswärts, sondern eigentlich gar nicht.) Die Bezirksregierung gibt nun weiter vor, daß wegen der Notwendigkeit der zwangsweisen Räumung uns die Kosten als Gesamtschuldner angelastet werden können. Die "Gebühren und Auslagen" belaufen sich auf die stattliche Summe von ca. 212.133,- DM. Gradestehen für die gesamte Summe sollen ca. 200 Leute, wobei jeder für den Gesamtbetrag haftet.

Und damit alles seine Ordnung hat: Gemäß weiterer §§ können wir uns „zu den für die Entscheidung erheblichen Tatsachen schriftlich" bis zum 18. April äußern, „Bevor ich Sie zusammen mit den anderen Besetzern des Geländes zur Erstattung dieses Betrages heranziehe (...)."

...

Wo es in anderen Fällen 'nur' um die Aufrechnung von "entstandenem Schaden an Polizeigeräten" ging, genügt jetzt die einfache Tatsache der Anwesenheit der Polizei, um zur Kasse zu bitten. (Man fragt sich, wann die ersten Rechnungen für die Schuhsohlen und die Butterbrote der Kontaktbereichsbeamten ins Haus geflattert kommen.)
Eine bemerkenswerte Phantasie (oder Einfalt?) findet sich auch in der Darstellung und Begründung der Forderung an uns. Zunächst einmal gibt es da nämlich eine Klage gegen die Rechtmässigkeit der Räumung überhaupt, die innerhalb der Widerspruchsfrist erhoben wurde. Doch dieser Prozeß hat noch nicht einmal begonnen! Trotzdem scheut man sich nicht, uns schon mal anzukündigen, daß man uns die Kosten dieser Polizeiaktion anzulasten gedenkt. Übereifer? Vorgriff auf ein noch nicht gesprochenes Urteil? Angst vor einer möglichen Verjährung? Oder bewußt gewählter Termin?

Doch ist dies nicht das einzige Mal, wo der Logik schwer zu folgen ist: Wie zum Beispiel verläßt man ein Gelände freiwillig, wenn es von 2.000 bewaffneten Polizisten samt Wasserwerfern, Panzerspähwagen und MP's umstellt ist, die einen nicht rauslassen? Wie schaffen es 200 Leute, innerhalb von 60 Minuten mit Sack und Pack durch die Einzelkontrolle zu kommen, die jeweils mindestens etwa 5 Minuten in Anspruch nahm? (vergleiche Zeitbeispiel oben) Da weder das freiwillige noch das fristgerechte Verlassen des Geländes überhaupt möglich war, kann daraus wohl kaum legitimerweise die Notwendigkeit eines Polizeieinsatzes, geschweige denn die Voraussetzung für die Erhebung der 'Auslagen' abgeleitet werden. Darüber hinaus ist es höchst fragwürdig, wenn zur Legitimation des Polizeieinsatzes Bedingungen der Polizei (Identitätsfeststellung) herangezogen werden, die die Freiwilligkeit mehr als strapazieren, zudem den fristgerechten Ablauf unmöglich machen, und schließlich nicht mal durch die Räumungsverfügung gedeckt ist, und damit mit der Räumung nicht zu tun hat.
Und wie vereinbart sich die angebliche Notwendigkeit der zwangsweisen Räumung mit der Tatsache, daß die ersten Dorfbewohner trotz dieser dubiosen Bedingungen sich innerhalb der Frist zur Identitätsfeststellung begeben hatten und somit die Frist eingehalten war?

Aus diesen haarsträubenden Widersprüchlichkeiten ergibt sich die Möglichkeit eines ersten Schrittes, um gegen den Bescheid anzugehen.

So konstruiert die ganze Sache jedoch auch sein mag, so zeigt sie doch deutlich die ungeheuerlichen Praktiken auf, die seitens der Landesregierung eingesetzt werden, um Protest und Widerstand ihrer Landeskinder gegen das Atom-Tod-Programm zu zerbrechen und zu verhindern. — Bürgerdialog?

...

Klar wird daraus, daß durch solche Maßnahmen das verfassungsmäßig garantierte Demonstrationsrecht auf kaltem Wege abgewürgt werden soll. Zwar dürfen wir noch auf die Straßegehen, müssen aber in kauf nehmen:

— daß die Anwesenheit der Polizei von uns bezahlt werden soll

— daß aus nichtigen Anlässen die Notwendigkeit eines Einsatzes konstruiert wird, bei dem Gefahr für Leib und Leben besteht

— daß das 'notwendige' Polizeiaufgebot in himmlische Größen wächst, so daß bald vielleicht 100 Demonstranten 10 ooo Polizisten gegenüberstehen

— daß man von vornherein als Krimineller abgestempelt wird.

...

**Was tun ?**

Bis zum Treffen aller 'Grohnde-Geräumten' am 31.3. in Hannover *(Nach der Kundgebung ca. 17 Uhr im Jugendzentrum Kornstraße, ID)*, auf dem ein einheitliches Vorgehen beschlossen werden soll, sehen wir Hildesheimer Betroffenen unseren Schwerpunkt in der Aufklärung einer möglichst breiten Öffentlichkeit über die Vorgehensweise der Landesregierung und über die Konsequenzen, die dies für jeden einzelnen von uns hat.

Wenn ihr uns unterstützen wollt, dann schreibt Artikel/Wandzeitungen/Flugblätter oder sonstwas darüber, und sprecht darüber mit Freunden, Bekannten, Arbeitskollegen...
Für Vorbereitung von Informationsveranstaltungen, Dokumentation und unser rechtliches Vorgehen brauchen wir dringend Fotos, Filme, Zeitungsartikel und andere Dokumente. Bitte meldet euch, wenn ihr sowas habt.

*Der Ermittlungsausschuß Hannover rät allen Leuten, die Anhörungsbögen bekommen haben, sich nicht schriftlich dazu zu äußern, daraus können rechtlich gesehen keine Nachteile entstehen.*
*Wichtig ist, daß sich alle Betroffenen unter der oben angegebenen Kontaktadresse oder beim Ermittlungsausschuß melden.*
*Ermittlungsausschuß c/o G. Buchholz Bödeckerstr. 75, 3 Hannover Tel. 0511/664100*

## HAUSDURCHSUCHUNG BEI DER GESELLSCHAFT FÜR REAKTORSICHERHEIT (GRS)

KÖLN
Februar '79

*Vor ein paar Tagen erreichte uns ein wütender Brief aus Köln, in dem sich jemand beschwerte, daß über die Aktion bei der GRS nichts im ID gestanden hat. Da wir einen diesbezüglichen Artikel aber aus Köln nicht erhalten haben und der Jemand seine Adresse nicht*

*angegeben hatte, greifen wir auf einen Bericht aus dem Bremer Info zurück.*

Wie die Presse bereits erwähnte, wurde in der Nacht vom 14. zum 15.2.79 die Gesellschaft für Reaktorsicherheit in Köln von unbekannten Tätern besucht. Sie schrieben Parolen an die Wände wie „Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv" und nahmen bei der Gelegenheit umfangreiche Unterlagen über Gutachten und Korrespondenz der GRS mit.
Die GRS erfüllt heute verschiedene Aufgabenbereiche, die früher unterschiedlich vom staatlichen TÜV und privaten Gesellschaften wahrgenommen wurden. Durch diese Verschmelzung entfällt die früher immerhin noch denkbare neutrale Gutachtertätigkeit des TÜV.

Verantwortlich ist die GRS für die Erstellung von Gutachtern, die optimalen Sicherheitsbestimmungen entsprechen sollten, aber nicht können, so zum Schnellen Brüter in Kalkar und zur Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben. Daß die von der GRS vorgeschlagenen Sicherheitseinrichtungen niemals sämtliche Risiken ausschließen können, beweisen die jeweils neuen Auflagen, die Gerichte später gemacht haben und noch machen werden. Diese angeblich optimalen Bedingungen sind nichts weiter als eine einfache Sicherheitsphilosophie, mit der die Atomindustrie rücksichtslos ihre Pläne durchsetzen will. Diese unsere alte Vermutung wird nicht zuletzt durch das vorgefundene Material bestätigt.

Eine Wahrheit ist erst dann eine Wahrheit, wenn sie öffentlich gemacht wird. An diesen von der niedersächsischen Landesregierung so treffend formulierten Grundsatz werden wir uns halten. Wir werden öffentlich machen, wie die GRS und ihre Hintermänner sich über Menschenrechte hinwegsetzt und was ihr ein Menschenleben wert ist. Wir denken insbesondere an die zwangsläufigen Folgeerscheinungen wie biogenetische Schädigungen, erhöhte Kindersterblichkeit und das einkalkulierte Risiko für Umwelt und alles Leben durch Katastrophen in Gorleben und Kalkar. Diese sogenannten unabhängigen Gutachter und Planer berührt das nicht.
Im übrigen werden wir öffentlich machen, daß es keine besseren Sicherheitsvorkehrungen als die bereits geplanten und erprobten geben kann. Wir werden alle falschen Behauptungen der GRS durch Veröffentlichung ihrer eigenen Korrespondenz widerlegen.

Die bekannten Befürworter schrecken vor keinen Verfälschungen der Sicherheitsmomente zurück, wenn sie sich irgendwie behindert fühlen, ihre Pläne durchzusetzen. Ebenso stellen sie Gegner der Atomindustrie als politische Chaoten oder einfach nur fortschrittfeindlich dar. So sollen die AKW-Gegner die Gesellschaft in eine neue Steinzeit zurückführen wollen. Wir glauben jedoch, daß mit Sicherheit die vereinigten Befürworter und ihre Atommafia uns dorthin zurückbringen werden.
Wenn dieser Staat behauptet, es gebe für uns kein Notwehrrecht, so halten wir ihm entgegen, daß der Staat schon einmal Verbrechen begangen hat und seine Katastrophe von Stalingrad fand. Unsere Veröffentlichungen werden es nachher niemandem erlauben zu sagen, er habe von alledem nichts gewußt.

Wir berufen uns auf unsere Losung: Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Mit unserer Aktion haben wir die Autorität und Glaubwürdigkeit der GRS schwer getroffen. Die Anti-AKW-Bewegung wird auch weiterhin alle Formen des Widerstands ausnützen. Freiwillig und friedlich wird die Atomindustrie nicht abtreten.

Wir kämpfen für eine bessere Umwelt und wir werden siegen !

## DEMONSTRATION GEGEN GEPLANTES AKW IN TORNESS/SÜDSCHOTTLAND

SCHOTTLAND
März '79

In Torness, 50 km südlich von Edinburgh plant die Südschottische Elektrizitätsgesellschaft ein AKW, und dies obwohl die konventionellen Kohlekraftwerke in Schottland eine Überkapazität von 50% über Spitzenbedarf haben. Eine Platzbesetzung im Herbst 1978 wurde nach einigen Wochen am 20. November gewaltsam geräumt. Seitdem haben die Bauarbeiten begonnen. Um den Bauplatz wider zur Wiese zu machen, findet vom 4. Mai bis 7. Mai ein Festival mit Zeltlager und Platzbesetzung statt. Organisiert wird das ganze von der „Torness Alliance", ein Zusammenschluß von über 100 Gruppen in Großbritannien. Bereits letztes Jahr demonstrierten über 4000 Leute in Torness, und dieses Jahr erwarten wir mehr. Für die noch relativ schwache Anti-AKW-Bewegung in England bedeutet das Wochenend-Lager in Torness möglicherweise eine Wende, einen Aufschwung.

Transport wird von London aus organisiert und kostet 17,— Pfund. Nähere Informationen und Fahrkartenreservierungen über **Sun Power, 83 Blackstock Rd., London N4.** Broschüre „Torness — Keep it Green" für DM 4,— (Scheck) erhältlich.

## HOLLÄNDISCHE WEHRPFLICHTIGE IM LIBANON IM EINSATZ

AMSTERDAM
10. MÄRZ

Am Samstag Nachmittag wurden vom Amsterdamer Flughafen Shipol 750 holländische Soldaten, darunter über 500 Wehrpflichtige nach Libanon verfrachtet. Das holländische Bataillon löst im Auftrag der Vereinten Nationen eine französische Einheit der UN-Truppen ab. Ein großer Teil der Wehrpflichtigen, über 200, waren absolut gegen ihren Einsatz im Libanon, mindestens 4 haben sich vorläufig von der Truppe entfernt. Die holländische Soldatengewerkschaft VVDM, Vereinigung von dienstpflichtigen Militärs, betreibt eine Kampagne, daß keine Soldaten zwangsweise in den Libanon geschickt werden sollen. Sie ging mit der Forderung auch vor Gericht, unterlag aber in erster Instanz. Der BVD, der Bund für Dienstpflichtige, der als radikalere Gruppe innerhalb der VVDM existiert, hat so wie die VVDM, Demonstrationen am Flughafen in Schiphol organisiert, an denen auch uniformierte Soldaten teilnahmen. Aber auch damit konnte der Abflug des „Friedensbataillons" nicht verhindert werden.
Die VVDM hat angekündigt, die gewerkschaftliche Aktivität innerhalb der Truppe im Libanon fortzusetzen. Dies ist das erste Mal, daß gewerkschaftlich organisierte Soldaten in einer Kriegszone oder zumindest in einer kriegsähnlichen Zone eingesetzt werden, obwohl hier nur im Rahmen einer UN-Truppe. Es wird interessant werden, ob sich die Soldatenorganisation im Libanon in Konflikt mit der holländischen Armeeführung begeben wird.
P.S.: Amerikanische Soldaten, die während des Vietnam-Krieges viele Soldaten-Komitees organisiert hatten, haben es nie soweit gebracht, eine Gewerkschaft zu gründen. Heute, seit einigen Monaten, gibt es ein Gesetz, das amerikansichen Soldaten bis zu fünf Jahren Knast und hohe Geldstrafen androht, wenn sie sich organisieren.

Max Watts/ID

# LUTTONS ENSEMBLE
## pour la denfense de l'emploi

**LASST UNS GEMEINSAM KÄMPFEN**

**um die Erhaltung der Arbeitsplätze**

Dieser Bericht über Longwy kommt von der Freiburger 'Stadtzeitung'

Seit 1974 befindet sich die Stahlindustrie weltweit in einer Krise, da in den Jahren zuvor die Kapazitäten in der Herstellung in einem Umfang erhöht worden sind, der weit über die Erfordernisse ging. 1974 ging die Produktion von Stahl zurück und stieg nur langsam wieder an. Das führte dazu, daß bis Ende 1976 die Stahlpreise fast auf die Hälfte des Standes von 1974 zurückfielen. Die Produzenten der EG waren davon ebenfalls betroffen. Deshalb wurde in der EG am 1.1.1977 der „Davignon"Plan Gesetz. Dieser Plan, benannt nach dem zuständigen EG - Kommissar Etienne Davignon, setzt in einigen Bereichen der Stahlproduktion Mindestpreise fest, in anderen wurden mit der Industrie Richtpreise ausgehandelt. Tatsächlich konnten so die Stahlpreise wieder erhöht werden.

Dies war verbunden mit dem Plan einer Umstrukturierung diser Branche; neue Betriebe sollten in den Stahlrevieren angesiedelt werden. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) stellte ferner Mittel zur Verfügung, mit denen „Überbrückungsgelder" an Arbeitnehmer gezahlt werden, die deswegen vorübergehend arbeitslos wurden.

Im Rahmen solcher Maßnahmen wurden in Belgien und Luxemburg fast ein Viertel der Arbeitsplätze im Stahlbereich abgeschafft. Im Saargebiet, das mit Luxemburg und Lothringen ein großes Revier bildet, wurden ebenfalls einige Betriebe stillgelegt, wobei es gelungen ist, durch einen Sozialplan die Härten zu vermeiden, die jetzt in Frankreich den Arbeitern drohen.

In Frankreich jedoch setzten Regierung und Industrie weiter auf ein Ansteigen der Produktion. (Auch die kommunistische Partei huldigt noch diesem Glauben an das Wirtschaftswachstum.) Da sich die Stahlindustrie in den sechsiger Jahren, als die neuen Zentren in Fos (am Mittelmeer) und bei Dunkerque (Dünkirchen) erbaut wurden, hoch verschuldet hatte, scheute sie auch die Kosten eines Sozialplanes. Diese neuen Zentren liefen an, während auch die alten Anlagen im Norden und in Lothringen weiterbetrieben wurden, ohne daß dort Alternativen geschaffen wurden. (Nebenbei, ich habe schon 1974 in der Schule gelernt, daß es darauf ankäme, in Lothringen neue Industriezweige anzusiedeln.)

Es war klar, daß bei einer Verschärfung der Stahlkrise die veralteten Hütten als erste stillgelegt würden. Die alten Betriebe wurden bis zum Letzten ausgebeutet. In dem Moment aber, da sie vollends unrentabel würden, ließe man sie fallen wie eine heiße Kartoffel.

Genau dies steht jetzt an: im Rahmen von Barre's Gewaltkur für Frankreichs Wirtschaft haben die Stahlbosse erst mal auf die Einkommen verzichtet - die Einkommen der Arbeiter; 22 000 sollen von Sommer 1979 bis Herbst 1980 entlassen werden, von insgesamt 133 800, die im September 1978 in der Stahlbranche tätig waren. Dazu muß man bedenken, daß daraufhin in anderen Bereichen auf lokaler Ebene weitere Entlassungen folgen.

Besonders betroffen sind die Städte Denain im Norden (Valenciennes) und Longwy in Lothringen.

In Denain wird ein Stahlwerk von 6 500 auf 1 500 Arbeitsplätze gesundschrumpfen. Gesunden wird das Portemonnaie der Eigner, schrumpfen wird das Portemonnaie der Arbeiter.

In Longwy sollen 7 500 Leute fliegen. Eine Fabrik, Chiers, mit 1 800 Beschäftigten, macht ganz dicht. Die zweite große Fabrik, Usinor - Longwy, wird von 7 700 Arbeitern 4 700 entlassen.

Der kommunistische Bürgermeister rechnet infolgedessen mit weiteren 18 000 Entlassungen in dieser Gegend.

Diese Maßnahmen sollen durchgeführt werden bei einer Arbeitslosenqote von über 6% in ganz Frankreich; im Norden gar sind es 10%.

Außer vagen Versprechungen wurde den Arbeitnehmern ursprünglich nichts geboten. 10 000 Arbeitsplätze stünden den Entlassenen in ihrer Region zur Verfügung, gaben Regierung und Arbeitgeberverbände an, ohne genau sagen zu können, wo und wie diese Stellen geschaffen würden.

Erst auf Druck der demonstrierenden Arbeiter hin hat die Regierung einen Sozialplan für ältere Arbeiter angeboten, der eine vorzeitige Pensionierung mit 55, z.T. mit 54 Jahren vorsieht. Diese Frührente war bis dahin in Frankreich überhaupt nicht vorgesehen, obwohl die EG -Kommission im Rahmen des EGKS sich an den Kosten beteiligt.

Die französische Regierung hat hier unmittelbare Verantwortung, da sie nicht nur in den Jahren davor die Poltitik der Industrie unterstützt hat, sondern im September 1978 gegen Erlasse von Staatsschulden sich unmittelbare Entscheidungsrechte in den großen Gesellschaften Usinor und Sacillor - Solac gesichert hat.

Noch'n paar Bemerkungen zu dem Artikel:

Wir sind nach Longwy gefahren, irgendwie mit einem solidarischen Gefühl für die dort kämpfenden Arbeiter, aber wenn du dann siehst, wie die dort leben, und unter welchen Bedingungen sie arbeiten müssen ...

Lothringen erinnert sehr stark an übelste Ruhrgebietsgegenden. über Longwy liegt eine stickige gelbe Dunstglocke, an die man sich beim Atmen erst mal gewöhnen muß. Die Arbeitersiedlungen sind teils ärmlicher als man sie von Bochum oder Essen her kennt, und die Fabriken (Arbeitsplätze) in einem derartigen Zustand, daß jetzt während des Streiks die Arbeiter sich veranlaßt sahen, Jonny Halliday eine Zwangsbesichtigung zu verordnen, um auf ihre Arbeitssituation aufmerksam zu machen.

Es ist einfach unmenschlich, dort zu leben und zu arbeiten, und wenn du das siehst, dann verstehst du nicht, warum die Arbeiter nicht da abhauen, und sich nach einer Alternative umschauen?!

Der Artikel liest sich wahrscheinlich sehr systemtreu, aber ich habe nicht genug Ahnung, um hier ein alternatives Wirtschaftssystem an diesem Beispiel festzumachen.

die Sprache stinkt mir selbst. „Umstrukturierung". „veraltete Hütten"!

Aber die Dinger sind veraltet - nämlich weil viele Arbeitsplätze einfach unmenschlich sind, und das gehört auch abgeschafft, aber bitte nicht so. Aber fragt mich auch nicht wie !!!

Thomas & Mike

### Chronolog. Abriß der Ereignisse:

**Seit 1974:** Rückgang bzw. Stagnation der Stahlproduktion (s. Grafik).

**1.1.1977:** Inkraftretung des Davignon-Plans zur Stützung der Stahlpreise, Fixierung des Minimalpreises für Betonstahl.

**10./11.12.78:** Die Pläne zweier frz. Großkonzerne werden bekannt, mehrere tausend Arbeitsplätze zu vernichten. USINOR beabsichtigt 12 500 Arbeiter zu entlassen, bei SACILOR-SOLLAC sollen es 8 500 Arbeiter sein.

**11.12.78:** Um auf die zu erwartenden Entlassungen aufmerksam zu machen errichtet die CFDT auf dem Schlackeberg in Longwy ein SOS-Schild.

**21.12.78:** offizielle Bekanntgabe der Kündigungen durch die Firmenleitung. Diese Kündigungen werden gültig, wenn sie nach der gesetzlich festgesetzten Zeit -in Lothringen 4 Mon., im Norden 5 Mon. - nochmals von der Firmenleitung bestätigt werden; d.h. 4 bzw. 5 Monate Verhandlungsspielraum für die Gewerkschaften. Danach bedarf es nur noch der Zustimmung der *inspection du travail*, einer staatlichen Behörde (deren Zustimmung zu erwarten ist) damit die Entlassungen endgültig durchgeführt werden können.

**Seit Dez. 78:** Mehrere kleine Demonstrationen gegen die anstehenden Entlassungen in ganz Lothringen.

**42.2.79:** Arbeiter demonstrieren in Longwy. Es kommt zu Zusammenstößen mit der Polizei. Nachdem der Versuch, das Polizei-Kommisariat zu stürmen scheitert, (Einsatz von Tränengas gegen die Demonstranten) wird das Haus des Arbeitgeberverbandes (chambre de la metallurgie) erstürmt und das Mobilar auf der Straße angezündet. Auch in den folgenden Tagen kommt es noch zu weiteren Aktionen in der Region.

**28.2.79:** In Homécourt (Lothringen) setzen Arbeiter einen Fabrikdirektor fest und lassen ihn nur unter Druck der Polizei wieder frei.

**1.3.79:** Gaullisten (RPR), Sozialisten (PS) und Kommunisten (PCF) verlangen eine Sondersitzung der Nationalversammlung über die Wirtschaftspolitik der Regierung Barre. Der Präsident der Republik muß die Nationalversammlung einberufen, wenn die Hälfte der Abgeordneten (246 von 491) dies schriftlich verlangen. Seit Bestehen der frz. Republik hat es das noch nicht gegeben.

**7.3.79:** Schwere Zusammenstöße in Denain von Arbeitern und CRS-Einheiten. Ein erster Schuß wird auf die CRS abgegeben.

**8.3.79:** Demonstrationen in der Gegend von Denain; Blockade der Autobahn Paris-Brüssel. In Denain gehen die Straßenschlachten weiter: Steine und Mollis gegen Tränengas. Es fallen Schüsse, ein CRS wird am Bein verletzt. Vertreter der Gewerkschaften verhandeln mit den Präfekten; am Nachmittag bleiben nur noch die örtlichen Polizisten in der Stadt, CRS und gendarmes mobiles ziehen sich zurück. In ganz Frankreich finden Solidaritätskundgebungen statt.

Inzwischen haben 315 Abgeordnete formell die Sondersitzung des Parlaments verlangt. Giscard stimmt zu. Am selben Tag gibt der zuständige Minister Boulin, nach Verhandlungen mit den Gewerkschaften, einen Sozialplan für die Gruppe USINOR bekannt: vorgezogene Rente mit 55 und 54 Jahren, 50 000FF (23 00,-DM) Abschlagszahlung für freiwillige Aufgabe des Arbeitsplatzes.

**12.3.79:** Nach langem Hin und Her stimmt die CFDT (dem PS nahestehende Gewerkschaft) dem Vorhaben der CGT (kommunistische Gewerkschaft) einen Sternmarsch nach Paris für den 23.3. zu organisieren zu.

**13.3.79:** Der Direktor der USINOR gibt bekannt, daß die Hütte in Denain stillgelegt werden soll.

**14.3.79:** gegen 18h errichten Hüttenarbeiter Straßensperren an zwei Zufahrtsstraßen nach Denain und an der Auffahrt zur Autobahn Paris Brüssel. Ebenso blockiert wird eine Güterstrecke der Eisenbahn. Die CFDT eröffnet eine Kampagne für die Einführung der 35-Std.-Woche.

**15.3.79:** Die Produktion in den Fabriken CHIER-CHATILLON und USINOR in Longwy wird gestoppt. Die CFDT besetzt die Büros der CHIER-CHATILLON.

**23.3.79:** Sternmarsch auf Paris, organisiert von der Gewerkschaft CGT.

**27.3.79:** Abschlußverhandlung von Regierung, Gewerkschaften und USINOR

**21.4.79:** endgültige Bestätigung der Kündigungen in Lothringen

**21.5.79:** endgültige Bestätigung der Kündigungen in Nordfrankreich

**Longwy: Über der Stadt liegt eine stickige gelbe Dunstglocke, ...**



*Die Anschrift der 'Stadtzeltung' ist:* **Zasiusstr. 40, 78 Freiburg, Tel.: 0761 / 70 02 70**

## LONGWY – DENAIN: INTERVIEWS AM RAND

PARIS 12. MÄRZ *Zu den Unruhen in Lothringen steht in der „Libèration":*

1977 beschloß die europäische Stahlkommission, Maßnahmen zu ergreifen, um die Konkurrenz der europäischen zu der nicht-europäischen Produktion zu regeln (der sogenannte Plan Davignon). Zwischen 1975 und 1978 verbesserte sich die Marktsituation auf kosten von 60.000 Entlassungen. Bis 1980 sind 140.000 Entlassungen vorgesehen. Auf Frankreich umgerechnet bedeutet das eine Rationalisierung von 24.000 Arbeitskräften. Das wurde in Lothringen nicht hingenommen. Anfang Februar wurde der gesamte Stahlbetrieb lahmgelegt. Nach den heißen Wochen von Longwy und Denain nahmen am letzten Samstag 15.000 Personen an einer Demonstration gegen die Repression der Polizei teil. Am 23. März plant die CGT (KP-orientierte Gewerkschaft) einen Marsch auf Paris, nicht , ohne immer wieder auf ihre vermeintliche Führungsrolle bei den letzten Kämpfen hinzuweisen. Immerhin stehen Kantonalwahlen vor der Tür. Die CFDT (linkere Gewerkschaft) will a n dieser Aktion ncht teilnehmen. Sie will dagegen Kampftage für die Durchsetzung der 35-Stundenwoche und lokale Aktionen in Lothringen durchführen. Sie argumentiert gegen eine zentrale Aktion (Marsch auf Paris); die Forderungen der Stahlarbeiter würden in einer solchen Aktion verwässert werden, eventuell auch zurücktreten hinter allgemeinen politischen Losungen. Dabei nutzt die CFDT-Führung auch geschickt die Wut vieler Arbeiter aus, die merken, wie die kommunistische Partei versucht, sie vor ihren Karren zu spannen. „Man ist bestürzt und angewidert", schreibt sie in einem Kommuniqué. „Die Arbeiter haben das Gefühl, ausgenutzt worden zu sein für eine Kampagne der Kommunistischen Partei, 8 Tage vor der ersten Runde der Kantonalwahlen. Eine KP, dominierender, sektiererischer als jemals zuvor, die während der ganzen Demonstration (gemeint ist die von Samstag) versucht hat, unseren Kampf auszuschlachten, ihn auf die Ebene der schmutzigen Politik (!) zu zerren.". Wir veröffentlichen hier nur Auszüge aus Interviews, die Reporter der ‚Libèration' mit einigen Jugendlichen nach der Schlacht von Denain gemacht haben.

Bobby, 21 Jahre alt, ist im letzten Juli von der Armee zurückgekommen. Seitdem hat er keine Arbeit gefunden. Er wollte schon Arbeit haben, aber er erkennt auch, daß die Jugendlichen immer weniger Lust haben, dort zu arbeiten. „Die Arbeiten hier sind der letzte Dreck. Und schließlich wirst du nicht eingestellt. Ideal wäre irgendwas im Büro, aber da ist alles voll." Die Mehrzahl der Freunde von Bobby waren Mittwoch und Donnerstag auf der Straße. „Wir wollten zeigen, daß wir da sind,"-sagt Abes, 18 Jahre, Araber und Sohn eines Stahlarbeiters. „Wenn wir sehen, was mit unseren Eltern geschieht, fühlen wir uns allerdings betroffen. Wenn wir nicht diejenigen verteidigen, die noch Arbeit haben, wäre das das Ende." Die Ernsthaftigkeit der Diskussion ist erstaunlich. Die Arbeitslosigkeit ist in allen Bereichen präsent, in tausenden von täglichen Dingen. Bobby kriegt 23 Dm Taschengeld von seinen Eltern monatlich, „manchmal weniger. Aber da ich volljährig bin, können das meine Eltern nicht mal für die Steuer angeben."
Unter denjenigen, die auf der Straße waren, kamen viele, wie auch Bobby, aus dem Vorort Duchateau, einer Arbeitersiedlung mit 1200 Wohnungen aus rotem Backstein, durch die Schelde vom Zentrum Denains getrennt. Von den 27.000 Einwohnern der Stadt leben viertausend dort, in 20 Blocks, umgeben von einer schäbigen, abgegrasten Wiese. Für den französischen Staat ist dieses Gebiet eine der ‚50 grauen Zonen der Kriminalität'. Für viele der Jugendlichen dieser Randstadt hatten die letzten Auseinandersetzungen sicherlich den Charakter einer Vergeltungsaktion und auch einen angenehmen Beigeschmack. „Es passiert nicht jeden Tag, daß man Steine gegen ein Kommissariat werfen kann." sagt Abes. Denn die Polizei kennt man hier. "Jeden Tag sind sie hier, sie kommen und suchen einen oder zwei. Wenn in Denain irgendetwas gestohlen wird und man dort niemand findet, kommen sie hierher. Die Kriminalität? Sicher, es gibt viele Typen hier, die dealen. Man muß sich ja irgendwie helfen, wenn man keine Arbeit hat. Ein Autoradio verkauft sich gut." Die Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren verändert. Immer weniger Franzosen wohnen hier. Heute leben hier 47 % Ausländer, vor allem Nordafrikaner, darunter viele Jugendliche, im Elend. 75 % stehen am Rande des Existenzminimums. Und schließlich die Langeweile, nicht wissen was tun. „Mehrere Male haben Jugendliche versucht, die Fenster vom 'Sozial- und Kulturzentrum' einzuwerfen, das waren meistens Jugendliche im Alter von 13 - 14 Jahren, die das nicht machen, um was zu klauen, sondern um sich zu produzieren. Man ödet sich an, man geht in die Cafès; wenn wir nicht gefragt werden, bestellen wir auch nichts. Aber es stimmt nicht, daß wir uns ur rumtreiben, wie es in Denain immer heißt. Wir wollen das Kulturzentrum fertigstellen. Dann wird man versuchen, auch Leute aus weiter weg gelegenen Vororten herzuholen, um sich abends zu treffen.
Aber es gibt auch eine Spaltung unter den Jugendlichen. Gegenüber den Arbeitslosen und Lehrlingen haben Schüler des technischen Gymnasiums am Donnerstag ein Komitee gegründet, das sie ‚Komitee der Schüler gegen die Gewalt' nannten. Sie haben sich von den anderen Jugendlichen entfernt." Gegen die CRS (Polizei-EliteTruppe) kann man nichts machen. Steine werfen ist symbolisch, 2 Tage Kampf in Denain genügt, auf die Dauer riskieren wir dadurch, die ganze Stadt in Mißkredit zu bringen." Andere Schüler plakatieren gewaltfreie Parolen. „Man wollte ein sit-in machen zwischen den Bullen und den Jugendlichen, aber man hat uns gesagt, daß das nichts nützen würde." Dominique 23 und Patrice, 22, beide arbeitslos und Mitglieder der JOC (Jeunesse Ouvriere Catholique – Katholische Arbeiterjugend) zeigen einen Fragenkatalog, den die JOC unter 42 Lehrlingen hat ausfüllen lassen. Auf die Frage: „Wie verbringt ihr eure Freizeit? " die Antwort „Ihr Idioten". Als sie gefragt werden, wa s sie später machen wollen, wird kein Beruf genannt sondern genauso lapidar geantwortet: „Arbeit suchen". Von den 42, die geantwortet haben, sehen 9 nur eine einzige Perspektive: die Armee, die Gendarmerie oder die CRS.
*Wenn ihr nach Lothringen fahrt, setzt euch mit der Libèration in Verbindung: 27, 30, 32 rue de Lorraine, F-75019 Paris, Tel: Tel.: 00 33 1 / 202 90 60*

## WEITERES ÜBER SPANIEN, DEN "PASOTISMO" ODER DIE GROSSE GLEICHGÜLTIGKEIT

MADRID März 1979 *Die Fortsetzung von Pierre Benoits Reportage aus der 'Liberation' über Spaniens erloschene Kulturrevolution, zwei Jahre nach Francos Tod, sollte eigentlich schon im ID 274 stehen. Wir mußten sie verschieben, aber jetzt könnt ihr lesen, was aus anderen Freunden und aus den Initiativen geworden ist, die Pierre besucht hat.*

**Der Tod des COPEL**

Luis hat sich nicht geändert: Immer hoch dasselbe Studentengesicht, das von dem Bart fast verschlungen wird. Ich habe ihn in seinem Anwaltskollektiv wiedergetroffen, in dem das Kommen und Gehen nicht vor abends acht Uhr aufhört. Unsere erste Begegnung hatte während des Gefangenenaufstands im August '77 vor den Mauern von "Carabanchek" (Madrider Zentralgefängnis) stattgefunden. Die Meuterei des Zentralgefängnisses von Madrid war einer der Höhepunkte der Gefängnisbewegung gewesen. Zu jener Zeit, als das Copel, das spanische Gefangenenkomitee, den Aufstand zur Durchsetzung von Reformen anleitete. Zusammen mit anderen war Luis damals einer der Rechtsanwälte des COPEL.
„Das COPEL ist tot oder zumindest todkrank. Es wurde von der Repression getötet." Nach dem „heißen Sommer" von 77 ist eine ganz fürchterliche Repression auf die Gefangenen niedergegangen. Jeder, der für das COPEL aktiv geworden war, wurde verlegt, in Isolationshaft gesteckt und bestraft. Er

berichtet von Daniel Pont, einem der Gründer der Bewegung, den er auch vertreten hat. Wegen Einbruch in ein Juweliergeschäft sitzt er seit 7 Jahren in Untersuchungshaft; hinter sich hat er eine Reise durch fast alle größeren Gefängnisse des spanischen Staates, um schließlich in „Puerto Santa Maria" zu landen. Insgesamt war er in sechs Gefängnissen, die an sich nur für rechtskräftig Verurteilte reserviert sind.

Luis reicht mir eine Photocopie: es ist ein Brief an den Direktor von „Santa Maria" in dem er für seinen Klienten um einen Tisch und um einen Stuhl zum Schreiben und Zeichnen bittet. Weiter unten dann die Antwort des Direktors: „Wenn wir das, was sie fordern, haben, werden wir es ihnen gewähren!" Daniel, der 18 Stunden des Tages in Dunkelhaft sitzt, geht es heute sehr schlecht. Er hat Sprachschwierigkeiten und Sehstörungen.

Seine Geschichte ist exemplarisch und faßt nur zusammen, was in den Gefängnissen von Juan Carlos (spanischer König) passiert.

Nachdem die GRAPOS (Linke Stadtguerillagruppe, hinter der von manchen Leuten auch Rechtsradikale vermutet werden) den früheren Generaldirektor der Zuchhausadministration ermordet hatten, ernannte Ministerpräsident Suarez Carlos Garcia Valdes zu seinem Nachfolger. Diese Ernennung fand viel Beifall, war Valdes doch als anti-francistischer Rechtsanwalt bekannt, der unter dem alten Regime sogar einmal im Gefängnis gesessen hatte und der sich öffentlich gegen die Todesstrafe und das bestehende Strafvollzugsystem ausgesprochen hatte. Und bei seinem Amtsantritt versprach er auch daß er sich für die Strafvollzugsreform stark machen wollte. Nach einem Jahr zieht Luis eine erste Bilanz dieser Periode: „Nicht nur, daß es überhaupt keine Reform gegeben hat, sondern die Repression ist nur noch systematischer geworden: z.B. die Isolation der Aktivisten von COPEL, die illegale Dunkelhaft, die vielen einzelnen Sanktionen und die Regelungen unter der Hand. Es hat keine Säuberungen von Vollzugbeamten des alten Regims gegeben, selbst nicht unter den am meisten komprommittierten, und gerade ist man wieder dabei, Gefängnisse der höchsten Sicherheitsstufe einzurichten, um die Aktivisten von COPEL und die anderen politischen Gefangenen zu konzentrieren. Schon heute sind fast alle ETA-Militante im Zentralgefängnis von Soria konzentriert, die von der GRAPOS sind in Zamora, und die Autonomen sind in Segovia. Ungefähr 250 Gefangene sind in drei Gefängnissen konzentriert, die demnächst alle direkt der Kontrolle des Innenministers unterstellt werden . . ." Der jüngste Kommentar von Garcia Valdes über die Situation: „Ich kann auch Gefängnisse für wilde Tiere bauen!"

**Ideen aus Deutschland**

Luis, der eine ganze Reihe politischer Gefangener und COPEL-Aktivisten verteidigt hat, erklärt mir die Entwicklung seiner Arbeit in den letzten zwei Jahren. Er beschäftigte sich jetzt weniger mit den „politischen", die sich auch mehr und mehr an „spezialisierte" Anwaltsbüros wenden: die ETA hat die ihren und die GRAPOS auch.

Sein eigenes Kollektiv hat seit Jahresanfang einen permanenten Rechtshilfeservice für vorübergehend Festgenommene und Untersuchungsgefangene eingerichtet. Die im Dezember angenommene neue Verfassung garantiert in der Tat jeder festgenommenen Person das Recht auf Rechtsbeistand. Ebenfalls im Dezember wurden noch zwei zusätzliche Dekrete verabschiedet, die die Strafprozeßordnung veränderten und die Anwesenheit des Anwalts von der ersten polizeilichen Vernehmung an genehmigten. Die Polizei muß dem Festgenommenen jetzt einen Anruf an seine Familie und an einen Anwalt gestatten.

„Fast alle Rechtsanwaltskollegen haben deshalb einen kostenlosen, permanenten Rechtshilfeservice eingerichtet. Aber wir bekommen höchstens zehn Anrufe pro Tag, obwohl es in Madrid durchschnittlich 50 Festnahmen täglich gibt. Zwei Dinge: sei es, daß die Polizei die Festgenommenen nicht über ihre Rechte informiert, sei es, daß sie einfach vorgibt, sie würden auf einen Rechtsbeistand verzichten. Die Anwaltsvereinigung versucht nun durchzusetzen, daß dieses Recht unumgehbar wird, und, daß unsere Anwesenheit nicht nur passiven Charakter hat, die beim Verhör gerade die schlimmsten Auswüchse verhindern kann..."

Für diejenigen, die im Namen der Anti-Terrorismus-Dekrete vom 28. Dezember eingeknastet sind, ist die Situation noch viel schlimmer. Allein die Polizei bestimmt, ob der Gefangene unter diese Artikel fällt und der Untersuchungsrichter kann sie so lange in Geheimgefängnissen der Polizei halten, wie er es für nötig hält. So war im letzten Januar eine ganze Gruppe von Festgenommenen elf Tage, ohne daß irgendjemand etwas davon wußte, in einer Kaserne des DGS (geheime Staatspolizei) festgehalten worden, nur weil sie der FRAP (maoistische Guerilla) zugerechnet wurden. Nach diesen elf Tagen wurden sie ohne weitere Erklärungen vom Untersuchungsrichter freigelassen. Inzwischen hatten alle ihre Arbeit verloren.

Genauso bezeichnend für die gegenwärtige Entwicklung des spanischen Staatsapparates wie der neuen politischen Klasse Spaniens war die Verabschiedung des „Gesetzes über die Sicherheit des Bürgers" am 26. Januar diesen Jahres durch eine erdrückende Mehrheit im Cortes (spanisches Parlament). Es verstärkt die 'Anti-Terrorismus'-Dekrete vom letzten Dezember und ist gleichzeitig eine schwerwiegende Beeinträchtigung der politischen Meinungsfreiheit. Das Gesetz entspricht dem deutschen Paragraphen 88a und kann die Veröffentlichung von Kommuniques illegaler Gruppen als 'Apologie des Terrorismus' werten und den Verfasser bestrafen. Das Gesetz institutionalisiert zum anderen den Einsatz der Polizei in den Gefängnissen und verpflichtet jeden, der einen Laden oder eine Wohnung mieten will, zur Angabe aller persönlichen Daten. Viele Journalisten haben gegen das Gesetz protestiert und es als einen Angriff auf die Pressefreiheit denunziert. Einige sehen seinen Charakter als verfassungswidrig und halten das gesamte juristische Konstrukt für ein Abbild des "Modell Deutschland".

**Kämpfer für die "Tapas"**

(kleine Häppchen, die zum Wein wunderbar passen)

Um die Welle von Depression, die uns am Ende unseres Gespräches hochkam, ein wenig zu vertreiben, bin ich mit Luis zu einem kleinen nächtlichen Bummel durch Madrid losgezogen. Im Spanischen nennt man das: "Ir de vino", d.h. "Zum Wein gehen".

Auch in der spanischen Hauptstadt hat die 'Hamburger Offensive' begonnen. Innerhalb eines Jahres haben sich die "Papa's burger", die "Donats" und die anderen "MacDonalds" hispanischer Version in einem beunruhigenden Tempo vervielfacht. Das antiseptische Universum der 'Küche' unter Zellophan knabbert gefährlich an den kulinarischen Traditionen Spaniens! Das erste Ziel: Die "Tapas", diese berühmten Leckerhäppchen, die man zum Wein probiert; je mehr die neuen Cafeteria's die alten Bars verdrängen, umso mehr verschwinden sie. Muß Spanien da vorbei, um nach Europa zu gehen? Luis wagt nicht daran zu denken, aber er hält die Situation bereits für kritisch: „Unlängst haben wir mit einigen Genossen ein Sprichwort erfunden, das sehr 'Pasota' ist: 'Nimm dir noch eine Tapas, und dann kann dein Schädel platzen!' "

Als wir nach "Malasagna", einem der ältesten Stadtteile Madrids mit seinem "Plaza Mayor", der heute ausschließlich für die Touristen reserviert ist, kommen, entdecke ich an einer Wand diesen Slogan: „Sie betreten jetzt Chinatown". – Sicher, "Malasagna" ist noch nicht der "Barrio Chino" von Barcelona, aber es zieht mehr und mehr 'Pasotas' und 'Dealers' an. Es gibt unglaublich viele Bars, halb Discothek, halb Pub im Stil von Greenwich Village, mit düsteren Lichtern und die Anlage auf voll Stoff.

Eine seltsame Synthese, die dennoch sehr spanisch bleibt. Man kommt weder nur zum Tanzen noch zum Musikhören, sondern um zu trinken und mit seinen Freunden endlos in die Nacht hinein zu diskutieren. Dieser 'Weinkultur' entsprechen die traditionellen Bars mit ihren 'Tapas', dieser 'Drogenkultur' dagegen die seltsamen neuen 'Pub's', wo jetzt die 'pasotas' rumhängen.

Aber die Madrider Nacht ist nicht mehr das, was sie einmal war. Früher gab es die "Tapas"-Bars für die Nacht und solche für den Tag. Ohne Probleme konnte man eine 24-Stunden-Tour durchmachen. Heutzutage ist es schon verdammt schwierig, bis zur Morgenröte durchzumachen. „Alle Bars müssen jetzt auf Anordnung der Polizei zwischen ein und drei Uhr morgens schließen. Der offizielle Grund: Energieeinsparungen und Verbrechensbekämpfung. Selbst die Fernsehprogramme, die früher bis zwei Uhr morgens liefen, hören jetzt schon um Mitternacht auf. Was die Kriminalität angeht, so ist sie selbstverständlich nicht zurückgegangen, sondern hat sich tagsüber, wegen der verstärkten nächtlichen Kontrollen, verdoppelt."

Als wir um drei Uhr verzweifelt umherirren, finden wir schließlich doch noch eine Bar, deren Tür sich uns barmherzig öffnet. Da habe ich dann Pépé getroffen, ehemaliges Mitglied der KP. Ein wenig ernster als Luis, hat er mir zu dem Problem folgendes erklärt: „Man will die Spanier früh nach Hause treiben, um sie ins Bett zu bringen. Das ist ganz einfach barbarisch. Selbst unter dem Francismus stand's um das Nachtleben besser."

## ZUR SITUATION IM SPANISCHEN ZENTRALSTAAT NACH DEN WAHLEN VOM 1. MÄRZ 79:

DONOSTIA/SAN SEBASTIAN
14. März

*Im Besonderen in Euskadi (Baskenland) und die Situation der politischen Gefangenen*

Auf zentralstaatlicher Ebene gab es seit den Juni-Wahlen 77 keine einschneidenden Veränderungen – die UCD (Christdemokraten) siegte, PSOE (Sozialdemokraten) konnte nichts hinzugewinnen und die PCE (Kommunistische Partei) hat ihren Stimmenanteil um 1 % gehoben. 32 % der Wahlberechtigten haben sich der Stimme enthalten. Die Wahlen fanden unter Kontrolle des Militärs und des gesamten Polizeiapparats statt. An allen Urnen bewachten immer mindestens drei bewaffnete Polizisten den Wahlvorgang. Die Armee war in Alarmbereitschaft. So war der äußere Eindruck, spazierte man durch die Städte, eher der eines Bürgerkriegsmanövers, denn der "freier" Wahlen. In den Konfliktzentren (Euskadi, Kanarische Inseln, Barcelona, Madrid) waren verstärkt Polizei und paramilitärische Kräfte zusammengezogen worden.

Die Inanspruchnahme der einflußreichsten Medien (Radio, Fernsehen) war zuvor schon auf die großen Parteien zugeschnitten worden (so gab es nicht nur eine Zensur fast aller linken und separatistischen Gruppen bei ihren Wahlinformationen in eben diesen Medien, sondern war auch von vornerein ihr Beitrag auf ein Minimum an Zeit reduziert).

Die "kleinen" Überraschungen dieser Wahlen: die Ergebnisse in Euskadi, Katalonien und Andalusien. Die katalanischen Nationalisten werden mit neun Mitgliedern und die katalanische Linke (Republikaner) mit einem Mitglied in der Nationalversammlung vertreten sein. Die andalusische sozialistische Partei (PSA) gewann mit einem separatistisch-sozialistischen Programm fünf Sitze.

Insgesamt ist allgemein ein starker Anstieg für die national-separatistischen Bewegungen festzustellen. Interessant wird deshalb der Ausgang der Stadt- und Landesparlamentswahlen, die demnächst stattfinden.

zum Baskenland:
Martin Villa, spanischer Innenminister, informierte am 2. 3. 79 im Pressezentrum über den Ausgang der Wahlen. „Das Bedeutsamste dieser Wahlen sind die Sitzgewinne von Herri Batasuna und der Triumph der PSA (sozialistische andalusische Partei) gewesen". Herri Batasuna (HB) und Euskadiko Ezkerro (EE = baskische Linke) haben mit ihren verschiedenen Programmen für einen unabhängigen baskischen Staat den größten Erfolg dieser Wahlen errungen. In der ersten Organisation sind der militärische und der politisch-militärische Arm der ETA integriert. Nach dem Scheitern der Politik des spanischen Zentralstaats, sich per Volksabstimmung zur Verfassung auch die entsprechende Rückendeckung in Euskadi zu holen (2/3 Stimmenthaltung im Baskenland) ist der Ausgang dieser Wahlen ein weiterer Erfolg der separatistischen Bewegungen.
Am bekanntesten – obwohl sehr umstritten in seiner Politik – ist wohl Telesforo Monzon, 74 Jahre, als Kandidat für Herri Batasuna gewählt und derzeit im Knastkrankenhaus, wo er sich von einer schlimmen Krankheit erholt, die er sich im Knast zugezogen hat. Herri Batasuna hatte vor Wahlbeginn erklärt, daß es nicht an einerm parlamentarischen Ränkespiel in Madrid teilnehmen würde, d. h. die drei Sitze im Kongreß und einer im Senat bleiben leer. Interessant wird der Ausgang der Städteparlamentswahlen sein, denn bei der Analyse der jetzigen Wahlergebnisse ist festzustellen, daß in den Dörfern und Kleinstädten HB und EE oft mehr als 50 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigten.

Eine andere Kampffront in Euskadi:

Seit über einem Monat befinden sich über hundert Gefangene der ETA in einem Hungerstreik im Knast von Soria (siehe auch ID 272). Die Unterstützung des Hungerstreiks erreichte ihren Höhepunkt in den vergangenen Tagen: Barrikaden auf den Bahnstrecken und Hauptstraßen Euskadis.

Hier eine kurze Chronik der Ereignisse:
2. 3.: 60 Familienangehörige der Gefangenen demonstrieren aneinandergekettet vor dem Zentrum des gemeinsamen Marktes in Brüssel, um die Aufmerksamkeit auf die Situation der Gefangenen in Soria und die Deportation der Flüchtlinge in Valensole (franz. Alpen) zu lenken (siehe ebenfalls ID 272). Sie wurden anschließend vom Chef für wirtschaftliche Außenbeziehungen der EWG empfangen. Der war sichtlich verwirrt durch die Berichte, die nicht in Übereinstimmung zu bringen waren mit seinem Konzept eines freien und demokratischen Spaniens.
Freitag Nacht 2. 3.: 29 Gefangene in Soria versuchen sich die Pulsadern aufzuschneiden (die Hälfte von ihnen befindet sich noch dazu im Hungerstreik.) Die Gefangenen wurden erst eine 3/4 Stunde nach der Selbstverstümmelung ärztlich versorgt (ihre Situation ist ‚besorgniserregend').
3. 3.: Der erste Erfolg des Hungerstreiks: Jose Juan Rego, der am stärksten durch den Hungerstreik gefährdete Gefangene, wird freigelassen und in San Sebastian in die Intensivstation eingeliefert. Schwere Zusammenstöße in der selben Nacht zwischen Demonstranten und der Polizei in vielen Städten Euskadis. In Pamplona wird ein 23jähriger durch ein Hartgummigeschoß schwer verletzt. Es finden Besetzungen von Stadtparlamenten und Kirchen statt. Viele Straßen sind durch Barrikaden abgeriegelt.
4.3. : in Nanclares de la Oca bei San Sebastian treten 13 Männer und 6 Frauen in einen unbefristeten Hungerstreik aus Solidarität mit den baskischen politischen Gefangenen und den Exilbasken in Frankreich.
6. 3.: Prozeß gegen drei Basken. Der Staatsanwalt fordert 32, bzw. 29 und 20 Jahre Knast, sowie die Zahlung von ca. 1 Million Peseten. Alle drei werden wegen „terroristischer Aktivitäten" verurteilt.

Es folgt ein Aufruf:
Genossinen und Genossen, informiert über den Kampf des baskischen Volkes. Unterstützt die Forderungen der gefangenen Patrioten (denen sich auch inzwischen viele andere Gefangene angeschlossen haben). Stellt Öffentlichkeit her.
Freiheit und Glück.

Telegramme und Briefe zur Solidarität mit den Gefangenen könnt ihr schicken an: EGIN, Delegacion en Guipuzcoa, Plaza Lasala 4, San Sebastian, tel.: 42 90 92

## DIE REVOLUTION IM IRAN Teil 1

FRANKFURT/TEHERAN
28. März '79

*Der in Frankfurt lebende Perser Hamid war vom 4. Januar bis 11. März 1979 in Teheran. Seine Eindrücke von diesem Aufenthalt wird er in mehreren Artikeln wiedergeben, die wir im ID (wenn möglich) in Folge abdrucken werden. Die einzelnen Berichte befassen sich im groben mit folgenden Aspekten: Ankunft in Teheran; Lebensmittelversorgung, spontane Demonstrationen, medizinische Versorgung; Machtübernahme durch Bakhtiar: die Zeitungen werden frei, die Universität wird vom Volk geöffnet; Beginn der theoretischen Auseinandersetzung über Ziele der Revolution und der unbekannten islamischen Republik auf Versammlungen und in den Zeitungen; Ernennung der provisorischen Regierung Basargan durch Khomeini, Massendemonstrationen und die Reaktion der Regierung Bakhtiar; Radikalisierung der Parolen, bewaffnetes Wochenende.*

*Hamid schreibt: „Ich versuche meine Eindrücke tagebuchartig wiederzugeben, ohne näher auf die bisher vielfach gestellten Fragen einzugehen wie:*

- *Die Rolle des Islams als Religion und mobilisierende Einheitsparole ?*
- *wiedergefundene Identität eines Volkes, das sich gegen ein despotisches Regime erhob und auch politisch siegte ?*
- *politisch-wirtschaftliche Struktur des Landes während der Schah-Herrschaft und die sichtbaren Veränderungen nach dessen Sturz."*



**Der Schah ist gestürzt.** Alles was an den Schah erinnerte, verschwand auch mit ihm.

### Wir landeten um sieben Uhr früh auf dem bestreikten Teheraner Flughafen

Wie im ID Nr. 271 („Den Putsch der Generale hat die Garde des Schahs vermasselt") schon kurz berichtet, ist die erste Gruppe der zur Opposition gehörenden Perser schon am 18. Dezember 1978 von Frankfurt nach Teheran geflogen. Die anderen sollten in kleinen Gruppen Woche für Woche nachkommen und sich dem Widerstand anschließen. Dieser Plan konnte aber nicht eingehalten werden, weil der Teheraner Flughafen – unter der totalen Kontrolle des Militärs – zeitweise für den gesamten Flugverkehr geschlossen war.

Ich flog mit der zweiten Gruppe am 3. Januar nach Teheran. In Damaskus stiegen Perser zu: Händler, Regierungsangestellte – vielleicht auch Angehörige des persischen Geheimdienstes, Savak-Agenten, wer konnte das wissen? Die haben über den Schah gespottet und sich über das Regime lustig gemacht. Es war ein einmaliges Gefühl zwischen Traum und Realität: in einer Maschine, die sich schon im iranischen Luftraum auf dem Flug nach Teheran befand, kritische und zum Teil sehr scharfe Äußerungen über das Schahregime und auch über den Schah persönlich zu hören. Wir konnten diese Stellungnahmen nicht richtig einordnen. War es eine Provokation durch Savak-Agenten? War es kritisches Bewußtsein, das jetzt auch laut geäußert werden konnte? War es purer Opportunismus?

Wir landeten um sieben Uhr früh auf dem bestreikten Teheraner Flughafen. Es gab keinen Lotsendienst, keine übliche Flugsicherung, keine Busse von den Maschinen zur Zollhalle. Es war nur ein Notdienst eingerichtet. Wir mußten die ziemlich weite Strekke über das Flugfeld zu Fuß laufen, das Gepäck kam nach etwa einer Stunde, immer mal wieder ein paar Koffer. Die Paß- und Gepäckkontrolle verlief rasch, oberflächlich. Ich hatte das Gefühl, die Kontrolleure wollten uns zu verstehen geben, daß sie diese Arbeit unfreiwillig machten, daß sie ihnen unangenehm ist, sie wollten uns vermitteln, daß sie keine Streikbrecher sind.

Schon nach 20 Minuten war mein Bruder mit dem Auto am Flughafen. Zu normalen Zeiten braucht man für die Strecke gut eineinhalb Stunden. Weder im noch vor dem Flughafengelände konnte ich einen einzigen uniformierten oder bewaffneten Soldaten sehen. Das paßte nicht in meine Vorstellung von einem vom Militär kontrollierten Flughafen. Es stellte sich aber heraus, daß sich die Soldaten in und um den Flughafen herum versteckt hatten.

Wir fuhren im Auto nach Hause auf Straßen, die ganz leer waren, leerer noch als zu den autofreien Sonntagen während der Zeit der 'Ölknappheit' in Deutschland. Rechts und links der Straße waren ein bis zwei Kilometer lange Autoschlangen, die an Tankstellen endeten und: Ölkanister aneinandergereiht in einer ebenso langen Schlange. Die mit Nummern und Namen versehenen Kanister fürs Heizöl waren mit einem dicken Seil an den Griffen einer mit dem anderen verbunden, damit nicht alle Leute immer neben ihren Kanistern stehen brauchten und keiner sich vordrängeln konnte. Die Heizöl-Abholer standen in Gruppen beisammen und redeten miteinander. Es bestand noch Demonstrations- und Versammlungsverbot, auch nächtliche Ausgangssperre ab 21 Uhr. Der Schah war noch im Lande und Bakhtiar als Kandidat für die zivile Regierung im Gespräch.

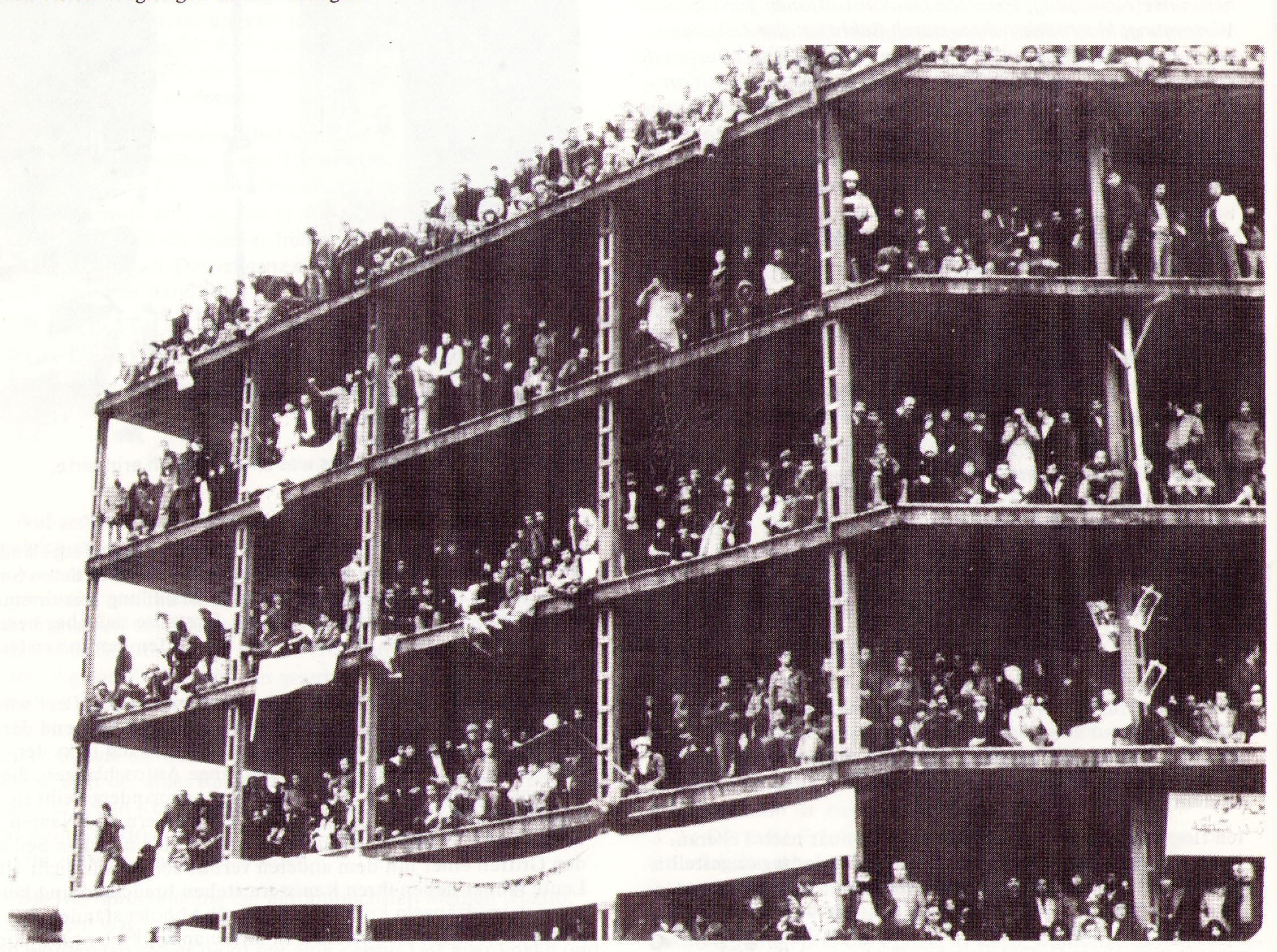
Ich fragte meinen Bruder, wie lange er für Benzin angestanden habe und ob es überhaupt noch etwas zum Essen gäbe. Lächelnd sagte er, er habe gestern zwölf Stunden in der Schlange gestanden, dann vollgetankt. Sonst gebe es von allem reichlich, viel mehr als in jedem anderen Jahr zur selben Zeit. Nur mit dem Heizöl müßten alle sparsam umgehen. Zum Glück sei der Winter im Gegensatz zu früheren Jahren nicht sehr kalt.

Wir kamen zu Hause an. Außer meinen Eltern und Geschwistern waren noch einige andere Verwandte da, die sich alle in einem wenig beheizten Raum aufhielten. Sie sagten mir, daß sich die näheren Verwandten und Freunde abwechselnd in einem Haus aufhalten würden. So bräuchte man nicht immer alle Häuser heizen und spare damit viel Heizöl. Es herrschte eine sehr herzliche Atmosphäre, in der nicht mehr der übliche Familientratsch zu hören war, sondern eifrig über den aktuellen Stand der Politik diskutiert wurde. Bei solchen familiären Versammlungen trafen Leute aus unterschiedlichen sozialen Bereichen zusammen. Auch

aus diesem Grund wurden Probleme kontrovers diskutiert, unterschiedliche Stellungnahmen abgegeben, Nachrichten ausgetauscht und gesammelt, neue Prognosen gestellt.

Noch am Tag meiner Ankunft fuhr ich ins Zentrum, das heißt in den Stadtteil, in dem sich die Universität befindet. An fast allen großen Kreuzungen waren Militärposten mit Schnellfeuerwaffen, an manchen standen auch schwere Panzer. Die Straßen waren voller Menschen, die in kleinen Gruppen auf und ab gingen, die Hauswände waren vollgeklebt mit handgeschriebenen Zetteln, Flugblätter verschiedener politischer Gruppierungen und Wandzeitungen. Ich sah immer wieder, wie ein junger Mann oder eine Frau einen schon klebstoffbeschmierten Zettel blitzschnell an eine Wand drückte, während zwei oder drei andere Personen nur für Sekunden stehenblieben und auf diese Art eine Schutzmauer errichteten. Schon im selben Moment war das neue Flugblatt von vielen neugierigen Lesern umlagert.

Zu bestimmten Plätzen innerhalb und außerhalb der Stadt kamen jeden Tag über hunderttausend Menschen. Das ist nicht viel bei fünf Millionen Einwohnern, da ja alle Läden bis auf vereinzelte Lebensmittelstände geschlossen waren, auch alle Schulen, alle Ämter, alle Banken, alle Fabriken. Niemand hatte zu tun, niemand brauchte arbeiten, niemand brauchte früh aufzustehen. Nachts wurde diskutiert und tagsüber waren alle auf den Strassen. Es brauchte nur jemand etwas lauter eine Parole zu rufen, schon waren Tausend um ihn herum, die die Parole mehrmals wiederholten, bis die Soldaten von der nächsten Ecke anrückten. Dann löste sich dieser spontan gebildete Demonstrationszug auf und formierte sich an der nächsten Ecke wieder. Begleitet waren diese Aktionen von Schüssen und heulenden Sirenen der Krankenwagen.



**Betreten der Baustelle verboten.** Bei einer Kundgebung in Teheran

## DIE WIRTSCHAFTSPROJEKTE DES HERRN BANISADR

TEHERAN
MITTE MÄRZ

*Der 40jährige Ökonom Banisadr war Wirtschaftsberater Khomeinis in Paris, hat es aber abgelehnt, als Wirtschaftsminister in die Regierung Bazargan einzutreten. Zur Zeit hat Banisadr keine offizielle Funktion, für sich selber aber nimmt er in Anspruch, präzisere Vorstellungen über die wirtschaftliche Entwicklung Persiens als die Regierung Bazargan zu haben. In dieser Mission reist er zur Zeit von Versammlung zu Versammlung, um seine Ideen unter die Leute zu bringen. Da die ökonomischen Schwierigkeiten in der nächsten Zeit ganz sicher eine ziemliche Rolle spielen werden, wollen wir hier einen Einblick in die Ideen eines der Chefdenker des neuen Irans geben. Die hier leicht anklingende Ironie erklärt sich folgendermaßen: Wir waren nicht der Meinung, daß die im Folgenden formulierten Vorstellungen absolut überzeugend und an Präzision weit über das von anderen Formulierte hinausgehen. Aber wir denken auch, daß es generell wahnsinnig schwierig ist, die ökonomische Problematik eines abhängig industrialisierten Landes anzugehen. Und insofern scheint uns sowohl einiges im Denkansatz Banisadr's interessant, als auch ihre Gewichtigkeit in der innerpersischen Diskussion aufgrund seiner Stellung unbestritten ist. Das folgende Gespräch stammt aus der „Lotta Continua":*

**Hat der Iran jetzt — nach der Revolution — die Möglichkeit, das Wirtschaftssystem zu ändern?**
Die Möglichkeit sicher, aber es ist nicht einfach. Unsere Wirtschaft ist zu 30 % des nationalen Bruttosozialprodukts von Einfuhren abhängig. Diese Einfuhren durch Inlandsproduktion zu ersetzen, ist nicht einfach. Denn unsere Wirtschaft ist von den multinationalen Konzernen abhängig: die Verbindungen zu ihnen zu unterbrechen und dafür ein Netz von Industrien aufzubauen, die sich gegenseitig ergänzen, ist eine schwere Aufgabe. Sie erfordert viel Kapital und technisches Wissen. Aber das ist das Wirtschaftssystem, das wir vorschlagen; es ist jedoch überhaupt nicht gesagt, daß es Erfolg haben wird. Wenn das nicht der Fall ist, wird die Situation die gleiche sein wie früher, und es wird keine tiefgehenden Veränderungen geben.
**Aber Sie haben das Öl?**
Sicher, wir haben die Einnahmen aus dem Öl. Aber wenn man sie z. B. in der Ölindustrie investiert, ist kein Geld mehr da, Konsumgüter einzuführen, und umgekehrt. Man muß deshalb die Inlandsproduktion steigern und andererseits das Gewicht der Städte, die mit ihrem Konsum vom Ausland abhängen, schwächen, um damit die Einfuhren einschränken zu können. So könnte man etwas Geld für Investitionen in der Ölindustrie gewinnen und die Grundlage für eine wirklich unabhängige Wirtschaftsentwicklung schaffen.
**Dezentralisierung und Hinwendung von der Stadt aufs Land, das sind Versuche, die auch schon in Vietnam und Kambodscha versucht wurden, mit sehr negativen Ergebnissen. Sei es wegen der angewandten Gewalt, sei es wegen der Schwierigkeiten, die Gewohnheiten der städtischen Bevölkerung zu ändern. Kann das im Iran , der eine andere politische Ideologie und eine andere Philosophie hat, besser laufen?**
In Kambodscha haben sie keinen Erfolg gehabt, weil sie Zwangsmethoden angewandt haben. Wir können unsere Wirtschaftsentwicklung in einer Situation bestimmen, wo wir das Öl haben, das es ja in Kambodscha oder Vietnam nicht gibt. Die Dezentralisierung ist wichtig, weil Teheran 44 % des nationalen Sozialprodukts verbraucht, die ganze Verwaltung und das Militär ist hier konzentriert. Teheran ist keine Stadt, sondern ein Koloß, der alles verschlingt. Wenn die Verwaltung, das Militär und die Dienstleistungen dezentralisiert werden, können andere Zentren gebildet werden, wo die Leute wohnen können, die heute in den Elendsvierteln am Rande Teherans konzentriert sind. Auch in unserer Geschichte gibt es Beispiele für große Städte, die nicht mehr existieren . . . das Kapital hat sich in Teheran konzentriert, hat Leute angezogen, denn Geld konnte man nur in Teheran verdienen, alle kommen nach Teheran. Hier kontrollierten die großen Familien alles. Hier ist der Staat stark, er bestimmt den Charakter der Wirtschaft, das ist in Kambodscha oder Vietnam anders.
**In wieviel Jahren, denken Sie, ist mit Ergebnissen zu rechnen?**
Das hängt vom Regime ab, das in Teheran herrschen wird. Wenn es so wird, wie ich mir es denke, kann man an einen 10-Jahresplan zum Wiederaufbau der persischen Wirtschaft denken. Aber sich von den Bindungen an die multinationalen Konzerne zu befreien, ist nicht einfach . . .
**Wie reagieren die früheren Unternehmer?**
Sie haben schon Geld ist Ausland transferiert. Wieviel? Ich weiß nur, daß kein Pfennig mehr da ist. Und dann sieht die Wirklichkeit ja anders aus, als sie sagten. Sie redeten von Industrialisierung des Landes, die es aber nicht gibt: stattdessen gibt es es ein Heer von Arbeitslosen, die als Beschäftigte angesehen werden. Z. B. hat das Radio und Fernsehen 9 000 Angestellte, das Landwirtschaftsministerium 36 000, das Finanzministerium 45 000: insgesamt eine Bürokratie von insgesamt einer Million Personen. Das ist das Problem. Und so ist es überall. Die Hauptausgaben im Wirtschaftsbereich sind Verwaltungsausgaben und die Gehälter der Direktoren. Das müssen wir ändern.
**Hat die Regierung schon Entscheidungen in dieser Richtung gefällt ?**
Noch nicht, aber man kann nicht mehr warten. Wenn etwas wiederaufgebaut werden soll, sind entscheidende Einschnitte notwendig. Mit meinen Freunden habe ich versucht, ein Bewußtsein über die reale Situation und die radikalen Lösungen, die existieren, zu schaffen. Wenn sich dieses Bewußtsein verallgemeinert, kann man hoffen, daß das Wahlergebnis für eine allgemeine Veränderung günstig ist. Sicher, es gibt noch keine Gewerkschaften, aber es gibt Bewegung in der Arbeiterklasse, im Augenblick finden Wahlen von Delegierten (Betriebsräten) statt. Sie haben im Moment materielle Forderungen: Lohn, Wohnungen, es gibt noch kein Bewußtsein von der Schwere der wirtschaftlichen Lage. Die ganze letzte Woche habe ich auf Fabrikversammlungen geredet, das Ergebnis ist, glaube ich, ganz gut, ich hoffe, daß sich in kurzer Zeit ein allgemeiner Arbeiterrat bildet. Wenn meine Vorschläge akzeptiert und in den Fabriken angenommen werden, werden zum ersten Mal in der modernen Geschichte die Arbeiter die Produktion leiten, das wird ein großer Schritt zur Abschaffung der Ausbeutung sein. Wir dürfen uns auf keinen Fall mehr auf die Ölexporte stützen. Die größten Exporte waren paradoxerweise die, die uns am meisten abhängig gemacht haben, die Vereinigten Staaten zahlten ihre Schulden mit der Einfuhr ihrer Produkte in unser Land. So zwangen sie uns Militärausgaben und Atomkraftwerke auf . . . Den Zirkel von Schulden und Beeinflußung durchs Ausland müssen wir zerbrechen . . .
**Stimmt es, daß Sie eine Partei gründen und eine Zeitung herausgeben wollen?**
Ja, was die Tageszeitung angeht, geht es darum , über die entscheidenden Fragen des Iran zu reden. Die heutigen Zeitungen reden über alles, nur nicht über die Probleme des Landes, man muß über die Wirtschaft reden, die Arbeiter, die Bauern.
**Referendum. Viele sagen, daß das Referendum vom 30. März (Monarchie oder islamische Republik) nicht demokratisch ist. Man hätte wählen sollen: Monarchie oder Republik und dann in einem zweiten Wahlgang die Art der Republik. Was meinen Sie dazu?**
In dieser Wahl geht es nicht um die Art der Republik. Darum wird es in der Wahl zur konstituierenden Versammlung gehen. Das Adjektiv islamisch existiert seit 14 Jahrhunderten. Und es war der Hauptinhalt der revolutionären Bewegung. Aber dieses Wort wird nicht den Charakter der Republik bestimmen, der Prüfstein für die Demokratie werden die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung sein. Dazu wird es verschiedene islamische und nicht-islamische Parteien geben . . .
**60 % der Perser sind unter 20 Jahre alt und vor allem sie haben die Revolution gemacht, denken Sie, daß diese Jugendlichen Lebensvorstellungen annehmen werden, wie sie der Islam vorschlägt, oder eher solche, wie sie die Jugendlichen in Europa haben?**
. . . unsere Jugendlichen haben gegen eine zerstörerische Zivilisation revoltiert, gegen ein System, das den Menschen zu einer Sache macht. Es war eine Revolte gegen ein Geldsystem, das den Menschen zu einer Arbeitskraft, auf eine Ware reduziert . . . ich denke nicht, daß unsere Jugendlichen als Vorbild eure Lebensart haben , aber ich hoffe, daß sie gemeinsame Punkte wie eure Jugendlichen haben. Die Sache, die am meisten unserer unserer Revolution ähnelt, war der Mai '68. Die Macht hatte damals schon den Forderungen der Jugendlichen nachgegeben, aber die Bewegung hatte nicht die richtige Führung, so hat sich wieder ein Parteiensystem etabliert . . .

**Wie lange wird eine Regierung des Herrn Banisadr bestehen?**
Oh, wenn es eine Regierung Banisadr geben würde, würde es sie unbegrenzt geben. Aber ich kann nicht versichern, daß sie alle Banisadr wählen werden. Wenn sie es aber machen werden, wird die Revolution weitergehen. Denn ich schlage klare Dinge vor.
**Was meinen Sie zur marxistischen Linken im Iran?**
Sie bleibt immer noch in theoretischer Konfusion stecken, sie

haben die Realität des eigenen Landes noch nicht verstanden und deshalb haben sie keine klaren Vorstellungen . . .
Sie haben in Paris mit Khomeini zusammengearbeitet. Sehen Sie die Probleme noch ähnlich wie er?
Ja, noch in den Hauptpunkten. Die Bewegung hat bestätigt, daß meine Analysen richtig waren, aber die wirkliche Gefahr wird der Tag des Machtvakuums sein, wenn eines Tages Khomeini tot sein wird. Dann wird eine wirkliche Gefahr bestehen. Khomeini ist der Mann, der im Augenblick alles zusammen hält. Deshalb müssen wir uns beeilen, solide und starke Industrien zu schaffen, einen Militärputsch zu verhindern, den ich für alles andere als unwahrscheinlich halte: Der SAVAK ist zwar zerstreut, aber immerhin noch da, das sind Tausende von Leuten. Ich glaube, daß die wirkliche Gefahr aus dieser Richtung kommt.

## „KÖRPERVERLETZUNG IM AMTE" – PROZESS GEGEN POLIZEIBEAMTEN

KÖLN
28. März '79

*Die Anwälte Schmale, Lütkes, Hartmann, Hauffstr. 1, 5 Köln 30, Tel.: 0221 / 55.81.93 schreiben:*

Während des Staatsbesuchs des brasilianischen Präsidenten Geisel in der BRD war es im März 1978 vor dem Kölner 'Gürzenich' und im Polizeipräsidium zu Übergriffen und Ausschreitungen von Polizeibeamten gekommen: sieben Teilnehmer einer spontanen Demonstration, die sich gegen die Mißstände in Brasilien und gegen den Besuch von Geisel in der BRD richtete, wurden willkürlich verhaftet, zum Teil brutal mißhandelt und in den Räumen des Polizeipräsidiums mit Fäkalien beschmiert.

Gegen einen Polizeibeamten, der von drei Zeugen bei einer Wahlgegenüberstellung wiedererkannt worden war, hat die Staatsanwaltschaft Köln Anklage wegen "Körperverletzung im Amte" erhoben.
Das erweiterte Schöffengericht Köln hat die Anklage zugelassen und Termin zur Hauptverhandlung bestimmt auf kommenden Montag, den 2. April 1979, um 9 Uhr in Saal 232 des Justizgebäudes Appellhofplatz in Köln.

## BULLE-TIN No. 5

**The Dissenters Incorporated – Aarhus-Budapest-Dortmund-Werl beehrt sich mitzuteilen:**

Der Vorsitzende der Sektion Budapest der DISS.INC., György Dalos, wurde 1943 geboren, studierte unter anderem an der Moskauer Universität, ist Diplomhistoriker und veröffentlichte 1964 sein erstes Buch in der VR Ungarn. 1968 wurde er als „Linksabweichler" – zusammen mit Miklos Haraszti („Stücklohn", Rotbuch, Westberlin) und anderen – wegen Demonstrationen gegen den Krieg der USA in Südostasien bedingt verurteilt. Dalos und Haraszti hielten sich nicht an die Bewährungsauflagen und kamen ins Lager. Dort machten sie damals einen Hungerstreik. Der Lagerkommandant fragte verwundert nach Zweck und Sinn dieser Aktion. Die ungarischen Genossen: „Aus Protest. Wegen der Öffentlichkeit." Der Kommandant nur: „Gibts die überhaupt? " Diese Frage stellt sich auch noch heute. Seit 1964 gelang es Dalos nicht, auch nur ein Buch in einem (Staats-)Verlag unterzubringen. Er lebt von Übersetzungen. Der Kultur-Chef der USAP (Ungarische Sozialistische ArbeiterPartei), Aczel, sagte 1971 über die Genossen: „Wir lassen es nicht zu, daß die beiden aus sich eine Angela Davis machen..."

Mittlerweile gilt Ungarn als „liberalstes" Land des Ostblocks, es ist „die lustigste Baracke des (sozialistischen) Lagers". Alle drei Jahre dürfen Bürger, falls sie Geld und Beziehungen haben, ins Ausland fahren; Miklos Haraszti wurde vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) ein Aufenthalt in Westberlin ermöglicht, und auch György kam 1978, vom DAAD für eine Lesung in der Westberliner Akademie der Künste eingeladen, kurz herüber! Ja – siehe BULLE-TIN No. 2 – am 8. Mai 1978 hatte er seine erste öffentliche Lesung von Lyrik und Prosa in Budapest. („Mein Kölner Konzert".) 1978 auch wurde sein Hörspiel „Mein Großvater und die Weltgeschichte" vom Radio Budapest ausgestrahlt; der Regisseur erhielt gar keinen Preis für die Realisation. Anfang 1979 jedoch nahm das Präsidium des ungarischen Rundfunks eine erneute Ausstrahlung aus dem Programm. Begründet wurde diese Zensurmaßnahme mit der Tatsache, daß György, der schließlich nun schon 15 Jahre Publikationsverbot in Ungarn hat, inzwischen etwas in Paris, in der Anthologie „Ungarische Hefte / Magyar Füzetek", Heft 2, veröffentlicht habe...

Am 15. Januar 1979 beendet György eine Lesereihe über die Geschichte der sozialistischen Kulturpolitik in Ungarn. Sie war nach dem Vorbild der polnischen Haus-Universitäten organisiert und fand in Privatwohnungen statt; leider, schrieb Dalos, habe sich keine Wohnung gefunden, die mehr als 100 Menschen, die auf diese unkonventionelle Weise studieren wollten, hätte fassen können. Er hofft, daß aus dieser Privatinitiative keine schädlichen Folgen erwachsen, daß es „friedlich ausgehe zum Ruhm und zur Ehre des ungarischen Liberalismus"... Sein Hörspiel „Mein Großvater und die Weltgeschichte" wurde von ihm grob ins Deutsche übertragen, und, von den Dortmunder und Werler Angehörigen der DISS.INC.überarbeitet, inzwischen mehreren westdeutschen Rundfunkanstalten angeboten. Bislang vergeblich. Dalos ist kein Solschenizyn, er ist freiheitlicher Kommunist.

Zur Zeit übersetzt er ein Buch eines chilenischen Autoren, das im Rotbuch-Verlag, Westberlin rauskam, für den ungarischen Militärverlag. Und Gedichte von Peter-Paul Zahl, seinem DISS.INC.Bruder.

**DISS.INC., Budabest/Werl**
**i.A. p.p.zahl**

## STRIPTEASE VOR GERICHT

Düsseldorf
März 1979

*Johannes Roos steht in Düsseldorf vor Gericht, weil ihm die Mitgliedschft in einer terroristischen Vereinigung und ein Bankraub vorgeworfen werden. (über den ersten Verhandlungstag stand ein Bericht im ID 270) Johannes wurde seinerzeit verhaftet, weil er in einem gestohlenen Auto gefahren war. Er wird außerdem verdächtigt, eine „konspirative" Wohnung in Köln gemietet zu haben. Johannes war im vergangenen Jahr bereits eines Polizistenmordes bezichtigt, dann aber freigesprochen worden. Prozeßbesucher berichten über den 2. bis 8. Verhandlungstag:*

Am 15.2. ging der este, recht turbulent verlaufende Prozeßtag (siehe ID 270) mit der Verlesung der Anklageschrift (Waffenbesitz, geklautes Auto, Bankraub in Köln und die obligatorische Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, nämlich den Revolutionären Zellen) zu Ende. Am 2. Prozeßtag gab Johannes eine Erklärung dazu ab. Ich hoffe, die ID-ler drucken sie ab; ansonten: er ging hauptsächlich auf seine Haftbedingungen ein, die halt die Haftbedingungen aller politischen Gefangenen sind, die den Vernichtungswillen des Systems ihnen gegenüber demonstrieren. Johannes erklärte nochmal, daß er ausgeschlossen werden und für sich nach Lust und Laune entscheiden will, ob er am Prozeß teilnimmt oder nicht.

Am 3. Verhandlungstag begann die Beweisaufnahme. Bevor Vorsitzender Richter Wagner loslegen kann, sagt Johannes wieder, daß er ausgeschlossen werden will und protestiert gleichzeitig gegen die ewigen Umkleideprozeduren vor und nach jedem Prozeßtermin. Er demonstriert diese Prozeduren sehr anschaulich, indem er sich auszieht und die Knastklamotten (er darf keine eigene Kleidung tragen) durch den Gerichtssaal schmeißt. Wagner ist total perplex. Der Staatsanwalt Rosenbaum beantragt daraufhin Ausschluß für einen Tag. Johannes schloß sich dem Antrag an und verlangte für 6 Tage ausgeschlossen zu werden. Senatsbeschluß: 3 Tage Ordnungshaft und Ausschluße für diesen Tag, da zu befürchten sei, daß Johannes den ruhigen und geordneten Ablauf weiterhin stören wird.

Dann begann die Beweisaufnahme mit der Vernehmung der ersten Zeugen. Das waren der Besitzer des geklauten Autos und die Polizisten, die Johannes damals festgenommen hatten. Die bezogen sich dauernd auf den „Kollegen Lieber", der anscheinend an mit der Festnahme und den darauffolgenden Dingen(Durchsuchung, Identifizierung) zu tun hatte, der aber mittlerweile von einem Kioskeinbrecher erschossen wurde.

Am 4. und 5. Verhandlungstag wurden jede Menge Notizzettel vorgelesen, die in einer Kölner Wohnung gefunden worden sein sollen. Diese Wohnung soll angeblich Johannes unter falschem Namen angemietet haben. Eine wichtige Rolle spielt dabei wohl ein Baumkuchen, der auf einem der Zettel stand. Außerdem wurde noch der Ermittler vom BKA, Freimuth vernommen, der vorgab, einiges über Johannes Leben, Schule, Lehre usw. zu wissen.

Am 6. Tag erschien Johannes das erste mal in einem einteiligen Overall. Der Knastleiter hatte dies mit Einverständnis vom Wagner angeordnet, damit Johannes sich im Gerichtssaal nicht mehr ausziehen kann.

Dann ging es um einen Bankraub in Köln; auch am 7. Verhandlungstag, wo durch Zeugenaussagen der Kassiererin und zwei weiterer Bankangestellter nachgewiesen werden sollte, daß Johannes der Bankräuber war. Darauf hier näher einzugehen, ist allerdings ziemlich uninteressant.

Am 8. Verhandlungstag kam dann die Geschichte mit der Seifenpistole. Johannes hatte kurz vor der Urteilverkündung im ersten Prozeß eine Pistolenattrappe aus Seife geschnitzt, diese mit dunkler Schuhcreme bepinselt und einenleider mißglückten Ausbruchsversuch gestartet. Es wurden dann JVA—Angestellte vernommen, die das alles nochmal erzählten. War richtig spannend. Johannes bastelte währenddessen fleißig Papierflugzeuge, eines schöner als das andere und verkündete dann, daß er keine Lust mehr habe und ausgeschlossen werden will. Wagner versucht zum x—ten Male, verschmitzt zu grinsen (es gelingt ihm nie) und meinte, der Antrag sei unzulässig. Johannes läßt sein Flugzeug fliegen. Zwei Justizbeamte packen ihn von hinten, zwei weitere kommen dazu, sie sollen ihn wieder hinsetzen, Johannes wehrt sich dagegen. Wagner fordert den Verteidiger Bernd Koch auf, den Zeugen weiter zu vernehmen. Johannes trampelt mit den Füßen gegen die Anklagebank. Wagner droht, ihm Fesseln anlegen zu lassen, und fordert den Verteidiger auf, doch mäßigend auf seinen Mandanten einzuwirken. Der sagt nur, daß er bei dem Krach der Verhandlung nicht folgen könnte und das Gericht ja wohl auch nicht. Johannes betitelt dann der Reihe nach den Wagner als Faschistenschwein, den Senat als Hurenpack und zum Zeugen meint er: „Halts Maul , du Drecksack". Und das reicht dann auch für sechs Tage Ordnungshaft und Ausschluß für diesen Tag und für den 15.,16.3.

Zu sagen bleibt noch, daß Wagner ständig versucht, die Zeugen zu beeinflussen und ihnen Aussagen in den Mund zu legen, daß er die Verteidigung dauernd unterbricht und behindert und fast alle Anträge ablehnt. Außerdem versucht er durch Zeugenaussagen bzw. durch Fragen an die Zeugen, Johannes als renitenten, blindwütig um sich schlagenden Unmenschen hinzustellen, was ihm allerdings nicht gelingt.

Die Kontrollen und Schikanen für die Zuschauer sind ja schon im ID 270 beschrieben worden. Dazu kommen noch Kontrollen und Terror auf dem Nachhauseweg, Leute aus anderen Städten werden oft stundenlang auf der Autobahn aufgehalten. Das sind natürlich alles Sachen, die uns abhalten sollen zum Prozeß zu gehen! Aber das kennen wir ja alles und wissen auch, was damit bezweckt werden soll und gehen halt trotzdem hin.

Kontakt: B. Erhardt, c/o J. Rieger, Wülfratherstr. 20, 4000 Düsseldorf

## PROZESS GEGEN ROLF LÖCHEL VERSCHOBEN

MARBURG 20. März

Die Staatsschutzkammer Frankfurt hat den für den 8. Mai geplanten Prozeßbeginn gegen Rolf Löchel auf unbestimmte Zeit verschoben. Rolf wird die Verbreitung der Dokumentation ‚Der Tod Ulrike Meinhofs' der Schwarzen Hilfe Fulda vorgeworfen. Grund der Verschiebung: Überlastung durch den Prozeß gegen den Frankfurter Gefangenenbeirat.

## 3. JUGENDZENTRUMSFESTIVAL LAUBACH

FRANKFURT/LAUBACH 26. März

*Aus Lahn-Gießen erhielten wir folgenden Brief des Arbeitskreises der Jugendzentren und Jugendzentrumsinitiativgruppen Lahn-Dill:*

Wir suchen dringend für unser 3. Jugendzentrumsfestival vom 29.6. bis 1.7.79 im Steinbruch zu Laubach (Oberhessen) noch Gruppen und einzelne Leute aller Art.

Wir suchen : Rock-, Folk-, Punk-, Blues-, Theatergruppen, Clowns, Seiltänzer (wir sind zwar selbst welche, suchen aber noch mehr), Feuerschlucker, Straßenmusiker und alle die sich unter einem Jugendzentrumsfestival was vorstellen können. (Vielleicht gibt es ein „little Vlotho".)

Jetzt der Haken bei der Sache: Als Regionalzusammenschluß von Jugendzentren bekommen wir keine finanzielle Unterstützung. Bei den letzten beiden JZ-Festivals ist fast nichts übriggeblieben (niedrige Eintrittspreise, viele kostenlose Workshops, Festival-TAGESZEITUNG, Video, Filme, eigener Film usw.). Deshalb können wir neben den Fahrtkosten nur wenig Gage zahlen. Gruppen, die trotzdem spielen wollen und uns somit eoht unterstützen sollten sich schnell bei uns melden und ihre Infos schicken.

Noch ein paar Sätze vom letzten Jahr: Über 2000 Leute aus ca. 40 Jugendzentren feierten, organisierten, liebten, spielten und lebten drei Tage gemeinsam im Laubacher Steinbruch. Höhepunkt der Jugendzentrumsbewegung im Lahn-Dill-Kreis und zugleich Ausdruck unseres Willens, selbstbestimmt und selbstorganisiert zusammen zu leben.

**Arbeitskreis der Jugendzentren und Jugendzentrumsinitiativgruppen Lahn-Dill, Postfach 110 128, 6300 Lahn-Gießen. Tel.: Donnerstags von 17 Uhr bis 20 Uhr 0641/ 73 890.**

**HERAUSGEBER**

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Postfach 900343,
Tel.: 0611/ 704 352

**Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 Uhr**
**Druck:** Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45

Verantwortlicher Redakteur: Frieder Kern



**Abonnement:**

Bei Bestellung bitte Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adresswechsel. Außerdem die genaue Anschrift (und die Abonummer). Bitte deutlich auf die Einzahlungsabschnitte schreiben. Für ein Abonnement bitten wir um Vorauskasse von DM 18.- für ein Vierteljahr, DM 36.- für ein halbes, DM 72.- für ein ganzes Jahr **Postscheckkonto 52 52 28 - 602**

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
**D 1870 CX**
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

ID Nr. 275

Nummer des Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.

4400 E 281 1
UTE LAMPING
HORNERSTR.17
D-2800 BREMEN 1

**Achtung liebe Abonnenten!**
**Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten . . .**
**KEIN GELD AUF'M KONTO – KEIN ID IM KASTEN!**





**AKWs - TRECK - DRECK**



**KNÄSTE UND PROZESSE**



**JUGEND**



**INTERNATIONALES**



**WAS ALLES LIEGENGEBLIEBEN IST**

Eigentlich wollte ich schreiben, was ALLES liegengeblieben ist. Aber dazu reicht mir der Atem jetzt nicht: es ist Freitagmorgen, die Drucker wollen die Vorlagen und ich noch ein bißchen schlafen, bevor es nach Hannover geht.Deshalb jetzt nur das, was mir dringlich erscheint und das wir in höchsten Notfällen fotokopiert verschicken würden, wenn's jemand anfordert. Es wird aber unabhängig davon in den nächsten IDs veröffentlicht:
Offener Brief an den Trikont Verlag vom VLB-Provinzladentreffen am 3./4. März in Kassel und eine Stellungnahme des Trikont-Verlages zum Verkauf an 2001 vom 14. März.
Eine Erklärung der Verteidiger von Eberhard Dreher zu dessen Kontaktsperre
Interview mit einer Arbeiter der Saardrahtwerke in Völklingen

Jetzt ist auch noch das Farbban